

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

(owie der)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,60 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage über deren Raum 30 A.

Inhalt: Gebildete Hungerleider. — Politische Umschau. — Wirtschaftliche Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ansparungen, Mahnungen, Differenzen. Bekanntmachung des Vorstandes. Bekanntmachungen der Gaudorstände. Jahresberichte der Gaudorstände: Dresden, Bremen, München, Stuttgart, Mannheim. Berichte. Der gewerbliche Arbeitervertrag und die Bauunternehmer des Industriegebietes. Der Verband der ungarländischen Bauarbeiter. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterlohn, Subventionen usw. — Vom Berliner Bauplatz. — Aus anderen Berufen. — Aus Unternehmerkreisen. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Füllton.

Verbandsmitglieder!

In der Zeit vom 25. März bis zum 1. April soll eine vom Vorstandsvorstand herausgegebene Flugchrift in allen Gauen Deutschlands unter den Maurern verbreitet und zugleich eine energische Hausagitation entfaltet werden.

Zur Ausführung dieser Agitation ist eine sehr große Zahl von Personen notwendig. Wir ersuchen daher die Mitglieder, sich ihren Vereinsvorständen und Vertrauensleuten bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Niemand, der Hand und Fuß rühren kann, darf sich von der Verbreitung der Flugchrift fernhalten. Jedes Mitglied muß sich bereitwillig in den Dienst der Organisation stellen; gilt es doch, jetzt mit dem Einzug des Frühlings dem Verband Tausende neuer Mitglieder zu gewinnen.

Gebildete Hungerleider.

Auf sämtlichen deutschen technischen Hochschulen ist die Zahl der Studierenden zurückgegangen. Seht man den Ursachen davon nach, so stößt man auf Erscheinungen, die direkt mit der kapitalistischen „Weltordnung“ zusammenhängen, die aber merkwürdigerweise von den „Bolschewiken“ der herrschenden Klassen nicht beachtet werden.

Nachdem wir in eine neue Ära der technischen Erfindungen und Entdeckungen eingetreten waren, und nachdem namentlich die Elektrotechnik eine förmliche Revolution bewirkt hatte, schienen die technischen Berufe unerschöpflich zu sein für die Masse der herbeiströmenden Arbeitskräfte. Für Ingenieure, Chemiker, Elektrotechniker usw. schien eine goldene Zeit angebrochen zu sein. Spießbürger und Bäuerlein, denen die Versorgung ihrer hoffnungsvollen Sprößlinge in Amt und Würden oder in gelehrten Berufen eine Haupt-Lebensaufgabe ist, sagten mit neugieriger Miene: ärztliche, juristische, geistliche und ähnliche Berufe sind überfüllt; Techniker, Chemiker und Ingenieure usw. haben eine große Zukunft!

Aber bald waren auch diese Berufe überfüllt. Diplom-Ingenieure, geprüfte Chemiker und Techniker dünten sich im allgemeinen unendlich mehr zu sein, als die „gewöhnlichen“ Industriearbeiter. Allein, da auch die Techniker usw. der Industrie ihre Dienste anbieten mußten, so unterzogen auch sie, gleich dem „gewöhnlichen“ Arbeiter, dem Gesetze des Arbeitsmarktes bezüglich der Wirkungen von Angebot und Nachfrage. Sobald das Angebot die Nachfrage überwiegt, sinkt auch der Preis der Arbeit. Und da in den technischen Berufen zur Zeit das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage ganz bedeutend übersteigt, so sind eben auch die Gehälter bedeutend herabgegangen. Die „Bolschewische Zeitung“ hat dieser Tage die Entdeckung gemacht, daß sehr viele tüchtige Ingenieure und Chemiker froh seien, wenn sie nach vollendetem Studium mit M. 150 pro Monat angestellt würden; in vielen Stellen gingen das Gehalt bis auf M. 120 und M. 100 pro Monat herab.

Das ist uns nicht neu. Aber die Klagen einiger bürgerlicher Blätter klingen nun dahin aus, daß der

„eigentliche“ industrielle Arbeiter sich der Vorteile erfreue, die ihm durch die sozialpolitische Gesetzgebung zugewendet würden; er sei also gewissermaßen „bevorzugt“ gegenüber dem „gebildeten Proletariat“, der doch auf keine Ausbildung mehr Mittel verwenden müsse.

Wir haben bekanntlich an der sozialpolitischen Gesetzgebung des Deutschen Reichs viel, sehr viel auszuweisen und können nicht genug betonen, daß sie gerade in den wichtigsten Punkten mangelhaft und vielfach direkt reaktionär ist. Indessen hat Fürst Bismarck seinerzeit es offen ausgesprochen, daß die verbündeten Regierungen zu den wenigen Zugeständnissen, die sie gemacht haben, durch die sozialdemokratische Bewegung getrieben worden sind. Die Scharmacher à la Stumm verwerfen bekanntlich die sozialpolitische Gesetzgebung durchaus; sie behaupten, dieselbe mache die deutsche Industrie dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig und bringe nur der Sozialdemokratie Vorteile. Allerdings hat man sich schwer getäuscht, als man erwartete, die sozialpolitische Gesetzgebung werde der Sozialdemokratie Abbruch tun.

Wenn also das „Proletariat der Gebildeten“ die Vorteile einer sozialpolitischen Gesetzgebung für sich haben will, so muß es sich organisieren und sich der großen Arbeiterbewegung anschließen; die mit ihrem Klassenkampf dem Klassenstaat und der bürgerlichen Gesellschaft noch manches Zugeständnis abtrotzen wird, bis die Arbeiterklasse selber sich die politische Macht errungen haben wird! Aber da kommen wir schon an bei all den Herren, die zwar in Wahrheit proletarische Existenzen sind, die aber infolge ihrer akademischen Bildung und auch infolge ihrer „Schmiss“ auf der Wange in der weitaus überwiegenden Mehrzahl sich unendlich erhaben fühlen über der großen Masse der „gewöhnlichen“ Lohnarbeiter! Was, mit diesen zusammen sollen sie gemeinsam für eine sozialpolitische Gesetzgebung und bessere Lebensbedingungen kämpfen?! Welch eine Zumutung unsererseits!

Nun, man findet ja solchen Dünkel leider auch noch bei einer großen Anzahl von Handlungsgehilfen, die bei kläglichen Löhnen, wahren Hungerlöhnen, eine Arbeitszeit haben, die so ausgebeutet ist, als es nur das Gesetz zuläßt, die aber sich auch als „etwas Besseres“ als die Industriearbeiter dünken und, freiwillig oder gezwungen, bei amtlichen Erhebungen dem Ausbeutungssystem ihrer Prinzipale sogar noch das Wort reden.

Techniker, Ingenieure, Chemiker usw. träumen von glänzenden Stellungen; junge Kaufleute träumen vom Emporarbeiten zu großen Unternehmungen usw. Das vertritt sich nur für die wenigen, die besondere Fähigkeiten oder besonderes Glück haben, und unter diesen wenigen ist es wieder weit mehr das Glück, das sie emporbringt, als die Fähigkeiten. Inzwischen spannt sich das kapitalistische Joch immer weiter und drückender aus.

Die Weisheit der bürgerlichen Presse vermag gegenüber dieser Erscheinung vollständig. Ein Aufschwung der Industrie werde auch die Einkommensverhältnisse der Techniker verbessern, heißt es dort. Aberne Illusion! Die Industrie hat sich längst darauf eingerichtet, in den Zeiten der Prosperität den Gewinn den Unternehmern sitzen zu lassen; für Arbeiter und Angestellte der erwähnten Art fällt dabei wenig oder nichts ab. Man sah dies bei den „sieben fetten Jahren“ des letzten Jahrzehnts. Ausreichende Arbeitsgelegenheit war vorhanden, aber auch kein Mangel an Arbeitskräften; die Löhne stiegen nur in einzelnen Fällen, in anderen sanken sie, im ganzen blieben sie sich gleich. Die Herren Kapitalisten aber stiegen mächtigen Gewinne ein.

Dem Kapitalismus kann nur Zugeständnisse abtrotzen, wer sich organisiert und so wider ihn kämpft. Wer das nicht kann oder will, der wird eben ganz rücksichtslos ausgebeutet, gleichviel, welchen Bildungsgang er hinter sich hat. Der Kapitalismus ist nicht so zart, vor akademischen Zeugnissen Halt zu machen. Er verachtet die Gelehrten und Männer der Wissenschaft, wie es schon im kommunisti-

schen Manifest klipp und klar ausgesprochen worden, in Lohnarbeiter, und dieses Schicksal bricht nunmehr mit der Unerbittlichkeit eines Naturereignisses über die Techniker usw. herein, soweit es nicht schon geschehen ist.

Tausend und aber tausend Mal haben uns die bürgerlichen Nationalökonomien haarlein zu beweisen geglaubt, daß es mit der Proletarisierung der Massen nicht so rasch gehe, wie die sozialdemokratische Wissenschaft behauptet, daß Bürger, Bauern und jene mittleren Existenzen in den gewerblichen und damit verwandten Schichten noch eine breite unerschütterliche Basis bilden, auf der die bürgerliche Gesellschaft sicher ruht. Alle diese Weisheit wird vollkommen ad absurdum geführt, wenn, wie so oft geschieht, solch ein Nothfrei erbricht, der verkündet, daß der unerfättliche Moloch des Kapitalismus wieder eine Gesellschaftsschicht, die man bisher zu den Besitzenden gerechnet, proletariert hat.

Die Not der Zeit und die Macht der Tatsachen wird auch diesen Schichten die Ueberzeugung noch einpauken, daß die einzige Möglichkeit, eine bessere Zukunft zu erreichen, im Klassentkampf liegt.

Politische Umschau.

Der Reichstag hat in verfloßener Woche noch zwei lange Sitzungen darauf verwendet, die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern und damit die großen sozialpolitischen Debatten zu Ende zu führen. Abgeordneter Stadtvorordneter Stadthagen ging u. a. scharf kritisch auf das Krankenversicherungsgesetz ein, so auch auf die Frage der Unternehmern, daß die Krankenversicherung ihnen „ungeheure Lasten“ auferlege. Er bemerkte dazu: „Nun, nach den Nachweisungen vom Jahre 1903 haben die Arbeitgeber an Beiträgen zu den Krankenkassen 57 Millionen Mark bezahlt, während aus den Arbeitgeberkassen 135 Millionen Mark dafür aufgebracht werden mußten. Früher haben die Unternehmer an Armenlasten mehr zu zahlen gehabt, als sie jetzt für die Krankenversicherung zahlen. Die Arbeiter haben etwa das Doppelte aufgebracht. Für die angeblich schlecht bezahlten Ärzte sind 41 Millionen Mark aus Arbeitgeberkassen gezahlt worden. Dabei sehen wir, wie die Gerichte zu Gunsten von Betrügern und zu Ungunsten der Arbeiterklasse entscheiden. Unternehmer, die den Krankentafeln die Beiträge unterschlagen haben, werden ganz gering bestraft. Diese niedrigen Strafen sind geradezu eine Prämie für den Betrug der Massen. Der § 82 des Krankenversicherungsgesetzes sieht die Bestrafung solcher Arbeitgeber mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit einer Geldstrafe bis zu 30000 und eventuell den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte vor. In der Tat aber sind die Strafen lächerlich gering. Ein Maurermeister, der M. 1219,56 Krankentafelbeiträge unterschlagen hatte, wurde zu M. 30 verurteilt. Er hatte aber ein Geschäft von M. 1189,56 gemacht. Ein anderer Bauunternehmer hatte die Krankentafel um jährlich M. 1000 betrogen. Das Urteil lautete in zwei Fällen auf M. 30. Also auch hier hatte der Mann wieder M. 940 gewonnen. Das sind aber dieselben Unternehmer, die auf der anderen Seite als Staatsanwälte auftreten und ehrliche Arbeiter auf die Anklagebank bringen. Statt daß die Gerichte gegen die betrügerischen Manipulationen der Arbeitgeber vorgehen, sehen wir ein fortwährendes Reflektieren gegen die Selbstverwaltung der Krankentafeln.“

Der Ex-Gosprediger Stöcker hielt eine vom wütendsten Fanatismus diffundierte pfäfflich-demagogische Rede gegen die bösche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, die den Arbeitern „in nichtswürdiger Weise die Religion rauben wollen“. Auch spielte er sich als Anwalt der christlichen Gewerkschaften auf, die nach seiner Behauptung „wirklich nicht viel verlangen“ und „weder dem Vaterland noch der Kirche Schaden bringen“. Gegen diejenigen, die „den armen, braven Arbeiter verhöhnen“, will dieser Kirchenmann „den Kampf bis aufs Messer“. Lassen wir dem Mann das Vergnügen, sich als gottgegebener Ordnungshüter zu gerieren. Diese Sorte wird der gerechten und guten Sache des arbeitenden Volkes nicht mehr gefährlich.

Es sprachen dann noch drei sozialdemokratische Abgeordnete. H. v. S. schilderte die schlimmen Zustände, unter denen die Arbeiter der Glasindustrie zu leiden haben und forderte energisch besondere gesetzliche Schutzbestimmungen für sie. Schöpplin, sagte dem nationalliberalen Abgeordneten Hagemann, der eine Liste von Arbeiterorganisationsbeamten, die Geld unterschlagen haben, vorgelesen hatte, folgendes: „Wir haben keine Ursache, zu leugnen, daß unter den 4 Millionen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in Einzelfällen wohl auch Unredlichkeiten vorkommen. Aber der Abgeordnete Hagemann sollte doch nicht außer acht lassen, daß zum großen Teil

die Leute durch ökonomische Verhältnisse, durch die Schläge der Unternehmung gerade gegen die in der Arbeiterbewegung Tätigen zu ihrer Tat gedrängt worden sind. Jedenfalls können wir ihnen von Stillschub aus den haushälterischen Parteien hier wesentlich längere Riten vorsehen. Von lauter, waschechten Nationalisten allein würde ich mich verpfehlen, aus dem letzten Jahre das Doppelte von Füllen anzuführen."

Das stimmt. Schon manche ordnungspolitische Größe sogar hat als Gauner, Betrüger, Spitzbube oder Fälscher ins Buchstaus wandern müssen.

Der Abgeordnete Förster ging mit den sächsisch-thüringischen Exzessindustriellen scharf ins Gericht. Er bewies, daß dieses Arbeitsverhältnis sich eines rücksichtslosen Terrorismus gegen die organisierte Arbeiterkraft schuldig gemacht hat, um deren höchst beschwerenden Forderungen nicht erfüllen zu müssen.

Schließlich wurde gegen die Stimmen der Konfessionen und eines Teiles der Nationalisten folgende, von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Resolution angenommen.

Der Herr Reichsanwalt zu erklären, daß eine eingehende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Großindustrie eingelegt werde. Die Untersuchung wäre unter anderem auf folgende Punkte zu erstrecken:

1. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit oder die Dauer der Arbeitszeiten;

2. über die Überstunden und Überschichten unter Berücksichtigung der Zahl der überarbeitenden Arbeiter für jedes einzelne Werk sowie auf jeden Arbeiter entfallenden durchschnittlichen Zahl der Überstunden;

3. über die Einwirkung der Arbeitszeit sowie der Nacht- und Überarbeit auf die Unfallhäufigkeit und die Erkrankungsgefahr für die Arbeiter;

4. über die Durchführung und die Wirkung der bis jetzt erlassenen Schutzbestimmungen für die Arbeiter;

5. über die von den Werkstätten getroffenen Einrichtungen, wie Waschgelegenheit, Badeeinrichtungen, Räume zum Einnehmen der Wäsche usw."

Wir stellen fest, daß der Minister für Sozialpolitik, Graf v. Posadowsky, in seiner Rede folgenden in Aussicht gestellt hat: Gefällige Anerkennung der Berufsvereine, Krankenversicherung der Heimarbeiter, Schutzbestimmungen für Fabrikarbeiter der Heimindustrie, Einführung des Zehnstundentages, Krankenversicherung der Landarbeiter und des Kindes, Sonntagsruhe in den Glashütten.

Es fragt sich nur, wann diese Versprechungen ihre Erfüllung finden werden. Wie es heißt, ist der Gelegenheitsarbeiter der Berufsvereine fertig. Weßhalb wird er nicht veröffentlicht, damit die Arbeiter, insbesondere die gewerkschaftlichen Organisationen Stellung zu ihm nehmen können? Dem Vernehmen nach enthält er Bestimmungen, die den Zweck haben, die Gewerkschaften in ihrer Bewegungsfreiheit erfolgreich zu beschränken. Sogar die Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens in bestimmten Fällen soll vorgesehen sein. Nach einem anderen Bericht sollen die Gewerkschaften für Tarifabschlüsse mit ihrem Vermögen haften für den Schaden, der den Arbeitgebern erwächst. Jedenfalls hat die Arbeiterkraft ein erhebliches berechtigtes Interesse daran, den Inhalt des Entwurfs baldigst kennen zu lernen.

Die Fortsetzung der ersten Beratung des sozialdemokratischen Entwurfs, betreffend das Wahlrecht, am 14. Februar, wurde mit einer zweiminütigen Rede v. Bels eingeleitet, die als eine gründliche Abrechnung mit der Reaktion bezeichnet werden darf. Der Redner unterzog die sogenannte Ordnungspolitik einer dröhnenden Kritik; er schaltete die Zämmerei der Staats-

erhaltenden Parteien, hauptsächlich der "liberalen", die früher zur gewalttätigen Revolution sich bekannt haben und nun mit der Sozialdemokratie verbündet sind. Die Bemerkung, daß die preussische Staatsgewalt mit ihren Willkür und willkürlichen Maßnahmen gelegentlich der Wahlrechtsdemonstration am 21. Januar sich vor der ganzen Kulturwelt blamiert habe, trug dem Redner einen Ordnungsruf des Präsidenten ein.

Das gegenwärtig vorgebrachte, ist völlig belanglos; es verlohnt sich nicht der Mühe, davon Wort zu nehmen. Der Antrag geht nicht an eine Kommission; auch seine zweite Beratung wird also im Plenum erfolgen.

Der verantwortliche Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Friedrich Heintz, ist am 12. Februar von der ersten Strafkammer des Leipziger Landgerichts wegen "Aufreizung zu Gewalttätigkeiten", begangen durch Artikel des Blattes, zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei seiner Vernehmung erklärte der Angeklagte: Die Sozialdemokratie hat stets die Anwendung von Gewalt zurückgewiesen; die Sozialdemokratie ist in jeder Weise eine Partei der Gerechtigkeit. Sie verschmäht prinzipiell jeden Mord, das gegen das Gesetz verstoßt und verdammt jeden Gewaltakt. In den Schriften von Marx und Engels ist das klar ausgesprochen. Es findet sich nicht eine Stelle, die zu Gewalttätigkeiten auffordert; im Gegenteil, es ist ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie gewaltfreie Mittel anzuwenden hat.

Darauf aber nahm das Gericht keine Rücksicht, es sagt vielmehr in seinen Urteilsgründen: "Der Angeklagte hat die aufreizende Sprache geführt in einer bewegten Zeit, in Zeiten der erbitterten Kämpfe dieser Artikel veröffentlicht. In den von diesen Artikeln bedrohten Kreisen mußten sie Verunsicherung hervorgerufen. Es ist nicht nötig, daß Gewalt angewendet wird, es genügt, wenn dazu geeignet gemacht wird, um den Zustand des § 130 zu erfüllen."

Selbst in bürgerlichen Blättern erzählt diese Begründung einschließende Jurisprudenz.

Das Rhinogerosfell, dessen sich der Reichsanwalt auf einem Festmahl der Agrarier gerühmt, würdigt unser Hinweis auf die agrarische Fleischwunderspolitik die linksliberale "Berliner Volkszeitung" dahin:

Der Reichsanwalt hat sich über die millionenfachen Klagen und Beschwerden des deutschen Volkes hinweggesetzt, wie er sich neulich durch seine Querschnitts-Entscheidung in dem Gegenstand, bei dem die Klagen des Volkes, zu deren Güter er amtlich bestellt ist. Gegenüber allen diesen Klagen von Millionen fleißiger Menschen brachte er fünfzig Blätter, der deutsche Reichsanwalt, fertig, sich unter dem wüsten Gelächter der liebesgabenbegleiteten, in ihrem Fette schmorenden, fettstührenden Agrarier des Rhinogerosfelles zu rühmen, daß ihn gegen alles schäme, was aus Anlaß der Fleischwunderspolitik an Angriffen gegen ihn gerichtet worden sei.

In der Tat: durch dieses dicke Fell, dessen sich der Reichsanwalt vor aller Welt rühmt, ist nichts hindurchgedrungen von den Klagen und Seufzern, die aus unzähligen hungernden Herzen bedrängter Väter und Mütter emporgestiegen sind; nichts hindurchgedrungen von den Beschwerden und Verwünschungen, die sich den Sippen hungernder Eltern entringen haben gegen eine agrarische Politik, die einer Sanddollar Großgrundbesitzer aufstehe, eines der notwendigsten Lebensmittel in unterstern Maße verteuert.

Die Erfahrung hat das in vollem Umfange bestätigt. In den letzten Jahren hat die australische Arbeiterbewegung eine immer größere und bewußte Annäherung an den Sozialismus vollzogen; die nächsten Wahlen werden unter der sozialistischen Parole gefochten werden.

Ueber die gegenwärtige Lage des Sozialismus in Australien hat sich vor einigen Wochen ein Mann in einem amerikanischen Gesellschaftsblatt ausgesprochen, dem man die Kompetenz zur Beurteilung dieser Materie ohne weiteres zuerkennen muß. Es ist dies Mr. Hugh S. Lusk, ein früherer Abgeordneter der Arbeiterpartei im Parlament von Newzealand. Er lebt gegenwärtig in Amerika, von wo er kürzlich seiner früheren Heimat einen Besuch abstattete. Da er sich bei dieser Gelegenheit länger als ein Jahr in Australien aufhielt, so kann man annehmen, daß er als Kenner der Verhältnisse redet. Es ist auch für uns deutsche Sozialisten sehr interessant, den Darlegungen des Mr. Lusk zu folgen, obgleich wir sie da, wo er über europäische Verhältnisse urteilt, für vollständig verfehlt halten müssen. Seine Arbeit beginnt:

Die Arbeiterpartei in Australien ist mit Leib und Seele für die Verwirklichung des sozialistischen Staatsgedankens. Diese Tatsache ist nicht allein von großem Interesse, sondern auch in gewisser Beziehung von ziemlicher Bedeutung für die zivilisierte Welt, und namentlich für die Teile der Erde, wo die bestehenden Verhältnisse den zur Zeit in Australien herrschenden am nächsten kommen. Der Sozialismus in dieser oder jener Form ist seit mehr denn 30 Jahren in fast allen zivilisierten Ländern Europas und Amerikas bekannt worden, aber fast immer nur theoretisch, d. h. als ein schöner Traum, der aber ideal sei, um auf dieser realistischen Welt in die Tat umgesetzt zu werden. Warum der Sozialismus so allgemein als ein phantastischer Zukunftsraum angesehen werden sollte, kann man in Amerika vielleicht besser verstehen, als das es möglich wäre für ein Land wie Australien, ernstlich daran zu denken, die Schritte zur Verwirklichung werden zu lassen; und zwar ist der Grund für eine so verfehlte Auffassung nicht so gar fern zu suchen.

In Europa wie auch in Amerika ist das Staatsgebäude als doppelte und fertiggestellte zu betrachten, namentlich jenseit das gegenwärtige Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in Betracht kommt. Natürlich besteht ein weitgehender Unterschied auch in dieser Hinsicht in den Ländern der alten und neuen Welt; aber dieser Unterschied ist mehr

In jedem anderen Lande würde ein einziger Orkan des öffentlichen Volkswillens, die empörte Entrüstung aller Gebildeten und aller sozial Empfindenden einen solchen Ministerpräsidenten von seinem Sitze hinwegfegen. Bei uns, wo alle Dinge auf den Kopf gestellt sind, dürfen sich die Träger der agrarischen Reaktion alles erlauben. Auch die schlimmste Provokation des einfachen Volksgesühls, die schroffe Verhöhnung der Reichen und Verarmung der breiten Volkschichten darf gewagt werden, ohne daß solchen Übermaß von reaktionärer Volkshörigkeit die vernünftige Beschämung auf dem Fuße folgte.

Ziel hinausgeschleudert in politischer Beziehung ist ein großes, mächtiges Volk, das sich so etwas bieten lassen muß!

Leider sind ja viele Kreise des Volkes, vorweg das Bürgertum, aber auch ein großer Teil der Arbeiter in politischen Stimmzettel verfallen. Aber es gibt eine Macht, die dieses Elend überwinden und die reaktionären Staatsmänner aus deren Rhinogerosfell herausbringen wird — die Sozialdemokratie. Wer von Euch, Ihr Arbeiter, kein politisches Rhinogeros sein will, der schließt sich der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisation unter dem Banner des demokratischen Sozialismus an; der läßt sich seine geistige Nahrung nicht aus reaktionären oder sogenannten "parteilosen" Blättern, sondern liebt die Presse, die dem Recht und dem Wohle des Volkes dient, der wendet sich ab von jeder Geistesrichtung, die auch nur entfernt mit der Reaktion in Verbindung steht.

Am 11. und 12. Februar fand, auf Veranlassung der bekannten Siebenerskommission ein zweiter preussischer Vergarbeitsverband kam in Essen statt. Der deutsche Vergarbeitsverband hatte 76; der britische Gewerkschaftsverband 47 und der holländische Gewerkschaftsverband 7 Delegierte entsandt. Es waren also wiederum alle Vergarbeitsorganisationen zu einer einheitlichen Willensleistung, die es gegen vorhandene Mißstände oder sei es für die Verbesserung dringender notwendiger Reformen in der Regelung der bergmännischen Arbeits- und Rechtsverhältnisse, versammelt. Es ist jedesmal ein tröstliches Anzeichen, wenn die Gesamtheit der Klassengenosse zusammensteht, um für ihre Rechte einzutreten. Diesmal beschäftigte sich der Vergarbeitsverband mit dem Schnapshotelgesetz, auf welchem 24 Änderungen beantragt wurden. Am zweiten Tage wurde die Frage eines Reichsberggesetzes erörtert und das dringende Bedürfnis nach einem solchen allgemein anerkannt. Da die Vergarbeitsverbände jedoch wissen, daß ein einheitliches Berggesetz noch in weiter Ferne liegt, so wurde beschlossen, daß in die Gewerkschaften eine ganze Reihe von Schutzbestimmungen für die Vergarbeitsverbände in dieser Reichsberggesetz Aufnahme finden sollten. Angesichts der großen Überzahl der Werte und in Anbetracht der andererseits bestehenden Kennzeichnungsverhältnisse wird für die Vergarbeitsverbände in Steinbrüchen und Erzbergbau eine sofortige und angemessene Lohnsteigerung und im weiteren ein Minimallohn gefordert. In Sachen des großen "Vorwärts"-Angriffes über dessen Ursachen die Behörden so auffallend langsam Ermittlungen anstellen, wurde volle Auffassung der Schuldfrage gefordert. Am Schluß der Verhandlungen kam ein Antrag von der holländischen Seite des alten Verbandes zur Verhandlung, der eine Institution in allen Vergarbeitsverbänden darüber forderte, ob die Mitglieder geneigt seien, einer Verschmelzung aller besten der Verbände zu einer einzigen neutralen Vergarbeitsorganisation zuzustimmen. Der Delegiertentag überließ den Antrag einstweilen den einzelnen Verbänden zur Erwägung; es wurde ausgesprochen, daß eine der nächsten ge-

politischer als sein sozialer Natur. Da heißt es immer, daß man in Amerika keinen Klassengeist kennt. Und doch, was ist trügerischer als eine derartige Annahme? Denn wenn es auch wahr ist, daß in Amerika von fernem Geburtsort die Rede sein kann, so ist doch die Kraft gewissermaßen der Millionäre und dem gewöhnlichen Arbeiter ebenso, wenn nicht noch schwerer zu überbrücken, als der soziale Abstand zwischen dem Willigen und dem Bürgerlichen der alten Welt. Unter diesen Umständen eine radikale Veränderung der ganzen staatlichen Struktur schaffen zu wollen, wäre gleichbedeutend mit einer Demolierung des ganzen Gebäudes und würde eine soziale Revolution bedingen, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Es ist überhaupt zu verwundern, daß sich in Europa und Amerika noch so hartnäckende Staatsmänner befinden, die die Hoffnung hegen, wenn auch erst in weiter Ferne, ihre Ideale verwirklichen zu sehen.

Hier ist ein Punkt, der selbstredend unseren Widerspruch herausfordern muß. Mr. Lusk hält den Sozialismus in Europa für unmöglich, weil ihm die sozialen und noch mehr die politischen Verhältnisse, wie sie zur Zeit bei uns bestehen, für viel zu fest erscheinen, als daß hier jemals eine so grundsätzliche Veränderung möglich wäre, wie sie die sozialistische Gesellschaft bedingt. Er hat allerdings insofern recht, als die Vorurteile, die der Sozialismus bei uns zu überwinden hat, viel fester eingewurzelt sind als in Australien und selbst in Amerika, daß also der Sozialismus bei uns weit mehr Schwierigkeiten zu überwinden hat als dort. Aber Mr. Lusk erkennt, daß der Sozialismus für Europa nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine immer dringlichere Notwendigkeit geworden ist, und daß diese sich ständig steigende Notwendigkeit auch schließlich die gähelnden Vorurteile beseitigen wird. Mr. Lusk hält in diesem Falle die politischen Verhältnisse für viel entscheidender als die wirtschaftlichen — doch er schreibt über Australien, und da wollen wir mit ihm nicht über europäische Verhältnisse rechten. In Australien sieht er diese Schwierigkeiten für den Sozialismus nicht; er schreibt weiter:

In Australien liegt die Sache dagegen ganz anders; die Zustände im Lande und die Lage der Bevölkerung sind so geartet, daß sie nicht allein für das Wachstum sozialistischer Gedanken einen befruchteten Boden liefern, sondern es leicht verstehen lassen, daß man sich hier endlich mit dem Gedanken tragen kann, einen praktischen Versuch mit dem sozialistischen Staatswesen anzustellen zu wollen. In Europa würde ein Land mit vier Millionen Einwohnern

Der Sozialismus in Australien.

Ueber den australischen Sozialismus herrschen in Europa noch viel falsche Vorstellungen, ja man glaubt heute noch verächtlich, daß von einem Sozialismus, wie er das Wesen unserer Programme ausmacht, in Australien gar nicht geredet werden könne; man hält die australische Arbeiterbewegung den englischen Trades-Unions für gleichartig. Diese Auffassung trifft völlig daneben. Wahr ist, daß die heutigen Führer der australischen Arbeiterbewegung — und nicht nur die Führer allein — den Sozialismus sehr gut verstehen haben und daß sie ihn auch recht lebhaft propagieren. Es ist freilich selbstverständlich, daß sich die Taktik in einem so demokratischen Lande ganz wesentlich von unserer unterscheidet. Dementsprechend sind auch die Formen, worin sich der politische Kampf dort abspielt, wesentlich anders als bei uns. Das Ziel aber, dem die australische Arbeiterpartei zutrifft, ist wie das unsere: die Expropriation der Expropriateure. Ja, es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß sie dies Ziel weit eher erreichen wird, als die Arbeiter Europas.

Seit der Zeit, daß auf dem fünften Kontinent eine ausgeprägte Arbeiterpartei das Staatsruder in den Händen hatte, ist das Interesse der ganzen sozialistischen Welt für die Arbeiterbewegung Australiens bedeutend gesteigert. Dies Interesse kann auch dadurch nicht beinträchtigt werden, daß kürzlich in England ebenfalls ein früherer Arbeiterführer, John Burns, in das neue liberale Ministerium eingetreten ist. Es wäre verfehlt, die Ministerperiode v. Watsons mit der John Burns zu vergleichen. Der Minister John Burns kommt, wie wir wissen, nicht eine solche Bedeutung zu, wie man sie berechtigterweise der Regierung des australischen Arbeiterführers zumächte. Schon der Unterschied zwischen der Stellung beider innerhalb ihres Kabinetts deutet das, wenn auch nur rein äußerlich an. Der Unterschied im Wesen dieser beiden Fälle, wo Vertreter der Arbeiterkraft zur Anteilnahme an der Leitung des Staates gelangten, läßt sich dahin zusammenfassen: Burns Ministerpartei ist ein Teil der liberalen Partei, das Kabinett Watson war eine politische Notwendigkeit. Die politische Herrschaft der australischen Arbeiterpartei ist nicht von langer Dauer gewesen, John Burns aber wird solange am Ruder bleiben, wie das liberale Ministerium sich behaupten kann. Wir wissen, daß der Rücktritt des Arbeiterministeriums durchaus keine Niederlage des australischen Sozialismus war: die Kraft der Partei blieb dadurch unberührt, sie blieb vor wie nach ein Faktor, der aus dem politischen Leben nicht mehr ausgeschlossen werden konnte,

* Der "Bricklayer and Mason", das Organ unserer nordamerikanischen Berufskollegen.

meinsamen Konferenzen darüber verhandeln solle. Damit hat der Delegiertentag recht getan. Gewiß, es liegt eine solche Verschmelzung im Interesse aller Vergarbeiter, aber sie muß auch, wenn sie eine dauernde Einigkeit bewirken soll, recht ernstlich und reiflich erwogen werden. Eine solche Verschmelzung ist eine gute Sache, und gut Ding will Weile haben.

Jede freie und selbstbewußte Tätigkeit der Arbeiter im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation ist sowohl der Wehrde wie den Unternehmen verhaftet. Die christlichen Gewerkschaften erfahren mehr und mehr eine nicht minder rücksichtslose und ungerechte Behandlung von Seiten jener Faktoren, als die sozialdemokratischen. So werden erstere jetzt in Vorhingen genau so behandelt und gemäßregelt wie die „Muschler“. Das christliche Organ „Der Vergarbeiter“ klagt, daß man dem christlichen Gewerkschaften die soziale Arbeit abtreibe. Auch leit das Blatt mit: Die Firma de Wendel in Hayingen habe sechs Arbeiter ohne Kündigung entlassen, also Kontraktbruch verübt. Zwei der Entlassenen waren Italiener, sie wurden unmittelbar nach der Entlassung in der Nacht aus den Betten geholt, und über die Grenze gebracht. Einer der Ausgewiesenen, der schon seit seiner Kindheit in Vorhingen weilte, war christlicher Betriener in Vorhingen. Er hat sich an den Vorberichter zum Feiern des Kaisergeburtstages, den die christliche des christlichen Gewerkschafts schickte beging, hervortragend beteiligt.

Das ist der grimmige Humor bei der Geschichte! Nicht einmal demonstrative Behandlung, monachischer Gefinnung schickt einen christlichen Gewerkschafts-Vorstandsman vor dem bürgerlichen Magistrat, wenn er durch sein Eintreten für berechnete wirtschaftliche und soziale Interessen der Arbeiter sich beim Unternehmertum und damit natürlich auch bei den Behörden „unmöglich“ gemacht hat. Da hilft ihm weder seine „Religion“ noch sein „Bürgerbüßer“.

Weiter berichtet „Der Vergarbeiter“: In Hayingen hielt der christliche Gewerkschaft eine Versammlung ab, die eine Kommission wählte, welche mit der Firma de Wendel verhandeln sollte. Während die Versammlung tagte, rückte eine Abteilung Husaren unter Führung eines Offiziers in Hayingen ein, um, wie das amtliche Kreisblatt Tags darauf mitteilt, etwaigen Ausweichungen sofort zu begegnen.

Also Husaren gegen christliche Arbeiter, die deshalb, weil sie Differenzen mit dem Unternehmertum ordnungsgemäß zum Austrag bringen wollten, in den Verdacht gerieten, eine „Rebellion“ zu beabsichtigen.

Werden die christlichen Arbeiter nun bald einsehen, daß sie sich kindischer Torheit schuldig machen, wenn sie ihre sozialdemokratischen Verurs- und Klassen-geoffenen bekämpfen?

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Veröffentlichung der preussischen Volkszählungsergebnisse: Industrie- und Agrarbezirke, Stadt und Land.

Die „vorkläufigen“ Ergebnisse der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1905 werden für Preußen bereits veröffentlicht. Die gewahren abermals einen lehrreichen Einblick in die rapid fortwährende Industrialisierung der staatlichen Grundlagen — eine Entwicklung, die schließlich ihren Ausdruck auch in einer Richtungsänderung der staatlichen Politik und Gesetzgebung Preußens finden muß. Aus der Umwälzung des breiten wirtschaftlichen Unterbaues der Pyramide muß sich mit der Zeit unwiderstehlich eine Umgestaltung des

oben in den Spitzen noch vorherrschenden politischen Systems herausbilden, die die Wirkung der Ursache folgen muß.

Da die vorläufigen Bevölkerungsziffern fast vollständig, bis auf einen Unterschied von ungefähr 1:1000, den späteren endgültigen Zahlen entsprechen, so seien einige der schlagendsten, bisher anzunehmenden Beobachtungen herangezogen.

Am und für sich ist in Preußen das Wachstum der Bevölkerung, später und frühere Zählungsperioden verglichen, nicht ungünstig verlaufen. Das Erstarben und Emporblühen der eigenen heimischen Industrien hat die ehemalige Auswanderung in das Ausland, in erster Linie nach Amerika, mehr und mehr in eine Abwanderung nach den eigenen Städten und Industrieregionen verwandelt, so daß an die Stelle positiver Verluste mehr nur Verchiebungen und Anderes gruppirungen in der Einwohnerzahl getreten sind. Andererseits ergibt sich mit den Jahren eine etwas größere Zunahme noch dadurch, daß die Sterblichkeit im großen und ganzen dauernd sank — eine Vermehrung der Geburten selber fällt kaum ins Gewicht. So nahm denn Preußen, einschließlich Posen und Helgoland, alljährlich zu um:

Jahr	Personen	Prozent
1867/71	168953	0,69
1871/75	263288	1,05
1875/80	307341	1,17
1880/85	207872	0,75
1885/90	327779	1,13
1890/95	379551	1,24
1895/1900	523477	1,59

Einen Stillstand der im allgemeinen erfreulichen Aufwärtsbewegung finden wir also nur in der ersten Periode nach dem großen Krah der siebziger Jahre, der einen starken Gerhang der Geschleichen und Geburten, dazu ein ungelassenes Emporblühen der Auswanderung im Gefolge hatte. Nach der Mitte der achtziger Jahre verschwindet diese Unterbrechung wieder.

Die wachsende Aufnahmefähigkeit für die Bevölkerung gründet sich jedoch nicht in gleicher Weise auf die agrarisch-ländlichen und die gewerblich-städtischen Produktionsgebiete. Vielmehr bleibt das ländliche Land in seiner Einwohnerzunahme weit hinter dem Staatsdurchschnitt zurück, obwohl gerade agrarische Provinzen wie Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien am stärksten mit ländlichen Elementen durchsetzt sind, bei denen der Geburtenreichtum natürlich nichts zu wünschen übrig läßt. Lassen wir von den „Provinzen“ das kleine Hohenzollern (mit seinen 68 098 Einwohnern am letzten 1. Dezember) außer Vergleich, so ergibt sich folgende Reihenfolge des Bevölkerungswachstums zwischen 1900 und 1905, während gleichzeitig im gesamten Preußen die Bevölkerung von 34,47 Millionen auf 37,27 Millionen, also um 8,13 Proz., im ganzen Jahr stieg:

Provinz	am 1. Dez. 1900	am 1. Dez. 1905	Dennach Zuwachs Prozent
Ostpreußen	1996226	2034526	1,90
Pommern	1684332	1684125	3,02
Westpreußen	1563863	1641964	5,01
Sachsen	2832616	2978659	5,16
Polen	1887267	1983329	5,25
Schlesien	4688557	4934454	5,71
Hannover	2540939	2755499	6,28
Stadtkreis Berlin	1888448	2035815	7,78
Schleswig-Holstein	1387958	1504339	8,38
Hessen-Rheinland	1897981	2071981	9,07
Rheinland	6759798	7432929	11,69
Westfalen	8187777	9187841	13,49
Brandenburg	8105554	8597976	13,55

Diese Zusammenfassungen für ganze Provinzen können natürlich nur einen rohen, ungefähren Anhalt bieten. So würde

Schlesien sofort einen höheren oder tieferen Blick in der Rangordnung erhalten, je nachdem wir die landwirtschaftlichen schlesischen Distrikte oder die Bezirke der altgewesenen oder jungentfalteten schlesischen Industrien für sich ins Auge fassen. Ähnlich birgt die Provinz Sachsen mit ihren beiden großstädtischen Zentren (Mandeburg 204 661, Halle 169 899 Einwohner) die denkbar größten agrarisch-industriellen Gegenläufe, die in dem Durchschnitt ziemlich irreführend ausgeglichen sind. Berlin & Wachstum bleibt in unserer Statistik nur deswegen hinter dem Landesdurchschnitt zurück, weil das Häusermeer der Reichshauptstadt nach vielen Seiten längt, die Grenzen des kommunalen Reiches erreicht hat und deshalb jede neue Ausdehnung den Nachbargemeinden zu gute kommt und statistisch zugeschrieben wird. Von allen (1900: 76, 1905: 88) selbständigen preussischen Stadtkreisen zeigten a. B. gerade Mordorf (mit 65,90 pZt. Zunahme seit 1900) und Schönberg (mit 46,87 pZt.) den raschesten Aufschwung. Auch Charlottenburg als selbständiger Stadtkreis mit 26,52 pZt. Zunahme gehört durchaus zur Berliner Entwicklungszone. Daran schließen sich ferner noch von den sogenannten „Land“-Gemeinden, mit mehr als 10 000 Einwohnern: Oberkassow (mit 14,11 pZt. Zunahme seit 1900, Treptow mit 11,55 pZt., Deutsch-Wilmersdorf mit 10,72 pZt.). Alles das nennt sich in unserer Statistik Landgemeinden, weil es in seiner kommunalen Verfassung und Verwaltung von den eigentlichen Städten abweicht, aber das Lebenselement dieser Orte ist gleichfalls die Industrie, und bei Gravitationsmittelpunkten ist abermals Berlin, die Stadt der deutschen Städte. Kein Wunder, daß die Provinz Brandenburg in unserer Mitte den Gipfel darstellt, obwohl überall hier so landwirtschaftliche Striche eine Abwärtsbewegung bringen — so hat beispielsweise der ganze Regierungsbezirk Frankfurt ein der geringsten Zunahmen in ganz Preußen (nur 1,93 pZt. gegen 20,66 pZt. im Regierungsbezirk Potsdam); er steht fast gleich tief wie die Provinz Ostpreußen, die schlechteste aller Provinzen.

Ueber die Einzelgemeinden liegen leider bisher nur Uebersichten vor, soweit es sich um Orte von über 10000 Einwohnern handelt. Diese Angaben betreffen, so gut wie ausnahmslos, lediglich Bevölkerungsgruppen städtisch-gemeinlichen Charakters. Wir können also detailliertere Vergleiche für unsere Zwecke lediglich nach Kreisen ziehen, von denen Preußen zuletzt 677 besaß, darunter 88 selbständige Stadtkreise. Alle diese 88 Stadtkreise erfuhren bezeichnenderweise eine Zunahme, am stärksten, wie wir schon erwähnten, in den Berliner Vororten Mordorf und Schönberg; es folgen dann der Stadtkreis Kiel mit 34,38 pZt., der Stadtkreis Rastatt mit 30,49 pZt., Charlottenburg, wie erwähnt, mit 26,52 pZt., Emden mit 26,14 pZt., Oberhausen mit 23,60 pZt., Hamm mit 22,50 pZt., Dortmund mit 21,46 pZt.; nur bei 19 der selbständigen Stadtkreise blieb die (nicht zu beachtende) Zunahme hinter 5 pZt. zurück. Dagegen haben wir bei den übrigen 489 Kreisen (bezogen auf Kreise) nicht weniger wie 62 direkt eine Bevölkerungszunahme — im Jahr 1895/1900 sogar in 121 Kreisen. Alle die stark auszuweisenden dieser 489 (nicht rein großstädtischen) Kreise sind gleichfalls industriellen Charakters. An der Spitze marschieren die bekanntesten Industrieregionen: Kreis Mordorf mit 65,38 pZt. Bevölkerungszunahme (in fünf Jahren), Kreis Teltow mit 41,93 pZt., Landkreis Rastatt mit 41,55 pZt., Kreis Niederbarnum mit 33,47 pZt., Kreis Mord mit 30,08 pZt., Landkreis Gelsenkirchen mit 25,38 pZt., Landkreis Dortmund mit 23,85 pZt. Insgesamt nehmen um mehr als 20 pZt. zu 13 Kreise, die von der amtlichen Darstellung selber samt und sonderb als „ganz überwiegend industriell“ bezeichnet werden. In diesem Gegensatz hierzu ergibt sich in 38 Landkreisen die Zunahme nicht über 1 pZt.; das sind durchweg landwirtschaftliche Kreise, wie abermals unsere Quelle vermerkt. Von den

in den meisten Fällen im Hande sein, seine eigenen Bedürfnisse zu decken. Es würde Erwerbsindustrien der verschiedenen Art für die mannigfachen Gebrauchsartikel des Lebens rufen, und das allmähliche Wachstum dieser Industrien würde eine große Anzahl von Privilegien für die besitzende Klasse im Gefolge haben, der gegenüber wieder die besitzlose Klasse sich vielfach verpflichtet und gebunden erachtete würde. In Australien liegen die Verhältnisse aber diametral entgegengesetzt. Von industriellen Unternehmungen kann man hier erst seit ganz kurzer Zeit sprechen, und diese wenigen befinden sich auch erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklung, so daß ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung in ihnen Beschäftigung findet. Kein Land in der Welt — mit der einzigen Ausnahme Neuseelands — importiert im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl so viele Fabrikate, und exportiert auf der anderen Seite so viele Rohprodukte und Materialien wie Australien. Es ist eine eigenartige Tatsache, die dazu beitragen dürfte, die Sachlage aufzuklären, daß hier Ackerbau, Viehzucht und Bergbau alljährlich soviel an Wert produzieren, wie sämtliche Industrien zusammenbringen. Unter solchen Umständen ist es leicht zu verstehen, daß hier der einzelne Arbeiter, namentlich wenn er sich einer Organisation anschließt, eine ungleich größere Rolle spielt, als der Kapitalist, der sich nicht mit eigenen Händen an der Produktion beteiligt; auf einem derartigen Boden mühten die sozialistischen Ideen schnell Wurzel schlagen, und in einem solchen Lande, wo keine allübertragene Vorurteile im Wege stehen, kann man ersten daran gegangen werden, ohne eine blutige Revolution befürchten zu müssen, einen Versuch mit praktischem Sozialismus anzustellen. Die Arbeiterpartei ist zwar augenblicklich nicht mehr am Ruder, wie noch kurz zuvor, aber sie hat deswegen durchaus nichts an Bedeutung und Einfluß eingebüßt, im Gegenteil, sie ist namentlich nahezu so stark, wie die Partei der Schulzöllner, die augenblicklich ebenfalls sind, und die der Freihändler, an deren Spitze Herr Reid steht, der kürzlich demobilisiert hat. Die Arbeiterpartei befindet sich in der glücklichen Lage, der ausschlaggebende Faktor zu sein; welcher Partei sie immer ihre Unterstützung angedeihen läßt, sie ist des Erfolges sicher: mit anderen Worten, die beiden anderen Parteien müssen nach ihrer Weise tanzen. Der Führer der Arbeiterpartei, Herr Watson, hat so weit mehr zu sagen und weniger zu verantworten, als wenn er tatsächlich am Ruder wäre. Es sind sich denn auch alle darüber klar, daß dieses Provisorium nicht von langer Dauer sein kann, höchstens bis zu Ende des nächsten Jahres, wenn die Neuwahlen stattfinden, wahrscheinlich schon früher, wenn

nämlich die Schulzöllner ausfinden, daß sie ihr Programm nicht durchführen können.

Aus diesem Grunde und in der Voraussetzung, daß sich etwas Derartiges abspielen wird, hat denn die Arbeiterpartei auf den verschiedenen Konferenzen in den einzelnen Staaten es für angebracht gehalten, eine allgemeine politische Erklärung anzunehmen, die als das Endziel ihrer politischen Bestrebungen die Einführung des Sozialismus hinstellt; bis zu diesem Zeitpunkt wird man aber mit einem Wahlprogramm vor die Wähler treten, das die brennendsten Tagesfragen in opportunistischer Weise behandelt. Man laubt also noch eine kurze Zeit, bis man sich für genug fühlt, auf alle Halbheiten und Kompromisse verzichten zu können. Dann wird man darauf bringen, die Verstaatlichung aller Erwerbsquellen zu proklamieren. Nicht allein wird der Staat wieder Besitz vom Grund und Boden erlangen und diesen nur zeitweilig dem betreffenden Inhaber überlassen, nein; auch die Schiffe, die die Erde biegt, an Kohlen, Eisen, Blei, Kupfer, Silber und Gold, die in fast allen Teilen des Landes im Ueberflusse zu finden sind, bleiben Eigentum des Landes und werden nur zeitweilig zum Zwecke der Ausbeutung den einzelnen von Staats wegen überlassen. Unter dieser Politik würde der Bergbau reglicher Art aufhören, zur Veredlung einer einzelnen Kapital und unter staatlicher Oberaufsicht mit staatlichen Kapital und unter staatlicher Oberaufsicht mit staatlichen Kapital betrieben werden. Ueberhaupt alle Gewerbebetriebe, deren Verfertigung eine größere Kapitalanlage bedingt, würden vom Staate hergeleitet werden, und das große Publikum, das jetzt für seine tägliche Nahrung und Nahrung unerwünschte Bürgergüter an einige wenige Privilegierte zu bezahlen hat, würde unter solchen Umständen aufstehen und selbst an der allgemeinen einseitigen Verbesserung teilnehmen. In Australien hat man im Verkehrsweesen, soweit Eisenbahnen, Telegraphen und Telefonien in Betracht kommen, unter staatlicher Leitung die erfreulichen und vielversprechendsten Resultate erzielt, und es ist anzunehmen, daß man sich deswegen um so weniger scheuen würde, eine Partei aus Mord zu rufen, die es sich zur Aufgabe stellt, alle industrielle Verkehrsanstalten unter staatliche Kontrolle zu stellen und die Gewerkschaften nicht nur vom Volke, sondern auch vom Wesen des Volkes herzustellen zu lassen.

Da wird häufig von gegnerischer Seite behauptet, daß der Staat unter seinen Umständen auf industriellem Felde mit Privatfabriken konkurrieren könne; nun, in Australien sind wir seit geraumer Zeit eines Besseren belehrt worden. Der Staat eignet sich nicht allein, ein Eisenbahngesetz von 160 000

Weilen an, sondern er fabriziert in staatlichen Anlagen seine eigenen Betriebsartikel, und zwar macht er Geld dabei. (Solche Staatsbetriebe fehlen auch bei uns nicht. Die Redaktion des „Grundstein“.) Warum sollte sich darum die Arbeiterpartei nicht der Hoffnung hingeben, daß auch auf anderen Gebieten gewerblicher Tätigkeit der Staat die Initiative ergreifen könnte, ohne befürchten zu müssen, bei dem Unternehmen bankrott zu gehen. Augenblicklich sind es die Kapitalisten, die die Schiffe abschöpfen, später, bei elektrischer und Leuchtener Handhabung, wird auch der kleine Mann in die Lage kommen, nach dem Wunsche des Franzosenstoffs allmählich sein Suppenbühn im Lichte zu haben. So Mr. Aust. Seine Ansichten über die Lage des Sozialismus müssen uns naturgemäß zunächst als zu optimistisch erscheinen, weil wir gewöhnt sind, alles gesellschaftliche Werden nach dem Schema der westeuropäischen Entwicklung zu beurteilen, die sich besonders bei uns in Deutschland mit großer Langsamkeit vom Feudalismus zum Kapitalismus durchgerungen hat. Ich glaube jedoch, daß diese Entwicklung zur richtigen Beurteilung australischer Verhältnisse nicht herangezogen werden kann. Australien hat das, was wir Feudalismus nennen, nie gekannt; seine Eigenschaften als englische Kolonie hat die Herrschaft einer bodenständigen Junkerkaste nie zugelassen. Seine Entwicklung ist stets unter kapitalistischen Formen vor sich gegangen. Man muß darum auch den Maßstab, den wir an die europäischen Verhältnisse legen, beiseite lassen, um der heutigen Situation in Australien gerecht zu werden. Die uns geläufige Auffassung ist, daß der Kapitalismus erst die höchste Stufe seiner Entwicklungsmöglichkeit erreicht haben müßte, ehe er durch den Sozialismus abgelöst werden könne. Das ist eine Auffassung, wofür in Wirklichkeit gar kein Beweis erbracht werden kann. Deutschlands großkapitalistische Entwicklung z. B. ist sicher noch nicht auf diesem Kulminationspunkt angelangt, trotzdem sind aber die ökonomischen Voraussetzungen für den sozialistischen Wirtschaftsbetrieb erfüllt: die Leistungsfähigkeit der Produktion genügt heute schon den an sie zu stellenden Anforderungen. Sobald das Proletariat die politische Macht erobert hätte, könnte es mit der Umwandlung der Gesellschaftsform beginnen. Australien produziert heute weit mehr als sein Bedarf verlangt, es produziert große Ueberflüsse an wirtschaftlichen Gütern; die ökonomischen Voraussetzungen des Sozialismus sind also auch bei ihm erfüllt. Was fehlt also noch? Die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Arbeiterpartei. Wird sie in absehbarer Zeit möglich sein? Das ist bei der Beurteilung der Frage der springende Punkt. (Schluß folgt.)

63 Baudkreisen, die überhaupt keine Zunahme, sondern direkt eine Abnahme erfuhren, entfallen 49 auf die älteren östlichen Provinzen (gegen 97 im Jahre 1900), und zwar 14 auf Ostpreußen, 1 auf Westpreußen, 1 auf Brandenburg, 4 auf Pommern; 2 auf Polen, 16 auf Schlesien und 1 auf Sachsen. In den älteren Landesteilen des Weltens zeigen 4 Kreise, in den 1886 erworbenen neuen Provinzen hingegen 9 Kreise eine Verminderung der Volkszahl. Am stärksten und größer als 5 pSt. war der Rückgang der Bevölkerung in dem Kreise Oststernberg (= 7,11 pSt.).

Fünf Jahre sind eine kurze Spanne Zeit für große Umbildungen in der Berufsstatistik und in der sozialen Gruppierung eines Volkes. Die Unwiderstehlichkeit der ganzen Entwicklung kommt erst zu vollem Bewußtsein, wenn man weiter aus- einanderliegende Zeiträume vergleichend festhält. 1871 zählte z. B. die Provinz Rheinland 1 579 347 Einwohner, Westfalen 1 775 176 Einwohner. Fast jede der alten östlichen Provinzen war damals den westlichen Industrie- und Handelsprovinzen noch fast ebenbürtig, zum Teil sogar überlegen: Westpreußen mit seinen 1 314 611 Einwohnern, Pommern mit 1 431 633, Polen mit 1 683 843, Ostpreußen mit 1 822 934 Einwohnern. Heute (1. Dezember 1905) zählen in ihrem kümmerlichen Bevölkerungsfortschritt:

Westpreußen	1 641 964 Einwohner
Pommern	1 684 135
Polen	1 986 329
Ostpreußen	2 034 583

Zusammen ... 7 347 011 Einwohner

Diese Gesamtziffer für alle vier östlichen Provinzen wird gegenwärtig von der einen Provinz Rheinland (6 432 929 Einwohner) beinahe erreicht; sie wird von den beiden vereinigten Industrie- und Handelsprovinzen (zusammen 10 050 770 Einwohner) um mehr als ein Drittel überstiegen!

Nur wirkt aber die Industrie bekanntlich nicht nur entscheidend der Zahl ihrer Angehörigen. Sie wirkt durch das engere geistige Leben, das sie einleitet. Sie wirkt durch die leichtere und umfassendere Organisation der Massen, die sie auf engerem Raume unter gleichartigen Lebensverhältnissen zusammenbringt. Sie wirkt durch die Bildungs- und Agitationsmittel der Stadt, durch die Presse und die ganze sonstige Literatur, sogar anstößig auf das unbewegliche Land zurück — ganz abgesehen von der Rückwirkung, welche die industriellen Bezirke als Absatzgebiete für Agrarprodukte ausüben.

Wer wollte glauben, daß solche im Schoße der alten Gesellschaft rapid sich ausbreitenden wirtschaftlich-sozialen Neubildungen ewig mit der alten politischen Hülle sich begnügen könnten, die ihnen das alte halbfeudale Preußen heute noch bietet? Berlin, 12. Februar 1906. **Mag. Schippel.**

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: Maurer:

Hamburg:

Hamburg (Sperren über die Bauten: Riekhof, Markmannstrasse, Nieland, Ericastrasse, Kietzmänn, Eilbeckthal, Opel & Mehlhose, Oesendorf bei Steinbek);

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter);

Mecklenburg:

Schwerin (Sperre über Ferd. Stange), Bützow (Differenzen);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Jarmen (Sperre über Brandt und Heidschmidt);

Ost- und Westpreußen:

Könitz, Marienwerder (Differenzen);

Schlesien:

Rauschwalde b. Görlitz (Sperre über Unternehmer Pauls);

Brandenburg:

Spandau (Sperre über Unternehmer Rucksch), Strasburg i. d. Vorkern. (Sperre über Döring);

Provinz Sachsen:

Bernterode, Unterereichsfeld (Sperre über die Kaliwerke);

Königgr. Sachsen:

Leipzig (Gesperrt ist die Firma Marien & Kunze, Bahnhofsbauten), Hirschberg a. d. S. (Aussperrung);

Thüringen:

Görsnitz (Streik), Eifurt (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch);

Rheinprovinz und Westfalen:

M-Gladbach (Sperre über Bongarts), Beunrath bei Düsseldorf (Sperre über Judick);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Delmenhorst (Sperre über die Wollkammer), Visselhövede (Sperre über Cohrs und Köster), Burgdorf (Sperre über Allerding) Pyrmont (Streik);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer Neurohr), Mundenheim (Sperre über die Fabrik Güllin);

Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Mattor aus Strassburg).

Fliesenleger:

Dalsburg (Sperre über Firma Lohbeck).

Gau Lübeck. Die Lohnbewegung in Staven- hagen ist beendet. Es tritt eine Verärgerung der Arbeitszeit von 11 auf 10½ Stunden ein. An Stelle des bisher gezahlten Tageslohnes tritt die Stundenlohnung. Der Stundenlohn wurde auf 33 s festgesetzt. Bisher wurde bei voller elfstündiger Arbeitszeit ein Tageslohn von 4.325 gezahlt. Im Herbst und Frühjahr zahlten die Unternehmer nach Belieben. Überstunden, Sonntagsarbeit usw. wurde ebenfalls geregelt. Die Vereinbarung tritt am 1. April dieses Jahres in Kraft und hat für ein Jahr Gültigkeit.

Im Lohngebiet Leterow-Groß-Boden-Maerow fand am 27. Februar eine nochmalige Unterhandlung statt, die aber zu keinem endgültigen Resultat führte. Die Unternehmer erklärten sich bereit, unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer nicht anwesenden Kollegen, vom 1. Januar 1907 den Stundenlohn von 35 s auf 37 s zu erhöhen und die zehnstündige Arbeitszeit zu gewähren. Der Lohnkommission sollte dann schriftlich Nachricht zugehen. Ein Beschluß über dieses Angebot liegt noch nicht vor.

In Parchim kam es am 5. Februar auf Veranlassung der Unternehmer zu einer nochmaligen Unterhandlung. Sie verlief völlig resultatlos. Ueber den Lohnsatz, der in Lübz tariflich festgelegt ist, wollen sie nicht hinaus und hielten das Angebot, das bereits in der früheren Sitzung gemacht wurde, aufrecht. Die Unternehmer empfahlen aber der Kommission, dahin zu wirken, daß dieses Angebot auch angenommen würde, weil so gut wie gar keine Arbeit in Aussicht sei. Die Kollegen haben sich hierüber aber nicht einschließen lassen. Es wurde beschlossen, das Angebot abzulehnen. Wenn wirklich die Arbeitslosigkeit so schlimm sein sollte, dann würden die Unternehmer wohl nicht ohne Hilfe mit der Abschließung der Lohnbedingungen gehandelt haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es in nicht allzuferner Zeit zu ernsthaften Differenzen kommt.

In Oldenburg i. S. fordern die Kollegen den Lohn, der in Weilingen verträglich vereinbart ist. Die Unternehmer haben nun mit der Begründung abgelehnt, daß ja nicht alle Gesellen im Verbanne seien. Dies dürfte den Kollegen ein Ansporn sein, die Agitation auf das lebhafteste zu betreiben um die uns fernstehenden Kollegen zu gewinnen, damit auch hier die Lohnbewegung zu unseren Gunsten ihre Erledigung findet.

In Plön fordern die Kollegen 45 s Stundenlohn und neunzehnstündige Arbeitszeit. In einer mühseligen Unterhandlung, die am 31. Januar stattfand, machten die Unternehmer folgendes Angebot: 43 s bis zum 31. März 1906. Dann soll der Lohn für fünf weitere Jahre 44 s betragen. Die Verärgerung der Arbeitszeit wurde abgelehnt. Die Plöner Kollegen haben nun einstimmig dieses Angebot abgelehnt und um weitere Unterhandlung nachgesucht.

Mit der Begründung, daß der Lohn in Güstrow im Verhältnis zu Schwerin, Rostock und Wismar schon jetzt zu hoch sei, glaubten die Unternehmer unsere Forderung ablehnen zu können. Gefordert wird eine Lohnerhöhung von 45 s auf 43 s pro Stunde. Die Unternehmer erwidern um Zurückziehung der Forderung. Darauf werden die Kollegen wohl schmerzlich eingehen. Sie werden nicht geneigt sein, sich diesem Vergleich der Unternehmer anzupassen. Leben doch auch die Maurer in Rostock und Schwerin gerade nicht in den günstigsten Verhältnissen. In Rößel i. M. fordern die Kollegen eine Lohnerhöhung von 32 s auf 36 s pro Stunde und die zehnstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer haben nun folgendes Schriftstück, in dem sie ihrem bekräftigten Herzen ordentlich Luft machen, den Kollegen zugeandt:

„Rößel, den 12. Februar 1906.

An die hiesigen Maurergesellen.
Im Auftrage der hiesigen Maurermeister teile betreffs der Lohnforderung der Maurer Rößels und Umgegend nachstehendes mit:

Die Forderung von 36 s pro Stunde ist unseres Erachtens für Rößels Verhältnisse zu hoch und dürfte der jetzige Lohn wohl ein ganz angemessener sein. Obgleich wohl Gesellen darunter sind, für die wir den geforderten Lohn gern und mit Freuden bewilligen könnten, so sind aber auch viele darunter, die bei dem jetzigen Stundenlohn den üblichen Arbeitspreis nicht halten können und wollen, und häufig sind diese in den Verarmungen gerade diejenigen, die am meisten leiden. In den Nachbarstädten werden allerdings 1—2 s pro Stunde mehr gezahlt als hier, dafür sind aber die Mieten und der Lebensunterhalt bedeutend teurer.

Wir sind sicher, daß viele der hiesigen Gesellen aus sich selbst nicht auf eine Lohnerhöhung gekommen sind und sich innerlich sagen, wir haben einen guten und zeitgemäßen Verdienst und können damit aufleben. Trotzdem aber lassen sie sich fortziehen von denen, die im Lande umherreisen und sich mit ihren schmiedelichen und gut ausgeschmiedeten Ireden ihr Brot spielend verdienen, welches der Arbeiter sich aber von seinem täglichen Verdienste abziehen muß.

Aus obengenannten Gründen, von denen sich noch eine ganze Reihe aufzählen ließen, bitten wir Sie, die Lohnforderung zurückzugeben und uns eine diesbezügliche Antwort zu erteilen. Wenn verlangt, sind wir aber auch gerne bereit, die Sache mündlich mit dem Gesellenauschuß zu besprechen.

Hochachtungsvoll

A. Beher, Maurermeister.“

Hoffentlich veräumen die Kollegen nicht, den Unternehmern die gefällige Antwort hierauf zu erteilen.

In Bülow fand am 9. Februar auf Veranlassung des dortigen Bürgermeisters eine Unterhandlung mit den Unternehmern statt, wozu auch die Gauleiter der Maurer und Zimmerer zugelassen wurden. Nach mehrstündiger Beratung einigten sich beide Parteien dahin, ihren Mitgliedern folgendes zur Beschlußfassung zu unterbreiten: Der Lohn betrage vom 1. März d. J. für Arbeiten in der Stadt pro Stunde 37 s; für Arbeiten auf dem Lande wird pro Stunde 39 s gezahlt. Vom 1. April 1907 beträgt der Lohn in der Stadt pro Stunde 38 s, auf dem Lande 40 s. Ueber die Nebenbedingungen wurde ebenfalls eine Einigung erzielt. Die Maurer und Zimmerer beschlossen noch an dem

selben Abend durch geheime Abstimmung, das Gebotene anzunehmen.

Die Unternehmer hatten jedoch anders beschlossen. Sie wollen zunächst nur einen Vertrag für dieses Jahr. Des weiteren wollen sie statt 39 nur 33 s für Überlandarbeit bezahlen. Da die Kommission keine Vollmacht hatte, in dieser Form den Vertrag zu unterzeichnen, so wurde den Kollegen diese Verringerung zur Beschlußfassung unterbreitet. Es wurde aber einstimmig abgelehnt. So ist denn der Friede noch nicht wieder hergestellt, und so steht uns, wenn die Unternehmer nicht bald den einen Willen zulegen, eine Weiterführung des Kampfes bevor. Es dürfte dann aber nicht unter 40 s für Stadt- und 45 s für Landarbeit abgehen.

Der Streik der Fliesenleger in Berlin ist am 16. Februar aufgehoben worden. Dasselbe ist mit dem Streik der Fliesenlegerarbeiten geschehen. Der Beschluß wurde in einer gemeinsamen Versammlung der beiden Vereine gefaßt. Es arbeiteten 75 Fliesenleger zu den neuen Bedingungen, 85 meldden sich noch als Streikende zur Kontrolle, der Rest hätte inzwischen als Maurer Arbeit gefunden. Die Aufhebung des Streiks erfolgte, weil durch die über alle Massen schonlose Haltung der sogenannten „Freien Vereinigung“ eine siegreiche Durchsetzung unmöglich gemacht war.

Sie suchen Dumme, nämlich die Unternehmer in Königsberg. In der vorigen Nummer schilderten wir, daß die Königer Bau-gewaltigen einen „großen Schlag“ vorbereiten. Daß sie sich tatsächlich zu einem Vernichtungskrieg mit der Organisation rüsten, beweist folgende Zurecht, die uns am 20. d. M. zugeht.

Königsberg, den 18. Februar 1906.
In Bezug auf den Königer Bericht in Nr. 7 des „Grundstein“ teilen wir mit, daß hier am 6. Februar 06 ein gewisser Carl Gildesbrand aus Soranitz bei Dramburg anwesend war und verschiedene Kollegen das Anerbieten machte, sich bei ihm nach Königsberg und Umgebung in Arbeit zu melden. Er zahlte als Anfangslohn 42 s. Derselbe feigt nach einigen Wochen bis 50 s. Aus Schlochau und Königs, so sagte er, hätte er schon 15 bis 20 Maurer. Er selber bestimme nun pro Tag 47, was er uns unter dem Siegel der Verschwiegenheit erzählte. Wir vermuten, daß diese Person ein von den Königer Unternehmern ausgesandter Agent ist. Sollte er irgend anderwärts die Werbetrommel rühren, so möge dies zur Warnung dienen.“

Diese Warnung ist überall zu beherzigen. Es handelt sich in Königsberg nicht mehr und nicht weniger, als um die Zerstörung der Organisation. Das darf nicht geschehen! Darum überall auf dem Posten, wo etwa die Kreaturen dieser östlichen Schmarotzer auftauchen!

Der Streik in Königsberg tritt nach zehnjähriger Dauer am 10. Februar durch Abschluß eines Vertrages beendet worden. Der Vertrag sieht bis zum 1. März 1908 einen Stundenlohn von 38 s vor. Das sind 2 s mehr, als bisher gezahlt wurde. Die Überlandarbeit ist abge-schafft. Für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Feuerungsarbeiten werden 10 s pro Stunde mehr gezahlt; für Badofenarbeit gibt es doppelten Lohn. Bei Überlandarbeit hat der Unternehmer einen Weg zu bezahlen. Wenn es die Entfernung nicht ermöglicht, alle Abend nach Hause zu gehen, so muß der Unternehmer Logis und Morgenkaffee auf seine Kosten liefern. An Sonn- und Festtagen ist eine Stunde früher Feierabend, die aber mitgezählt wird. Für Junggeheilen darf nicht weniger als 33 s gezahlt werden, und auch das nur in den ersten beiden Gesellenjahren. Für die Bauarbeiter tritt eine Lohnerhöhung von 2 s pro Stunde ein. Die Lohnzahlung erfolgt alle Sonntage vor Feierabend auf der Baustelle. Dieser Erfolg hat auch bereits agitatorisch gewirkt, indem sich in der Versammlung des Zweigvereins, die den Vertrag annahm, 60 Maurer, die in den Einsteinstücken arbeiten, dem Verbanne anschlossen.

In Pyrmont haben zwei Unternehmer die Forderungen der Streikenden bewilligt. Die Differenzen bei den Unternehmern sind beendet, so daß dort wieder gearbeitet wird, von den einheimischen Unternehmern ist es Herr Klein, der des grausamen Siebs wider war. Soffentlich haben nun auch die anderen bald ein Entsehen.

In Oltersloh, einer Pflanzstadt von Bielefeld. haben unsere Kollegen die Unerschämtheit besessen, Forderungen zu stellen. Zwar sind diese Forderungen recht bescheiden, sie haben aber doch ausgereicht, um die Unternehmer derart in Garnisch zu bringen, daß sie sich allen Ernstes mit Aussperrungsgeanken tragen. Die Kollegen fordern statt 28 s 43 s Lohn und wollen statt wie bisher 11 Stunden in Zukunft nur 10½ Stunden arbeiten. Darauf verlangten die Unternehmer den Austritt aus dem Verband. Die zehn Angestammten haben sie mit dieser Zumutung Erfolg gehabt. Den anderen Organisierten, 62 an der Zahl, haben sie gefälligst. Da jedoch diese Gewaltmaßregel nicht den gewünschten Erfolg hatte, die Maurer müßte zu machen, sie ins Wodsdorn zu jagen, so haben die Unternehmer gerührt, Verhandlungen anzubahnen. Wie die Sache ausfällt, ist noch nicht zu übersehen. Bei Arbeitsangeboten wollte man hierauf achten; denn es ist nicht ausgeschlossen, daß beim Erscheinen dieser Nummer die Aussperrung schon perfekt ist.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Mitgliedsbücher der auf Grund §§ 26 und 36 vom Beitrag befreiten Kollegen zur Abstempelung einzusenden.

„Arbeit und Kultur“. Die Zweigvereine werden um weitere Vorschläge auf das Buch ersucht.

Agitation und Flugblattverbreitung. Auch in diesem Jahre muß mit dem beginnenden Frühjahr eine umfassende Agitation betrieben werden, um die nichtorganisierten Kollegen unserem Verbande zuzuführen.

Die Agitation soll eingeleitet werden durch eine allgemeine Hausagitation, die in allen Orten zu gleicher Zeit vom 25. März bis 1. April unter nichtorganisierten Kollegen vorzunehmen ist.

Zur Unterstüßung und Erleichterung der Agitation geben wir eine Flugfchrift, 32 Seiten stark, heraus. Die Flugfchrift soll den Verbandsmitgliedern und auch allen dem Verbande nicht angehörenden Kollegen zugestellt werden, und zwar erlernen durch die „Grundstein“-Verbreiter und letzteren durch eigene dazu bestimmte Kollegen.

Wir ersuchen die Mitglieder des Verbandes und besonders die Zweigvereinsvorstände, hiervon Notiz zu nehmen und zum guten Gelingen mit beizutragen.

Aufgabe der Zweigvereinsvorstände ist es, sofort die erforderlichen Vorbereitungen für die Flugfchriftverbreitung und Hausagitation zu treffen. Für die Hausagitation ist besonders erforderlich, daß die Namen und Adressen der nichtorganisierten Kollegen aufgezeichnet und Verbandsmitglieder bestimmt werden, welche den Nichtorganisierten die Flugfchriften ins Haus tragen und diese mündlich zu bewegen suchen, sich dem Verbande anzuschließen.

Neben der Hausagitation ist mit Beginn der Bauzeit auch eine lebhaft Agitation auf den Bauplätzen zu betreiben und zu dem Zweck das Baudelegiertensystem allgemein einzuführen. Auf jedem Arbeitsplatz, wo mehrere Kollegen beschäftigt sind, muß ein Baudelegierter vorhanden sein.

Um die Aufnahme der Mitglieder zu erleichtern, müssen die Baudelegierten und Hausagitatoren kleine Aufnahmefcheine, die bei uns in beliebiger Zahl zu haben sind, bei sich führen.

Die Flugfchrift verdienen wir so früh, daß sie sich spätestens am 28. März in Händen der Zweigvereinsvorstände befindet.

Die Gauborstände ersuchen wir um Mitteilung, wieviel Exemplare der Flugfchrift für Organisierte und Nichtorganisierte nach den einzelnen Zweigvereinen zu senden sind und wieviel Exemplare sie selbst wünschen. Diese Mitteilung muß uns aber umgehend gemacht werden, damit wir die Auflage der Flugfchrift feststellen können.

Den reisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zweigvereine Alfersleben, Sandersheim und Darsburg Reiseunterstützung nicht auszahlen.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingeleitet haben.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugehen ist.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 11. bis 17. Februar für folgende Mitglieder erteilt worden:

Herrn Dietrich-Frankfurt a. d. O. (Frau), Verb.-Nr. 69 009; Wilh. Weichmann-Karlshöhe, 172 888; Carl Schabe-Götzig a. d. O., 73 239; Wilh. Thiemer-Berlin, 61 087; Fritz Rabe-Berlin, 71 73; Adam Wilmshaus-Wainz, 40 662; Paul Bach-Deutsch Biffa (Frau), 179 572; Fritz Wille-Magdeburg, 42 799; Herrn. Wille-Magdeburg, 41 642; Herrn. Rade-Stahfurt (Frau), 109 181; Anton Göttsch-Saumburg (Frau), 122 488; Franz Grander-Berlin, 73 27; Paul-Barbomer-Frankfurt a. M., 20 869; Johs. Muth-Frankfurt a. M. (Frau), 190 929; Leonh. Frenckammer-München, 88 888; Johs. Murr-München (Frau), 158 668; Wilh. Lehmann-Moskau (Frau), 91 760; Wilh. Brandenburg-Oranienburg, 92 811; Wilh. Sander-Gölar, 73 587.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köhler, Saumburg 7, Wesenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 18. bis 19. Februar 1906 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
Dardeshheim M. 7,44, Wankenburg i. Thür. 57,92, Wittenberge 5,40, Reihem -84, Rothenburg a. d. Tauber 66,80, Göttingen 19,44, Weingertsdorf 16,78, Dortmund 58, Wittenburg 3, Gubrau 33, Osterholz-Scharmbeck 4,40, Augsburg 32,50, Weisenburg i. Bay. 10, Trebitz a. d. Elbe 2,40.
- b) Für Kalender.
Lassan M. 6,50, Wankenburg i. Thür. 5, Joachimsthal 5.
- c) Für Futterale.
Kaufbeuren M. 2.
- d) Für Verbandstags-Protokolle.
Trachenberg M. 2, Wittenburg 2, Augsburg 1.
- e) Für den Bericht der Bauarbeiter-Kommission.
Wittenberge, Joachimsthal, Trachenberg, Wittenburg und Augsburg je 75 S.
- f) Für Arbeit und Kultur.
München i. G. 10,50, Gubrau 45, Joachimsthal, Trachenberg, Gubrau und Augsburg je 1,50.
- g) Für Einbanddecken usw.
Gelsenkirchen M. 6, Dortmund 6, Erfurt 6.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Fr. Jos. Schill-Freiburg i. Br. (Verb.-Nr. 302 984), Rob. Wegmann-Freiburg i. Br. (187 425), Andreas Dlogos-Saumburg (27 077), Herrn. Krüner-Berlin (257 271), Herrn. Sternberg-Weisenburg (52 899), Gust. Reinhardt-Essen (67 616),

Johs. Kruse-Bremen (13 888), Karl Dieb-Frankfurt a. M. (21 450), Johs. Landgraf-Kulmbach (82 121), Mich. Apfel-Heidelberg (299 465).

Für ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch Nr. 98 277, welches nach Missetat dem Kollegen Klingels in Köln a. Rh. gestohlen worden ist.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Hammer b. Wilhelmshorst: Wilhelm Bartel (Verb.-Nr. 76 881); Düsseldorf: Josef Schilling (309 327).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Düsseldorf: Heinrich Hestling (Verbands-Nr. 247 541).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, an den Zweigverein Düsseldorf oder uns Mitteilung zu machen.

Ausleitung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind aus den Zweigvereinen im Monat Januar folgende Beträge für Anzeigen eingegangen: Alfersleben M. -60, Holzminnen -30, Angersleben 4,80, Karlshöhe -90, Erfurt -80, Rahlitz 2,40, Krausnick -60, Saumburg 4,80, Birna 1,95, Götting 1,20, Götting 2,40, Lissa -30, Wernheim -45, Wernig 3, Dresden 10,50, Wiesbaden 2,70, Althabensleben 1,50, Gansser 4,80, Düsseldorf 4,05, Welfert -45, Lauenburg a. G. (Abonn.) -70, Sammersbach 1,50, Götting 1,50, Nordheim 3, Wölsdorf a. d. G. 3, Halle a. d. S. -45, Neudamm -45, Neufals 1,20, Götting -80, Saarmund -30, Dortmund 8,90, Viefelfeld 3,80, Wera 2,70, Saumburg 1,80, Trebitz -75, Charlottenburg 1,15, Wauzen -30, Glogau -20, Witten -30.

Die Expedition des „Grundstein“.

Bekanntmachungen der Gauborstände.

Gau Götting.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstande berufen wir hiermit auf Sonntag, den 8. April, die dritte Gaufonferenz nach Götting aus. Sie beginnt präzis 11 Uhr Vormittags im Gasthaus „Zum goldenen Löwen“, Rikolagraden 14.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Gauborstandes.
 2. Agitation und Lohnbewegung.
 3. Anträge.
 4. Wahl des Gauborstandes.
- Für die Wahl der Delegierten zur Gaufonferenz sind folgende Bestimmungen des Reglements maßgebend:
- § 6. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliedszahl bis 100 einen, für je 100 weitere Mitglieder kann ein Delegierter mehr entsandt werden.
- § 7. Die Wahl der Delegierten hat nur in Mitglieder-versammlungen durch geheime Abstimmung zu erfolgen, absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

Die Delegierten haben sich durch ein Mandat und Mitgliedsbuch zu legitimieren.

Zur Vertretung auf der Konferenz ist jeder Zweigverein verpflichtet. Die daraus entstehenden Unkosten sind auf der Lokalkasse zu beden.

Wir ersuchen die Vorstände der Zweigvereine, die Wahl der Delegierten in der nächsten Mitgliederversammlung vorzunehmen. Die Verhandlungen der Konferenz werden so rechtzeitig beendet sein, daß jeder Delegierte noch am Abend desselben Tages in seine Heimat zurückreisen kann.

Mit kollegialen Gruß
Der Gauborstand. J. A. S. Kupte.

Jahresberichte der Gauborstände.

Gau Dresden.

Die Arbeitslage ist in den ländlichen Bezirken und auch in Pirna und Freiberg gut; weniger gut in Weizen und Riesa. Im ganzen Vertragsgebiet Dresden war die Bautätigkeit außerordentlich schwach. Noch 1899 zählten wir im heutigen Stadtgebiet Dresden 3700 Maurer. In dem folgenden Jahre bis zum Jahre 1904 schwankte die Zahl der Beschäftigten Maurer zwischen 2400 bis 2700. Im Jahre 1905 wurden nur 1662 Maurer gezählt. Da in Dresden außer den Pfeilerlegern, Rohrbauern, eisenen Schornsteinbauern und einigen ausgeschlossenen Rügern alle organisiert sind, erhält man über die Beschäftigung einen Überblick auch durch die verkauften Marken. 1904 waren demnach in Dresden und einigen Dörfern 3800 Maurer anwesend, 1905 nur 2500 Maurer. In Dresden Stadt und in der ersten Zone waren also 1300 Maurer weniger beschäftigt.

Nach Rückgang der Bautätigkeit erklärt sich durch die vielen leerstehenden Wohnungen. Durch die Kriege, unter der Dresden mit am meisten zu leiden hatte, kam hier beinahe die Hälfte der Bevölkerung, oder umgekehrt, viele müßigen Dresden den Rücken kehren und andere müßigen sich kleinere Wohnungen leisten. So liegt die Zahl der leerstehenden Wohnungen seit 1899 enorm. Es wurden

1899..	2868	= 3,10 pzt. aller Wohnungen
1900..	4124	= 4,33 "
1901..	5405	= 5,51 "
1902..	6131	= 6,09 "
1903..	8796	= 7,21 "
1904..	9605	= 7,58 "
1905..	9185	= 7,08 "

Die Herstellung von Wohnungen betrug im Jahre

1903..	418	Bohnhäuser mit 4369 Wohnungen
1904..	439	" " " "
1905..	307	" " " "

Drei bis vier Prozent leerstehende Wohnungen müssen ja in einer Großstadt vorhanden sein, aber sieben Prozent bedeuten, vom Standpunkt der Bautätigkeit betrachtet, eine Abnormität. Da außerdem auch die Industrie, die auswärtige nicht, die hiesige, das Geld aufsaugt, steigt der Zinsfuß für Hypotheken. Öffentliche Bauten stiegen für 1906 an und nicht mehr in Aussicht wie 1905, so daß auch für dieses Jahr eine schlechte Bautätigkeit in Aussicht steht. In den kleineren Städten und auf dem Lande scheint die Bautätigkeit für 1906 gleich zu bleiben.

Die Agitation ist im Berichtsjahre lebhaft betrieben worden. In den Amtshauptmannschaften Dresden-Alte und Neustadt, Weizen, Birna, außer den Amtsgerichtsbezirken Neustadt und Stolpen, gibt es nur sehr wenige Maurer, die noch nicht dem Verbande angehören. Auch die Amtsgerichtsbezirke Freiberg, Dippoldiswalde, Radeburg, Pulsnitz und Riesa sind gut organisiert. Dagegen läßt die Organisation in den Amtsgerichtsbezirken Neustadt, Stolpen, Lauenstein, Frauenstein, Brandt, Wilsdruff, Großschönau, Königsbrunn, Kamenz, Wilschdorf und Schirgiswalde noch zu wünschen übrig. Die letzten beiden Bezirke gehörten zum Gau Götting. Da sich aber die Agitation von Dresden aus besser betreiben läßt, sind sie zu Dresden gelegt worden. Im ganzen stehen noch rund 1000 Maurer dem Verbande fern. Ein guter Anfang ist auch in den rüchständigen Bezirken gemacht, so daß zu hoffen ist, daß es in diesem Jahre gelingen wird, auch hier die Organisation zu vervollständigen. Versammlungen können wir rechtlich der Elbe sehr wenig abhalten, weil wir nur wenig Versammlungslokale haben. Da wir auch anderwärts erst dann in der Regel Versammlungslokale erhalten, wenn die Baubehörden werter sich organisiert hatten, wird es auch in diesen Bezirken bald mehr Versammlungslokale geben. Unser Agitationsfeld ist der Bau und die Hausagitation. Letztere wird hauptsächlich von unseren „Grundstein“-Trägern betrieben. Durch unsere angestellten Beamten in Dresden ist es möglich gewesen, ein dichtes Netz von „Grundstein“-Austrägerbezirken über den ganzen Bezirk zu spannen. Sobald mehr wie drei Mitglieder an einem Orte sind, wird versucht, einen von diesen das Stellen der „Grundsteine“ und das Einfassieren der Beiträge zu übertragen. Keine Regel ohne Ausnahme, aber in der Hauptsache versucht dann diese „Grundstein“-Austräger die anderen Kollegen in dem betreffenden Dorfe heranzuziehen. Sehr selten ist ein solcher vorgeschobener Posten verloren worden. Dadurch, daß in den Städten einige Maurer wohnen und alle zerstreut auf den Dörfern, ist die Agitation sehr mühsam und kostspielig. Gegnerische Organisationen haben wir in unserem Gau gar nicht, dafür aber Krieger-, Feuerweh-, Turn- und andere patriotische Vereine und Klubs in großer Menge. Im Bereich der Bauvereine Kreishauptmannschaft ist es kaum möglich, auch nur die „Grundsteine“-Austräger alle zusammenzubekommen, weil fast immer irgend ein Verein Vergünstigungen oder sonst was hat, wo die Maurer glauben, nicht fernbleiben zu dürfen. Wenn man wirklich einmal ein Lokal aufreibt, dann kann man mit Bestimmtheit damit rechnen, daß man einen falschen Sonntag getroffen hat. Trotzdem geht es aber vorwärts.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen:

Mitgliedschaft	Verkaufte Beitragsmarken	Mitgliederzahl im			
		a. Quant.	s. Quant.	a. Quant.	s. Quant.
		1904	1905	1904	1905
Dresden	234644	213472	5761	5623	5616
Freiberg	4093	7127	154	281	102
Großschönau	1054	2957	80	82	26
Weizen	15655	21458	415	520	891
Birna	11638	19315	370	470	290
Riesa	13206	14891	420	391	330
Schönb.	4420	9024	192	285	110
Summa	274710	288242	7342	7602	6865

Der Rückgang der Zahlstelle Dresden kommt daher, daß erstens an den Leipziger und Berliner Gau 110 Mitglieder abgegeben wurden; zweitens im Dresdener Bohngebiet 1300 Maurer weniger beschäftigt waren als 1904. Ein großer Teil mußte nach den Gebieten anderer deutscher Gaue auswandern. 1905 ist in den Amtsgerichtsbezirken Radeburg, Pulsnitz und Dippoldiswalde der größte Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Verloren haben wir einige Mitglieder in den Amtsgerichtsbezirken Kommasch und Rosten infolge der verlorenen Streiks.

Die verbleibenden Mitglieder haben sich den Mißerfolg zur Ehre dienen lassen. Die Stimmung ist derartig, daß in diesem Jahre mit Bestimmtheit darauf zu rechnen ist, daß die Lücken wieder ausgefüllt werden. Wie im Vertragsgebiet Dresden ist auch der Rückgang der Mitgliederzahl in Riesa ganz natürlich durch den Abzug von Maurern infolge Arbeitsmangels zu erklären.

Die Löhne lassen sich noch viel zu wünschen übrig. Rund 2500 Maurer müssen noch für 30 p. pro Stunde und darunter arbeiten. Fast ebenso viel arbeiten noch elf Stunden und darüber. Nach einer im Jahre 1904 aufgenommenen Statistik in sämtlichen Orten des Gaues waren 8776 Maurer im Gau wohnhaft. Bismarck der dritte Teil aller Maurer hat also noch ganz schlechte Arbeitsbedingungen. Wenn man noch in Betracht zieht, daß die Getreidepreise in Sachsen mit am höchsten sind, so kann man ohne weiteres behaupten, daß dieser Teil der Kollegen unter den miserabelsten Bedingungen in ganz Deutschland arbeiten muß. In den Jahren 1904 und 1905 ist vom Verbande viel geleistet worden, sonst sehe das Bild noch schlechter aus.

Von 43 im Gau vorhandenen Bohnbezirken hatten wir 1905 28 Bohnbezirke gewonnen, und zwar in 24 um Verbesserungen zu erreichen und in 4 um Verschlechterungen abzuwehren. Erfolge hatten wir von den 24 Bezirken, wo für Erzielung besserer Arbeitsbedingungen gekämpft wurde, in 22. Die Abwehrstreiks wurden sämtlich gewonnen.

Erreicht wurde:	
für 3094 Maurer.....	9 1/2 Lohnhöhe
40	6
97	5
244	4
90	3
98	2 1/2
611	2

Summa 4274 Maurer

Für 3248 Maurer ist zugleich eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde erreicht worden. Das meiste wurde auf dem Wege der Verhandlung erledigt.

In 88 Orten soll laut Vertrag im Frühjahr 1906 die neunzehnstündige, und im Frühjahr 1907 die neunzehnstündige Arbeitszeit in Kraft treten. In Betracht kommen 8094 Kollegen.

Durch Streiks und Bausperren wurde der Lohn erhöht und teilweise die Arbeitszeit verkürzt in Freiberg, Dippoldiswalde, Romsitz, Sebnitz, Neustadt, Tharandt, Rostitz und Radeberg. Im letzten Ort wurden die Kollegen ausgesperrt. Hier war auch der Kampf am lebhaftesten. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten betrug im ganzen Gau 1073. Die Kosten der Lohnbewegungen betrugen M 26839,23. Das sind ziemlich 4 pro Mitglied.

Wenn wir die meisten Erfolge in Unterhandlungen erzielt haben, so soll hiermit nicht behauptet werden, daß unsere Herren Unternehmer sehr entgegenkommend seien. Ehe wir den Unternehmern empfindliche Niederlagen beigebracht hatten, war mit ihnen überhaupt kaum ein Wort zu reden. Die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer hat uns stark gemacht. Durch etwas Entgegenkommen glaubt man die Maurer wieder einzuschläfern oder man hofft, daß sich die Kollegen während des Waffenstillstandes selbst bekämpfen.

Die Affordfrage ist, wie auch anderwärts, der Exploitationsstoff. Einige Kollegen glauben, ohne Afford nicht existieren zu können. Aber die Freiheit im Afford besteht darin: 1. Die alten und minderkräftigen Kollegen von der Arbeit auszuscheiden. 2. Sich selbst nach Gergenslust abzuschleifen und seine Kollegen zu beschimpfen, daß sie nicht genug schuften. 3. Die Arbeit möglichst lieberlich herstellen zu können. 4. Während der Arbeitszeit saufen und in den Pausen und vor und nach der Arbeitszeit arbeiten zu können.

Es gibt ja noch mehr Freiheiten, die der Afford so mit sich bringt; aber die Affordbürger merken bei all dieser eingebildeten Freiheit nicht einmal die Kleinigkeiten. Selbstredend erzeugt dies Haß und Erbitterung zwischen ihnen und den Tagelohn arbeitenden Maurern. Trotzdem werden wir uns angewöhnen müssen, diese Frage mit weniger Leidenschaft und mehr Ruhe zu behandeln.

Abrechnung der Gattelle für 1905:

Bestand von 1904.....	M. 3266,07
Prozente vom Bestand	4232,29
Von den Zweigvereinen	2092,40
Für Rettung der Streiks	1035,54
Sonstiges	25,50
Summa	M. 10651,80

Ausgabe.

Gehalt	M. 568,—
Entgangener Arbeitsverdienst	1562,56
Däten	2008,—
Haftgeld	634,05
Miete usw.	877,70
Druckkosten	138,35
Sonstiges	12,25
Porto, Schreibmaterial	60,69
Summa	M. 6671,60

Aufschuß.

Einnahme	M. 10651,80
Ausgabe	6671,60
Bestand	M. 4980,20

Der Gauvorstand. Aug. Friedrich.

Die Revisoren.

Oskar Meißner. Ernst Glöckner. Oskar Krumbiegel.

Gau Bremen.

Die Tatsache, daß die Bautätigkeit im Berichtsjahre 1904 eine günstige war, trifft für dieses Berichtsjahr ebenfalls zu. Mit Ausnahme einiger kleiner Orte, wie Barcha, Soltau und Sulingen, wo die Arbeitsgelegenheit recht schlecht war, in den übrigen Orten die Bautätigkeit gut, in Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Emden und Wilhelmshaven sogar sehr gut zu nennen. Nachfrage nach Arbeitskräften war fast im ganzen Jahre in vorgenannten Orten vorhanden. Besonders stark entwickelte sich die Bautätigkeit in Bremen und Bremerhaven, wo während der langen Streiks von 1904 die Arbeit sehr zurückgefallen war. Eine besondere wirtschaftliche Entwicklung scheint Emden bevorzustehen. Es sind dort eine Anzahl Fabriken entstanden, und der Hafen soll eine größere Erweiterung erfahren. Es ist deshalb auch begreiflich, wenn ein Wohnungsmangel in größerem Maße vorhanden ist. Es wird sich also dort in Zukunft eine regere Bautätigkeit entfalten. Günstig lassen unsere Kollegen in Emden die Zeit nicht unbenutzt vorübergehen, damit auch dort an die Verkürzung der Arbeitszeit gedacht werden kann.

Es ist begreiflich, daß unsere Kollegen die günstige Bautätigkeit nicht unbenutzt vorübergehen lassen. In 23 Orten wurden von den Kollegen Forderungen an die Unternehmer gestellt. In 17 Fällen wurden die Forderungen ganz oder teilweise bewilligt; in einem Orte wurde die Forderung als ausstehend zurückgezogen, und in fünf Fällen mußte der Kampf entschieden, der in vier Fällen zu unseren Gunsten ausfiel, während in einem Orte der Streik verloren ging. Durch die Lohnbewegungen wurden für 5490 Maurer Lohnbewegungen von 2 bis 12 1/2 pro Stunde erreicht. Die Arbeitszeit wurde für 550 Kollegen um eine halbe Stunde pro Tag verkürzt, für 120 Kollegen um eine Stunde pro Tag. Die einzelnen Lohnbewegungen gestalteten sich teilweise recht hartnäckig. In Aurich, wo unsere Kollegen im Jahre 1904 18 Wochen kämpfen mußten und

schließlich doch unterlagen, dauerte auch im Berichtsjahre der Streik wieder zehn Wochen. Der Stundenlohn war in Aurich außerst niedrig; er betrug 35 1/2 pro Stunde. Unsere Kollegen verlangten 40 1/2, aber das Unternehmertum hatte unseren Kollegen schon im Jahre 1904 Mitteilung gemacht, daß innerhalb vier Jahre an dem Lohnfuß von 35 1/2 pro Stunde nicht gerüttelt würde. Aber unsere Kollegen hielten auch in diesem Jahre tapfer stand, und das propähetische Unternehmertum in Aurich mußte sich schließlich doch zu Verhandlungen bereit erklären. Es wurde denn auch eine Einigung erzielt, deren Resultat wir bereits früher im „Grundstein“ bekannt gemacht haben.

Ein sehr hartnäckiger Kampf wurde auch in Osnabrück ausgefochten. Er dauerte sechs Wochen und mußte resultatlos aufgegeben werden. Unsere Kollegen in Osnabrück konnten die Zeit nicht abwarten, um ihre Forderung unter Dach und Fach zu bringen. Schon am 5. April glaubten sie, den Kampf wegen zu können. In einer großen Versammlung, in der über die Frage des Streits entschieden werden sollte, ging es teilweise recht lebhaft zu. Die Bauvorstehenden des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und der Christlichen waren anwesend; ihre Warnungen blieben aber unbeachtet. Der Streik wurde beschlossen. Dem Unternehmertum gelang es, eine größere Anzahl Italiener herbeizuschaffen und damit ging der Streik verloren. Unsere Kollegen in Osnabrück haben aus dem Kampfe gelernt. Sie stehen auch heute wieder kampfbereit da; ihre Reihen haben sich nicht gelichtet.

Auch in den Unterweserorten kam es am 10. Juni wieder zum partiellen Streik. Unsere Kollegen fordernten eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde und eine Lohnhöhe von 5 1/2. Das Unternehmertum hatte anfangs beides abgelehnt, und deshalb wurde mit Bausperren vorgegangen. Die Wirkung blieb nicht aus; der 23wöchige Kampf im Vorjahre war auch an den Unternehmern nicht spurlos vorübergegangen. Am 14. Juni fand eine Versprechung zwischen den Vorständen des Arbeitgeberverbandes, dem Zweigvereinsvorsitzenden und dem Gauvorsitzenden statt. Es wurde eine Einigung erzielt, und am 15. Juni konnten die Differenzen beigelegt werden. Unsere Kollegen erreichten zwar keine Arbeitszeitverkürzung, aber eine Lohnhöhe von 5 1/2 pro Stunde. Es hat sich hier gezeigt, daß auch das Unternehmertum in den Unterweserorten nicht mehr auf dem Propagandapunkt beharren konnte.

Einen vierwöchigen Kampf mußten auch unsere Kollegen in Bramsche mit den Unternehmern ausfechten, um ihnen begreiflich zu machen, daß auch sie etwas von dem geschaffenen Mehrwert zu beanspruchen haben. Es handelte sich um einen Stundenlohn von 40 und 42 1/2. Die Unternehmer wollten unter keinen Umständen mit der Organisation verhandeln; einzeln sollten unsere Kollegen zu ihnen kommen, um dann den Lohn festzusetzen. Hieraus ließen sich unsere Kollegen aber nicht ein. Dann versuchte es der Bürgermeister, aber vergeblich. Schließlich, als die Unternehmer sahen, daß unsere Kollegen sich für ein Vorgesetztes nicht verkaufen ließen, sondern darauf bestanden, die Angelegenheit mit der Organisation zu regeln, mußte der dortige Pastor den Versuch unternehmen, und dieser verhandelte dann mit dem Streikkomitee und brachte auch eine Einigung zu stande, mit der unsere Kollegen zufrieden sein konnten.

Auch unsere Kollegen in Wittmund mußten ihre Forderungen durch einen Kampf durchsetzen; der Zeitpunkt, den unsere Kollegen gewählt hatten (24. Juli), war der denkbar günstigste; eine lebhafteste Bautätigkeit war im Gange und Streikbrecher waren nicht aufzutreiben. Dazu kam, daß noch die elfstündige Arbeitszeit bei einem Tagelohn von M 3,20 bis M 3,50 bestand. Und so mußten die Unternehmer gute Miene zum bösen Spiel machen, trotz der Abgeneigtheit des Meßens als Vertreter des Arbeitgeberverbandes. Unsere Kollegen haben einen schönen Sieg errungen. Der Lohn betrug vom 1. August 1905 bis 31. März 1906 bei zehnstündiger Arbeitszeit 37 1/2 pro Stunde, vom 1. April 1906 bis 31. März 38 1/2, und vom 1. April 1907 ab bei zehnstündiger Arbeitszeit 40 1/2. Das war ein guter Erfolg, wenn man bedenkt, daß bisher noch zehn und zwölf Stunden täglich gearbeitet wurde bei einem sehr geringen Tagelohn. Aber auch in Ostfriesland bricht sich unsere Organisation immer mehr Bahn, was auch um so notwendiger ist, als es dort noch eine ganze Anzahl Unternehmer gibt, die nur sogenannte Maurermeister, die in Zahreslohn beschäftigt werden, anstellen, um so für Stundenlöhne ihre Arbeiter fertig gestellt zu erhalten.

Auch im Berichtsjahre glaubten die Hauptgeschäftsmacher an der Unterweser noch einmal einen Gewalteinbruch ausführen zu müssen. Die Fisklergelehen, die in diesem Jahre ihren Forderungen von 1904 Geltung verschaffen wollten, mußten, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, in den Streik eintreten; das hatten die Unternehmer nicht erwartet, vielmehr glaubten sie, daß die Macht der Arbeiter durch den 23wöchigen Kampf von 1904 völlig gebrochen sei; darin sollten sich die Unternehmer täuschen. Einmütig wie nie zuvor wurde die Arbeit niedergelegt. Als nun das Unternehmertum sah, daß die Fiskler nicht wie eine Hamelbeerde wieder zur Arbeit zurückkehrten, ohne daß die Forderung bewilligt war, drohte es mit der Aussperrung des ganzen Baugewerbes. Bruta, wie das Unternehmertum in den Unterweserorten nun einmal ist, führte es auch am 8. September seine Drohung aus. Als die Aussperrung anfangs nicht recht durchgeführt wurde, indem selbst der Hauptgeschäftsmacher, Kistner, noch nicht ausgesperrt hatte, wir aber unseren Kollegen rieten, nicht so ohne weiteres die Baustelle zu verlassen, wurden andere Mittel angewandt. Rummel wurde unseren Kollegen folgender Zettel zur Unterfertigung vorgelegt:

„Ich erkläre hiermit auf Ehre, daß ich einer gentralisierten Gewerkschaft nicht angehöre.“

Bremehagen-Gesamtheitende, den 15. Sept. 1905. Diesen Schandbrief unterzeichneten unsere Kollegen allerdings nicht. Rummel wurde aber die Aussperrung zur Tatsache, trotzdem das selbe Unternehmertum am 15. Juni die Lohn- und Arbeitsbedingungen schriftlich bis zum Jahre 1907 mit uns geregelt hatte. Hier lag also offener Vertragsbruch der Unternehmer vor. Nachdem am zwölften Tage der Aussperrung eine Einigung mit den Fisklern zu stande gekommen war und das Unternehmertum den Revers zurückgezogen hatte, wurde die Arbeit am 25. September wieder aufgenommen.

Wegen Differenzen der Bauarbeiter wurden unsere Kollegen in Norden, Delmenhorst und Wilhelmshaven in Mitleidenchaft gezogen; in letzterem Orte handelte es sich um die Beton- und Zementfirma Baunhoff & Kofel, die die Betonarbeiten nicht als Bauarbeit im Sinne des Lohnfußes anerkennen wollte. Unsere Kollegen waren mit 400 in Mitleidenchaft gezogen, nachdem der Arbeitgeberverband die Aussperrung der Bauarbeiter verfügt hatte. Ueber den Verlauf ist eingehend im „Grundstein“ berichtet worden. Im Norden handelte es sich um eine Lohnforderung der Bauarbeiter, während es sich in Delmenhorst bei den Bauarbeitern um die Zuführung von Materialien am Bauplatz handelte. In allen Fällen wurde eine Einigung erzielt.

Bausperren erfolgten in Bremen, Bramsche, Delmenhorst, Oldenburg, Osnabrück und Wilhelmshaven, die in Delmenhorst, Oldenburg und Osnabrück leider verloren gingen.

Die Agitation wurde auch in diesem Jahre recht reger betrieben; in 111 Versammlungen wurden Referenten entsandt, 72 Sitzungen und Versprechungen fanden statt und 18 Resolutionen wurden vorgenommen. Auch auf dem platten Lande sind wir weiter eingedrungen. So konnten wir in Verne, Melle, Westerstede und Papenburg Zweigvereine gründen. Auch in Northorn haben wir den Versuch dazu gemacht. Leider ist es uns bis heute noch nicht gelungen, dort festen Fuß zu fassen. Ein weiterer Versuch wird aber in nächster Zeit gemacht werden.

Unsere Mitgliederzahl hat sich auch im Berichtsjahre merklich gehoben, was aus folgender Tabelle ersichtlich ist. Für das Jahr 1905 haben wir eine durchschnittliche Mitgliederzahl von mehr als 5000 zu verzeichnen.

Zweigvereine	4. Quartal 1904	1. Quartal 1905	2. Quartal 1905	3. Quartal 1905	Gesamtbeitrag 1905
• Neugegründet					
Achim	41	55	65	56	12 80
Aurich	40	48	29	78	9 90
Barnhorst	11	8	5	5	1 30
Barcha	25	21	21	31	5 20
Bramsche	28	26	40	33	7 30
Verne	—	—	—	9	—
Bremen	1250	1250	2363	2038	460 —
Bremehagen	433	610	740	610	125 90
Brinnum	100	98	104	107	21 —
Delmenhorst	270	309	310	295	60 50
Emden	115	140	175	170	34 50
Leer	25	25	48	71	11 90
Lingen	23	17	24	22	3 90
Melle	—	—	—	64	6 40
Norden	66	78	65	67	13 90
Nordenham	40	41	54	75	16 90
Norderney	22	16	15	16	3 10
Osnabrück	180	210	230	250	51 —
Ostfriesland	170	260	225	235	60 70
Scharmed	86	85	70	90	18 —
Papenburg	—	—	—	—	—
Osnabrück	7	9	12	9	5 50
Rotenburg i. G.	—	—	—	88	—
Soltan	19	13	13	9	5 60
Sulingen	9	10	2	17	2 40
Varrel	4	3	12	11	7 —
Wach	1	1	6	4	1 40
Wegesack	156	214	263	246	50 90
Verden	50	50	50	50	12 50
Wisselbüttel	20	24	25	21	4 70
Westerstede	—	—	—	14	1 50
Wilhelmshaven	14	12	12	11	2 30
Wittmund	403	375	585	652	123 70
Summa	8646	4051	5664	5478	1149 10

Auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben sich langsam, aber stetig verbessert, wie nachstehende Tabelle zeigt.

Zweigverein	Die tägliche Arbeitszeit in den Jahren					Die Stundenlöhne in den Jahren					
	1900	1901	1902	1903	1904	1900	1901	1902	1903	1904	1905
	Stundenzahl					Pfennige					
Achim	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	33	33	35	35	38	38
Aurich	10	10	10	10	10	35	35	35	35	35	35-37 $\frac{1}{2}$
Barnstorf	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	27	27	27	30	32	35
Braße	10	10	10	10	10	40	40	40	40	42	42 $\frac{1}{2}$
Bramsche	11	11	10	10	10	30	32	35	38	40	40
Berne	11	11	11	11	11	32	32	32	35	37	40
Bremen	10	9 $\frac{1}{2}$	9	9	9	55	57 $\frac{1}{2}$	60	60	60	62 $\frac{1}{2}$
Bremervorhaben	10	10	10	10	10	47 $\frac{1}{2}$	47 $\frac{1}{2}$	50	50	50	50
Brinnum	10	10	10	10	10	40	40	40	40	40	40
Delmenhorst	10	10	10	10	10	40	42 $\frac{1}{2}$	42 $\frac{1}{2}$	42 $\frac{1}{2}$	47 $\frac{1}{2}$	47 $\frac{1}{2}$
Emden	10	10	10	10	10	42	43	45	45	45	47
Leer	10	10	10	10	10	34	36	38	38	38	40
Lingen	12	12	12	11	10 $\frac{1}{2}$	32	33	32	32	32	36
Melle	11	10	10	10	10	27 $\frac{1}{2}$	30	30	30	30	30
Norden	10	10	10	10	10	35	38	38	38	40	40
Nordenham	10 $\frac{1}{2}$	10	10	10	10	43	43	45	47	47	48
Norderney	11	11	11	11	11	45	45	45	45	45	45
Odenburg	10	10	10	10	10	38	38	40	40	40-42	43
Osnabrück	10	10	10	10	10	40	40	40	40	43	44
Osterholz											
Scharmedde	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10	10	10	35	35	35	37 $\frac{1}{2}$	40	43
Papenburg	11	11	11	11	11	31	31	31	31	34	34
Quadenbrück	12	11 $\frac{1}{2}$	11	11	11	32	34	35	35	35	35
Rotenburg i. G.	10	10	10	10	10	30	30	30	35	37	40
Soltan	10	10	10	10	10	35	36	36	36	38	38
Sulingen	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	25	25	25	30	30	35
Varrel	10	10	10	10	10	40	40	40	40	40	40
Wachda	10	10	10	10	10	40	40	40	40	40	40
Wegesack	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10	10	10	35	38	40	42	44	47
Verden	10	10	10	10	10	38	40	40	40	42	42
Wisselbüttel	11	11	11	11	10 $\frac{1}{2}$	29	29	29	29	30	35
Westerstede	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	38	38	38	38	40	40
Wilhelmshaven	10	10	10	10	10	35	40	40	40	40	40
Wittmund	9 $\frac{1}{2}$	9 $\frac{1}{2}$	9 $\frac{1}{2}$	9 $\frac{1}{2}$	9 $\frac{1}{2}$	50	52 $\frac{1}{2}$	55	57 $\frac{1}{2}$	60	60
Summa	12	12	12	12	12	25	25	25	25	35	37

In finanzieller Hinsicht war im Berichtsjahr ebenfalls ein Fortschritt zu verzeichnen. Der Markenverkauf der letzten Jahre betrug:

	1901	1902	1903	1904	1905
1. Quartal	—	9878	18707	18088	22255
2. „	—	40175	47788	51906	60646
3. „	—	43479	65481	41181	74966
4. „	24895	31127	43588	37886	—
Summa	24895	96454	176664	148859	157867

Wir dürfen annehmen, daß im Jahre 1906 fast 200 000 Beitragsmarken umgesetzt sind. Der Marktag im Jahre 1904 ist auf das Konto der langen Streiks in Bremen und Bremerhaven zu legen.

Im ganzen Gau haben im Berichtsjahr 1700 Neuaufnahmen stattgefunden. Aufschlagsbeiträge von 5 \mathcal{A} wurden in zwölf Zweigvereinen eingeführt, in einem Zweigverein 10 \mathcal{A} . Am Schlusse des Jahres bestanden 34 Zweigvereine.

Die Korrespondenz gestaltete sich wie folgt: Ausgegangen sind 661 Postsendungen, davon 200 Briefe, 264 Postkarten, 34 Telegramme, 14 Postanweisungen, 22 Pakete und 128 Druckfachen.

Eingegangen sind 677 Postsendungen, davon 346 Briefe, 168 Karten, 39 Telegramme, 8 Postanweisungen, 41 Pakete und 85 Druckfachen.

Trotzdem in Bezug auf den Bauarbeiterschuß noch vieles zu wünschen übrig bleibt, scheinen die Behörden anfangs, der Sache mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Nachdem der oldenburgische Staat Normalstatuten für die Bauarbeiter erlassen hat, haben die Gemeinden W. Ant. Heppens und Wilhelmshaven Schutzbestimmungen erlassen, und einen Arbeiterkontrollleur angestellt, der die Bauten zu überwachen hat. Auch die Stadtgemeinde W. Meinhof hat eine Bauordnung erlassen, die gute Bauten, Aborte usw. vorschreibt. Hoffentlich findet dieses gute Beispiel bald Nachahmung, denn in der „Republik Bremen“, wo es nach wie vor traurig in dieser Beziehung bestellt ist. Bei einem am 7. April 1905 aufgenommenen Statist. fehlten auf 113 Bauten der Verbandslisten und auf 28 Bauten gingen nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Unfallversicherungsbescheinigungen aus. In 32 Fällen wurde in der Baubüro gleichzeitig Material gelagert; auch ein Fußboden fehlte gänzlich. In 13 Fällen fehlte die Abdeckung der Baufenlagen. Das, was von Bremen gesagt ist, trifft auch zum großen Teil für die Unterwerke zu; alles Petitionieren an die Bremer Staatsgewalten war bisher vergeblich. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die im Dezember 1904 in Bremerhaven den Einzug eines Baues verurteilte, wobei 14 blühende Menschengruppen vertrieben wurden, hat noch bis heute nicht ihre Quelle durch eine gründliche Befragung gefunden.

Am 12. November hat sich wiederum eine Konferenz, welche in Oldenburg tagte, mit dem Bauarbeiterschuß beschäftigt, dessen Ergebnis bereits in Nr. 48 des „Grundstein“ mitgeteilt ist. Hierzu hatte die Stadt Oldenburg ihre Vertreter geschickt, welche sich leider über den Eindruck, welchen sie von der Konferenz erhalten hatten, nicht äußerten, obwohl aber erklären, möglichst dafür Sorge zu tragen, daß die schlimmsten Mängel beseitigt würden. Die Beschlüsse wurden in 17 Sitzungen erlassen, wobei zehn konfirmierte Sitzungen mit dem Zweigvereinsvorstand. Mit dem Jahr 1906 können wir voll auf zufrieden sein.

Ueber die Kassenverhältnisse geben nachstehende Zahlen Aufschluß:

Einnahme.	
Kassenbestand am 1. Januar 1905	„ 3242,90
Vom Verbandsvorstand laut § 4 des Statuts	„ 2919,79
Beiträge der Zweigvereine	„ 1149,10
Auslagen für Streikleitung zurück	„ 511,40
Zinsen und Sonstiges	„ 47,81
Summa	„ 5270,90
Ausgabe.	
Beamtengeld	„ 1800,—
Entgangener Arbeitsverdienst anderer Kollegen	„ 69,35
Däten	„ 932,—
Fahrtgeld	„ 704,15
Druckfachen	„ 4,05
Borte und Schreibmaterial	„ 86,50
Bureaumiete, Heizung, Licht und Feuerung	„ 208,14
Bordausgaben und Sonstiges	„ 48,75
Versicherung	„ 43,02
Summa	„ 3895,96
Bilanz.	
Einnahme	„ 5270,90
Ausgabe	„ 3895,96
Bestand am 1. Januar 1906	„ 3974,54
Davon der Sparkasse belegt	„ 2151,30

G. Hildebrand, Vorsitzender. — G. Weg, Kassierer.

Für die Revisoren:
G. Lehn, C. Fröhling, W. Graumann.

Gau München.

Eine unbestreitbare Tatsache ist es, daß in industriellen Gegenden, wo Kleinbetrieb und Landwirtschaft noch maßgebend sind, die Agitation sehr erschwert ist. Ein großer Teil unserer südbayerischen Kollegen nennt sich noch Grundbesitzer, wenn auch in Miniatur, und obgleich das Kammerlachscher der Hypothekenschein befähigt drohend über ihren Schaltern schwebt. Bekanntlich reichen aber die Erträge ihrer Landwirtschaft nicht dazu aus, die Bedürfnisse der Familie ohne Einkauf von Lebensmitteln zu befriedigen, deshalb macht die heutige Lebensmittellieferung die Kollegen mehr und mehr von ihrem „Nebenverdienst“ als Maurer abhängig. Die Folge davon ist, daß auch bei diesen Kollegen unsere Worte bereits auf fruchtbaren Boden fallen und, daß unsere Organisation nicht nur in größeren Orten, sondern auch auf dem Lande immer festeren Fuß faßt. Selbstverständlich ist noch lange nicht alles so, wie es eigentlich sein sollte. Die Aufgabe aller Kollegen muß es deshalb

sein, den Bauvorstand jeherzeit in tatkräftigster Weise zu unterstützen. Ein sehr erfreuliches Zeichen ist es auch, daß die Situation unter den Mitgliedern ganz bedeutend nachgelassen hat. Nicht nur nach außen hin ist ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen, auch der innere Ausbau der Zweigvereine ist mehr und mehr in die Wege geleitet. Auch das Jahr 1905 hat uns wieder gezeigt, wie unmittelbar der Einfluß der Leistungen der Zweigvereine auf die Mitglieder selbst auszuwirken imstande sind. Leider kommt es noch sehr oft vor, daß sonst ganz tüchtige Kollegen jeden Posten ganz entschieden ablehnen und die Organisationsarbeit und die Verantwortung anderen überlassen. In einzelnen Zweigvereinen sind auch die Folgen in Gestalt von Veruntreuungen nicht ausgeschlossen, und die bequemißlich leitenden Kollegen können sich getrost sagen, daß auch sie durch ihre Untätigkeit einen Teil der Schuld auf sich geladen haben. Besonders auch die Tätigkeit der Revisoren muß noch viel intensiver werden, als sie es bisher bisher war. Daß noch vieles Verbesserungsbedürftig ist, beweist der Umstand, daß in manchen Zweigvereinen eine regelmäßige Quartalsabrechnung nicht zu Stande kommt, wenn sie nicht vom Gauvorsitzenden selbst gemacht wird. Hier ist Abhilfe notwendig. Es muß besonders danach getrachtet werden, daß sowohl die Quartalsabrechnungen wie auch die vom Gauvorstand ausgehenden Fragebogen zur rechten Zeit eingesandt werden. Schon das Selbstgefühl der Verwaltungsmittelglieder muß sich gegen diese Mißstände aufbauen. Nach langer mühevoller Arbeit ist es dem Gauvorstand endlich auch gelungen, in die schwärzesten Winkel Südbayerns einzudringen und die Kollegen aufzurufen. Zwar wird von der „schwarzen Garde“ alles aufgebracht, um uns Hindernisse zu bereiten: Von der Kasse herab wird gedemütigt gegen die bösen „Sozi“, verweigert aber dabei, daß man bei der heutigen Landtagswahl recht warm für diese „religiösen“ und bauerlandstüchtigen „Gesellen“ eingetreten ist. Zwar bestehen in fast jedem Orte sogenannte katholische Arbeitervereine, aber zu christlichen Streikbrecherorganisationen fehlt immer noch das nötige Material, trotz der ausgezeichneten Erziehungsmethode der Herren Pfaffen. Unser Vorwärtsstreben aber ist den christlichen Brüdern ein Dorn im Auge. Gelingt es uns, irgendwo festen Fuß zu fassen, sind auch schon die „Christlichen“ hinter uns, um durch ihre Propaganda Zersplitterung in die Reihen der Arbeiter zu bringen. Kein Mittel ist ihnen dazu zu annehmlich.

In der Lohnbewegung in Bad Nibling fielen uns die Herren Christlichen in den Rücken. Ihre Organisation bestand darin, daß alsbald die christliche Organisation zum Teufel ging. Während der Auslieferung in München riefen die 81 ausgeperrten Christlichen hinter dem Rücken der 5000 frei organisierten Ausgeperrten das Generalkomitee an. Eingangsamt an, sich gleichmäßig um die Götze zu versetzen, mit den Unternehmern ein Eddys- und Trübsandnis gegen die verhassten Arbeiter abzusprechen. Zu ihrem größten Bedauern war dieses Vorhaben denn doch zu lächerlich und zugleich zu charakterlos, um irgendwie gewürdigt zu werden. Freude haben die Christlichen in Südbayern noch nicht erlebt; hat auch im vergangenen Jahre keine Mühe und Opfer gescheut, die Bewegung vorwärts zu bringen. Außerhalb Münchens nahm er in den verschiedensten Orten an 181 Versammlungen und Sitzungen teil, davon Kollege Hartl 110, andere Vertreter des Gauvorstandes 71 mal. Außerdem war der Gauvorstand in fast allen Versammlungen und Sitzungen des Zweigvereins München vertreten. Spezielle Sitzungen des Gauvorstandes fanden 18 statt. An Korrespondenzen sind laut Eintragung im Postbuche zu verzeichnen: Abgesandt: 265 Briefe, 299 Postkarten, 15 Telegramme, 14 Postanweisungen, 20 Pakete und 204 Druckfachen; Summa 827. — Eingelassen sind: 805 Briefe, 213 Karten, 21 Telegramme, 4 Postanweisungen, 13 Pakete und 26 Druckfachen; Summa 992. Das vom Verbandslaufende Exemplar im ganzen Gau verbreitet und außerdem wurden verschiedene Handzettel an die Zweigvereine gerichtet. An Arbeitslosigkeit hatte also der Gauvorsitzende nicht zu leiden und so entließ er sich, in eine „Lohnbewegung“ einzutreten. In einer Sitzung in der Kollege Bömelburg anwesend war, erklärte auch dieser, daß auf einem derart verachtungsreichen Posten mit einem Wochenlohn von 30 nicht auszukommen sei, und daß sämtliche Gauvorsitzende beabsichtigen, sich zu begeben. Das Gefühl wurde dann auf monatlich 150 erhöht. Während der zweimonatigen Ausperrung in München war der Gauvorsitzende selbstverständlich mehr an München gebunden. Das Verbot mußte daher nach Beendigung der Ausperrung durch intensive Agitation in den einzelnen Orten wieder nachgeholt werden. Bismarck viel hatte man sich betreffs der Agitation von den Münchener Kollegen versprochen, die von der Ausperrung betroffen und abgereist waren. Es soll ohne weiteres gesagt sein, daß eine Anzahl Münchener Kollegen agitatorisch sehr tätig war und sich den Rest der übrigen Kollegen erwarben. Ebenso soll aber auch ausgesprochen werden, daß verschiedene Zweigvereine durch die Arbeitslosigkeit und Stundenlöhnderei von Münchener Kollegen enorm geschädigt und die einheimischen Kollegen mitleid gemacht wurden.

Das ist der Fluß der bösen Zeit, daß sie stets Böses muß gebären.

Ueber die Lohnbewegung ist nachstehendes zu berichten. In Bad Nibling soll wurden am 20. Februar die Forderungen unserer Kollegen an die einzelnen Unternehmer eingereicht. Die Unternehmer hatten sich unterdessen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angeschlossen und teilten uns mit, daß der Verband zu Unterhandlungen bereit sei unter der Bedingung, daß auch mit Zimmerern und Bauhilfsarbeitern unterhandelt werde. Die Herren glaubten, uns dadurch einen Posten spielen zu können, da zu dieser Zeit die Organisation der beiden Berufs auf ziemlich schwachen Füßen stand. Doch der Arbeitgeberverband hatte sich getäuscht. Die Vertreter der drei Organisationen arbeiteten gemeinsam, und so kam es, daß am 9. März unter Beisein der drei Gauvorsitzenden ein Vertrag zu Stande kam, der für die drei Berufsmerkmale Verbesserung herbeiführte, trotz Sträubens der Unternehmer und ihrer Vorstände.

Ueber den Stand der Zweigvereine und die Mitgliederzahl nachstehende Tabelle Aufschluß:

Zweigvereine	Mitgliederzahl 3. Quartal 1905	Mitgliederzahl 3. Quartal 1904	Mitgliederzahl 3. Quartal 1906
München	1100	2479	2843
Augsburg	84	214	609
Ingolstadt	21	25	60
Schwabmühl	18	—	—
Neidenhall	17	99	168
Mollenheim	15	150	185
Verdergaden	12	15	67
Landshut	6	82	115
Völsau	—	56	168
Schliersee	—	15	88
Landshut a. S.	—	28	60
Strasbourg	—	40	54
Wetterham	—	11	10
Brien	—	—	50
Freilich	—	—	60
Brud b. M.	—	—	41
Töls	—	—	28
Mühlbach	—	—	50
Traunstein	—	—	43
Marktstein	—	—	40
Kaufbeuren	—	—	18
Kempten	—	—	184
Memmingen	—	—	22
Endau	—	—	6
Summa	1278	3162	4815

Restere drei Zweigvereine wurden am Schlusse des zweiten Quartals 1905 mit geringer Mitgliederzahl dem Gau München einverleibt. Auch 1906 wurden bereits zwei neue Zweigvereine gegründet (Dießen a. A. und Wasserburg), so daß der Gau München zur Zeit 20 Zweigvereine umfaßt. Die Konjunktur war im Berichtsjahre sehr verschieden. Während in den Orten Landshut, Freising, Kaffau, Strasbourg und Augsburg ein flotter Geschäftsgang zu verzeichnen war, lag in den Orten München, Rosenheim, Ingolstadt und Brien das Baugewerbe völlig darnieder. Auch der Herbst brachte keine merklige Besserung der Konjunktur, so daß ein großer Teil der Kollegen sich in anderen Orten nach Arbeit umsehen mußte. Nun besagt § 4 c unseres Statuts, daß die einzelnen Mitglieder dem Zweigverein anzugehören haben, in dessen Bezirk sie in Arbeit stehen. Leider wird noch sehr viel dagegen gekündigt, was den agitatorisch tätigen Kollegen ihre Aufgabe sehr erschwert. So arbeiteten im Berichtsjahre an Orten mit guter Konjunktur eine Anzahl Kollegen, die entweder aus „Nationalstolz“ oder aus noch verwerflicheren Gründen einfach den am Orte bestehenden Zweigvereinen nicht angehörten und das Bestreben der dortigen Kollegen ignorierten. Eine unausbleibliche Folge davon ist, daß bei einer derartigen Abwanderung, das richtige kollegiale Gefühl nicht vorhanden ist. Mißtrauen der Einheimischen gegen die Zugewanderten. Selbstüberhebung der sich nur vorübergehend in diesem „Wett“ Aufhaltenden, daß ist die tägliche Erscheinung in derartigen Fällen. Nicht zu verzeihen ist auch, daß das Unternehmertum gewöhnlich die Zahl der beschäftigten Maurer, sowie auch die Mitgliederzahl des betreffenden Zweigvereins genau kennt und deshalb nicht den nötigen Respekt vor der Organisation besitzt. Dazu kommt noch, daß dadurch der Arbeitgeber zur und vor geöffnet ist. Einmal hat die Gastarbeit das Buch verlegt, in der zweiten Woche hat der Kassierer das Abklemmen der Kontrollkarte vergessen und das dritte Mal ist man „zufälligerweise“ nicht in seinen Wohnort zurückgekommen. Die Kollegen allerorts werden hiermit dringend ermahnt, den § 4 c unseres Statuts zu beachten und danach zu handeln. Dem gerügten Mißstände ist aber auch dadurch beizukommen, daß die im ganzen Gau eingeführte einheitliche Kontrollkarte von jedem einzelnen verlangt und nach dem Stande der Beitragszahlung gefordert wird. Die Kontrollkarte hat sich bisher als sehr wertvolles Mittel gegenüber zahlungsstarken Mitgliedern erwiesen. Noch viel mehr als bisher muß auch zu diesem Zwecke das Verbandsregister ausgebaut werden. Zwar ist in einzelnen Zweigvereinen bereits der Anfang dazu gemacht, jedoch läßt die Handhabung dieser Einrichtung noch sehr viel zu wünschen übrig. Aufgabe der Verwaltungen wird es sein, dafür zu sorgen, daß auf jedem Bau ein Delegierter sich befindet, der auch über die Aufgaben, die er zu erfüllen hat, von der Verwaltung richtig instruiert ist. Es genügt keineswegs, von Zeit zu Zeit Delegierte aufzustellen und sie sich dann selbst zu überlassen. Von den Zweigvereinsleitungen muß eine Liste der Verbandsdelegierten geführt werden. Die Gabelblätter wurden von allen Zweigvereinen richtig bezahlt. Nur ein Zweigverein sandte den Beitrag für das dritte Quartal nach wiederholter Aufforderung erst am Schlusse des vierten Quartals ein, und zwar unter Verrechnung der im vierten Quartal zurückgegangenen Mitgliederzahl. Derartige Manipulationen wird in Zukunft auf das entschiedenste vorgebeugt werden müssen.

Für unsere Kollegen in Neidenhall und Freilich brachte der Vertrag eine Erhöhung des Stundenlohnes um 6 \mathcal{A} , sowie 50 Pfd. Zuschlag für Lebensunterhalt, Nacht- und Sonntagsarbeiten. Bei einem Unternehmer mußte im Laufe des Herbstes, um den Vertrag hochzuhalten, die Arbeit eingestellt werden. Die Sperre endete nach achtstündiger Dauer mit vollem Erfolge. In Bad Nibling reichten am 4. April die Kollegen eine Forderung auf 38 \mathcal{A} Stundenlohn ein. Am 12. April fand eine Unterhandlung statt, die zu keinem Resultate führte. Tags darauf legten die Kollegen die Arbeit nieder. Die Christlichen stimmten ebenfalls für den Streik, und versprochen, Hand in Hand mit uns zu gehen. Schon am zweiten Tage wurden die Streikbrecher, so daß unser Kampf sehr erschwert war. Auch die „Bürgerchaft“ Niblings stand auf Seiten der Unternehmer, so daß alle Gausarbeiten zurückgestellt wurden, um die paar Bauten mit Streikbrechern besetzen zu können. Die ganze Verbandschaft eines Unternehmers, sowie einige Gabelblätter wurden

ebenfalls sofort nach erfolgter Wahl beim Zweigvereinsvorsitzenden durch den Vertrauensmann angemeldet.

8. Die Wahl des Vertrauensmannes wie auch die des Ersten Mannes soll in der Regel in einer Baustellenversammlung nach Schluss der Arbeitszeit vorgenommen werden. Alle auf dem Bau beschäftigten Mitglieder sind zur Teilnahme an solchen Versammlungen verpflichtet.

9. Der Vertrauensmann hat die Aufgabe, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder auf dem von ihm vertretenen Bau nach jeder Richtung hin zu wahren, insbesondere hat er die Pflicht:

a) regelmäßig jede Woche durch Vorzeigenlassen des Verbandsbuches oder der Kontrollkarte festzustellen, ob alle an dem betreffenden Bau beschäftigten Berufsangehörigen organisiert und mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sind;

b) ein besonderes Augenmerk auf die neu in das Geschäft eintretenden Kollegen zu richten;

c) mit allen zulässigen Mitteln auf die säumigen Mitglieder und auf die Nichtorganisierten einzuwirken und sie dadurch zur Pflichterfüllung gegenüber dem Verband zu erziehen;

d) Neuaufnahmen und Gelber für rückständige Beiträge entgegenzunehmen und sofort dem Vorstand des Zweigvereins zu übermitteln;

e) alle vom Vorstand des Zweigvereins verlangten statistischen Aufnahmen vorzunehmen;

f) zu kontrollieren, ob die Vertragsbestimmungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingehalten werden und bei Nichteinhaltung dem Zweigvereinsvorstand sofort Mitteilung zu machen;

g) zu kontrollieren, ob die Unfallverhütungsvorschriften sowie die Ministerialverordnungen und sonstigen Bestimmungen zum Schutze der Bauarbeiter eingehalten werden und bei Nichteinhaltung dem Zweigvereinsvorstand resp. der Bauarbeiter-Schutzkommission Mitteilung zu machen;

h) unter Zustimmung des Zweigvereinsvorstandes Baustellenversammlungen zu arrangieren;

i) auf dem Bauplatz für ein kollegiales Zusammenarbeiten der Verbandsmitglieder untereinander sowohl als mit den Mitgliedern anderer moderner Organisationen Sorge zu tragen;

k) sämtliche vom Zweigverein einberufenen Vertrauensmannerversammlungen zu besuchen und sich den Besuch auf der Legitimationskarte bescheinigen zu lassen;

l) bei Differenzen dafür zu sorgen, daß nichts, namentlich aber keine Arbeitseinstellung, ohne die Zustimmung des Zweigvereinsvorstandes unternommen wird;

m) im übrigen alle von dem Zweigvereinsvorstand gewünschten Aufträge zu geben, resp. alle von der Organisationsleitung für gut erachteten Ratschläge zu befolgen.

Wir glauben, auch mit Einführung dieser Karten einen Schritt nach vorwärts getan zu haben. Die Ortsverbände werden allerdings auf sehr vielen Plätzen nachhelfen müssen.

Im letzten Jahresbericht führten wir lebhaftige Klagen darüber, daß es bezüglich der Sozialkassenbestände in unserem Gau sehr traurig aussehe, und infolgedessen in vielen Orten die Agitation darunter Not leiden müsse. Doch haben wir uns nicht darauf beschränkt, diesen Mangel zu beklagen, sondern überall in Sitzungen und Versammlungen darauf hingewirkt, daß es besser werde. Dies ist aber nur zu erreichen, wenn auf der einen Seite möglichst Sparanstrengungen und namentlich das viele Annoncieren, Plakataufkleben usw. möglichst vermieden wird, und andererseits dadurch, daß sich die Mitglieder an die Zahlung eines mit dem Verbandsbeitrag verbundenen Sozialbeitrages gewöhnen. Diese Einführung ist denn auch nicht erfolglos geblieben. Von 20 Zweigvereinen haben jetzt 11 mit 2304 Mitgliedern einen möglichen Zuschuß von 53 eingeführt, während 9 Vereine mit nur 358 Mitgliedern noch keinen haben. Ein Mangel der Mitgliederzahl ist dadurch nitig eingetreten, wohl aber hat die Agitation besser betrieben werden können. Es war außerdem möglich, die Sozialkassenbestände von 766,96 auf 2510,68 zu erhöhen.

Die Beiträge an die Gaukasse, 20 3/4 pro Mitglied und Jahr, sind im allgemeinen pünktlich entrichtet worden; mittellose und namentlich neu gegründete Zweigvereine mußten sie allerdings erstatten werden. Die Einzelheiten sind aus der Tabelle ersichtlich.

Überblick über die Höhe des Verbands- und Sozialbeitrages, den Bestand der einzelnen Sozialkassen sowie über die an die Gaukasse geleisteten Beiträge der Zweigvereine:

Zweigverein	Verbandsbeitrag	Sozialbeitrag	Sozialkassenbestand			An die Gaukasse bezahlt		
			Okt. 1904	Okt. 1905	1906	1904	1905	1906
Wibach	35	5	29	81	54	25	6	4
Öttingen	40	—	—	—	59	63	—	—
Ulm	40	—	—	—	38	—	—	—
Öttingen	35	5	4	09	83	95	1	20
Reichenheim	35	5	—	—	102	85	—	12
Reichenheim	40	5	7	98	141	31	10	83
Konstanz	40	5	15	43	85	21	9	25
Reichenheim	45	5	116	09	224	97	14	14
Waldsiedel	35	5	13	35	14	24	—	—
Reichenheim	35	5	—	—	—	—	—	—
Reichenheim	40	—	—	—	18	26	—	6
Reichenheim	40	—	—	—	8	23	19	63
Schwemingen	40	—	—	—	9	47	7	40
Reichenheim	35	5	22	36	85	09	4	5
Reichenheim	45	5	145	22	1166	92	169	80
Reichenheim	30	5	—	—	89	07	—	4
Reichenheim	40	—	—	—	7	90	—	—
Reichenheim	40	5	288	67	422	12	63	85
Reichenheim	40	—	—	—	84	11	56	66
Reichenheim	45	5	18	96	83	56	4	5
Zweigvereine	—	—	—	—	63	09	—	28
Summa	—	—	—	—	766	96	2510	68
	—	—	—	—	330	05	988	80

Die Agitation hat sich umfangreicher denn je gestaltet, es mußten zu ihrer Bewältigung einige Kollegen während mehrerer Wochen aus der Arbeit genommen werden. Besonders wurden sie zur Bearbeitung der weiteren Umgebung von Stuttgart, Ulm, Konstanz, sowie zur Aufnahme der Statistik in nichtorganisierten Orten verwendet. Auch eine Agitationstour durch einen italienischen Kollegen wurde auf Kosten der Gaukasse unternommen. Wenn die momentanen Erfolge auch nicht allzu groß sind, so dürften sie aber immerhin den aufgewendeten Kosten und Mühen entsprechen und der im neuen Jahre erneut einsetzenden planmäßigen Agitation den Boden vorbereitet haben. Selbstredend sind mit der vermehrten Agitation auch deren Kosten gestiegen, wie aus der Tabelle ersichtlich ist.

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Gaukasse für die Zeit vom 1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1905:

Einnahme	
Rosensbach vom dritten Quartal 1903	M. 159,87
Vom Vorstand erhalten an Beiträgen auf Grund des Statuts	1106,52
Vom Vorstand erhalten an Zuschuß	4293,48
Beiträge der Zweigvereine	380,—
Sonstige Einnahmen	368,80
Summa	M. 6438,47

Ausgabe	
Für Baupersonal	M. 1960,—
entgangenen Arbeitsverdienst an andere Kollegen	623,52
Diäten	1902,80
Fahrtgeld	820,48
Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht, Bureauausgaben	535,80
Druckkosten	206,40
Büro- und Schreibmaterialien	184,24
Sonstiges	207,84
Summa	M. 6391,05

Abfluß	
Einnahme	M. 6438,47
Ausgabe	6391,05
Rosensbach	M. 42,42

Eine von allen Branchen und aus allen Teilen Wirtembergens gut besetzte Bauarbeiter-Schutzkonferenz, die am 17. September in Stuttgart unter Anwesenheit von Vertretern der Stadt und des Ministeriums stattfand, stellte fest, daß mit Ausnahme von Stuttgart die Bestimmungen in Bezug auf Bauarbeiter-Schutz nur auf dem Papier stehen. Der Vertreter der Regierung erklärte, nach Möglichkeit für baldige Besserung eintreten zu wollen.

Eine vom „Deutschen Arbeiterverband für das Baugewerbe“ auch an den württembergischen Landtag gerichtete Petition, „von einer Kontrolle der Bauten durch Arbeiter, der Anstellung von Gewerkschaftsvertretern als Baukontrolleure, sowie von der gesetzlichen Regelung einer derartigen Maßnahme hochgeneigt“ Abstand nehmen zu wollen“, wurde auf Antrag des Referenten, Bauvermeister E. Gähler, sowohl in der volkswirtschaftlichen Kommission als auch im Plenum des Landtages durch einstimmigen Beschluß über die zur Tagesordnung überzugehen, erledigt. Eine solche wohlverdiente Würdigung unserer Oberbaufachmänner in allen Parlamenten zu wünschen!

Die wegen Terrorismus (§ 153 der Gewerbeordnung) vom Schöffengericht in Konstanz zu je einem Tage Gefängnis verurteilten Konstanzer Baumeister hatten bekanntlich vor dem Landgericht ihre Freisprechung erlangt. Die vom Staatsanwalt eingeleitete Revision beim Oberlandesgericht Karlsruhe hatte den Erfolg, daß nunmehr nach nochmaliger Verhandlung das Konstanzer Landgericht bei zehn Baumeistern den Tag Gefängnis bestätigte. In ihrer Angst vor den schwebenden Urteilen, wohin sie am liebsten sämtliche organisierte Arbeiter verschwinden lassen möchten, haben diese Ordnungsgelben jetzt aber allertüchtig die Gnade ihres bösigen Landesherrn angereuen und zwar mit Erfolg. Der Tag wurde in 40 Geldstrafe umgewandelt. Natürlich unbändige Freude in Konstanz; denn die 40 und die Kosten werden bald durch vermehrte Hebung der Arbeiter wieder eingebracht sein. Festzuhalten aber ist, daß auch die Unternehmer nach § 153 der Gewerbeordnung bestraft werden können.

Die Korrespondenz des Gauvorsitzenden belief sich im Berichtsjahre auf 432 Eingänge und 1082 Ausgänge. Wir schließen mit den Worten unseres vorjährigen Berichtes: Im großen und ganzen können wir befriedigt sein. An Arbeit hat es nicht gefehlt, aber auch nicht an Erfolgen, sowohl in Bezug auf Mitgliederzunahme als auch in Bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Unfreundliche Begleiterseinerungen dürfen uns nicht entmutigen, die werden auch in Zukunft nicht ganz beschwunden.

Deshalb ist es unser Wunsch, daß jeder brave Kollege überall seinen Pflichten immerfort treu bleibt, unsere Organisation nach innen und außen auszubauen, um sie zu einem Bollwerk zu machen, an dem alle Anschläge unserer Scharfmacher und anderer Widersacher abprallen müssen.

Der Gauvorsitzende. J. A. S. Stolle.

Gau Magdeburg.

Die Arbeitslosigkeit des Jahres 1905 war in den meisten Orten, wenn auch nicht außerordentlich groß, so doch so, daß den Kollegen fast überall der Verkauf ihrer Arbeitskraft in den Orten möglich war, wo sie ihren Wohnsitz haben. Lieber den Stand der Konjunktur in den größeren Orten des Gaues gibt folgende Tabelle Auskunft:

* Weitere von Stuttgart gezahlte Beiträge im Betrage von M. 63,10 sind für 1906 gebucht worden.

Orte	Die Arbeitslosigkeit war im				Die beste Arbeitslosigkeit war in den Monaten
	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.	
Algerleben	mittelmäßig	gut	gut	mittelmäßig	Mai 6. Oktbr.
Bernburg	mittelmäßig	gut	mittelmäßig	gut	Juli, August
Blankenburg	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	Septbr., Oktbr.
Burg	mittelmäßig	gut	mittelmäßig	mittelmäßig	Mai
Salze	schlecht	gut	schlecht	mittelmäßig	Juni
Öttingen	schlecht	schlecht	mittelmäßig	schlecht	September
Reichenheim	mittelmäßig	gut	gut	schlecht	Juni 6. August
Reichenheim	schlecht	mittelmäßig	mittelmäßig	schlecht	Mai
Reichenheim	mittelmäßig	schlecht	gut	schlecht	Oktbr.
Reichenheim	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	März, April
Reichenheim	mittelmäßig	gut	gut	mittelmäßig	Juli
Reichenheim	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	Mai 6. Oktbr.
Reichenheim	mittelmäßig	gut	gut	mittelmäßig	August
Reichenheim	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	schlecht	September
Reichenheim	schlecht	mittelmäßig	schlecht	schlecht	Mai
Reichenheim	schlecht	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	Juni 6. Oktbr.
Reichenheim	schlecht	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	Febr., u. Herbst
Reichenheim	schlecht	schlecht	schlecht	mittelmäßig	Oktbr., Novbr.
Reichenheim	mittelmäßig	schlecht	schlecht	schlecht	Juni
Reichenheim	schlecht	schlecht	mittelmäßig	mittelmäßig	September
Reichenheim	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	mittelmäßig	Mai 6. Oktbr.

Die für das Jahr 1906 in Aussicht stehende Bautätigkeit wird aller Voraussicht nach nicht die beste sein. Nur in Dessau, wo größere kommunale Bauten geplant sind, ist nach den bisherigen Meldungen Aussicht auf eine besonders gute Konjunktur.

25 Lohngebiete meldeten dem Gau- bzw. Gauvorsitzenden schon bei Einbringung des Jahresberichtes von 1904, daß sie Forderungen an das Unternehmertum stellen würden. Davon unterbreiteten dann im Laufe des Jahres 17 ihre Forderungen den Unternehmern. In vier Filialen lehnten die Unternehmer jede Verhandlung ab. Davon erledigte sich in drei Fällen die Bewegung durch stillschweigend gemachte Zugeständnisse; in einem Fall (Dessau) kam es zum Streik.

In 18 Fällen stimmten die Unternehmer den nachgeforderten Verhandlungen zu. In zwei Fällen wurde mit dem Gesellenausschuss und in elf Fällen direkt mit Vertretern der Organisation verhandelt. Davon in vier Fällen im Beisein eines Vertreters vom Gauvorsitzenden.

Zur Einigung mit allen Unternehmern führten die Verhandlungen in neun Fällen. In zwei Fällen wurde nur mit einem Teil der Unternehmer eine Einigung erzielt. In zwei Fällen (Wernburg und Reichenheim) kam es zum Streik.

Der Erfolg der Gesamtlöhnbewegung war in zwei Fällen ein vollständiger, in 14 ein teilweiser und in einem Fall (Dessau) war kein Erfolg zu verzeichnen.

Zahlenmäßig zusammengefaßt gestaltet sich der Erfolg der Bewegung wie folgt: Eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde wurde in einem Lohngebiet für 1201 Kollegen erzielt. Eine Lohnerhöhung um 3 3/4 pro Stunde wurde in fünf Lohngebieten für 1842 Kollegen und eine solche um 2 3/4 pro Stunde in elf Lohngebieten für 1050 Kollegen erlangt. Als einen Erfolg der vorjährigen Bewegung hatten noch in zwei Lohngebieten 327 Kollegen 2 3/4 Lohnerhöhung zu verzeichnen. Die Gesamtlöhnerhöhung beträgt also durchschnittlich für 3219 Kollegen 2,67 3/4 pro Stunde. Da bei der Aufnahme der Auguststatistik im ganzen Gaugebiet 6935 Kollegen ermittelt wurden, haben somit 46,15 pSt. der im Gaugebiet tätigen Kollegen rund 2 3/4 Lohnerhöhung durch die Organisation errungen.

Von den im Berichtsjahre geführten Streiks hat, wie schon weiter oben bemerkt, der in Dessau keinen Erfolg gehabt. Für die dortigen Kollegen gilt eben das Wort: „Wer nicht hören will, muß fühlen“; nur schade, daß immer die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden müssen. Die Konjunktur war dort im Juni sehr gut. Die am wichtigsten kapitalträchtigen Unternehmer hatten dringende Arbeiten fertigzustellen. Deswegen sollten nach dem Vorschlage des Gauvorsitzenden zunächst nur diese angegriffen werden. Das war den Kollegen gegen den Streik. Alles sollte streiken; am liebsten hätten die Kollegen es gesehen, wenn in ganz Anhalt die Stellen an den Mägen gehängt worden wären, fast einstimmig wurde am dritten Pfingsttage der Streik beschlossen. Eine hohe Zahl Kollegen reiste auch sofort ab, doch schon nach wenigen Tagen schlepten die Unternehmer aus Leipzig und anderen Orten über 100 Italiener heran. Diese hätten ja nun allein die Bewegung nicht todtbrücken können, doch nun zeigte sich ein Teil der Dessauer Mauererschaft in seiner vollen Glorie; von Tag zu Tag fielen Streikende ab, Abgereichte kamen heimlich zurück und stellten sich den Unternehmern als ihre Kinder zur Verfügung, deren Sieg dadurch herbeiführend. Zudem werden die Kollegen hier zu tun haben, um die erhaltene Schlappe wieder auszuweichen.

Die Streiks in Wernburg und Reichenheim lebten schon nach kurzer Dauer mit einem Vergleich. Für die Wernburger Kollegen wäre es vielleicht zweckmäßiger gewesen, den Kampf schärfer zu führen, da erst nach dem Kampfe eine sehr hohe Bautätigkeit einsetzte. Allem Anscheine nach haben sich die Unternehmer die Zeit des Waffenstillstandes zu nütze gemacht.

Beteiligt waren an diesen drei Angriffsstreiks 634 Kollegen, davon waren verheiratet 505 mit 1047 Kindern unter 14 Jahren. Entgangenen Arbeitsverdienst hatten die Streikenden für 6365 Tage M. 27 481,87. Der Kostenaufwand betrug M. 12 811,05. Davon zahlte die Hauptkasse M. 11 753,11, die Sozialkassen M. 237,80 und die am Ort in Arbeit stehenden Kollegen M. 820,64. Die Streikunterstützung beträgt M. 11 753,61, davon M. 11 016,54 an Verheiratete und M. 737,07 an ledige Kollegen.

Abwehrebewegungen erfolgten vier. Daran waren beteiligt 299 Kollegen. Verheiratet 226, Kinderzahl unter 14 Jahren 326. Entgangenen Arbeitsverdienst hatten die Streikenden für 8123 Tage M. 26 646,48.

Der Kostenaufwand betrug M. 16 131,13. Davon zahlte die Hauptkasse M. 15 400,33. An der gesamten Streikbewegung waren demnach 933 Kollegen 14 493 Tage be-

kümmern sich nicht darum, ob sie die Interessen der Arbeiter vertreten, wenn sie nur dem Unternehmer aus der Tasche helfen können. In Nr. 6 der „Baugewerkschaft“ steht nun eine Entgegnung auf die erwähnte Notiz des „Grundstein“, in der von nur einem Entlassenen geredet wird. Weiter wird es so dargestellt, als ob unsere Kollegen dort mit Christlichen zusammenarbeitet hätten. Man möchte sagen, so viel Zellen so viel Zügen und Verdrungen. Am 18. wurden neun unserer Kollegen entlassen, am 17. fingen die Christlichen an. Unsere Kollegen mit den Christlichen sprechen wollten, wichen sie ihnen aus, genau wie die von der Polizei eskortierten Streikbrecher es machen. Die Baubube war am 20. noch nicht gemacht. Die Christlichen haben so lange in einer Gartenlaube logiert. Am 25. hat der Zentrumsmann noch mit einem andern, namens Weister, den Bau kontrolliert, wo er dann eine Bude gefunden haben will. In der Laube, daß die Christlichen den Unternehmer in seiner Weigerung, eine Baubude zu beschaffen, durch Besetzung der Baustelle unterstellt haben und daß diese Sündhaft von der christlichen Zeitung bekannt worden ist, wird durch das Gesagte in dem Zentrumsorgan nicht geändert. Doch dem Verdienste seine Krone! Infolge dieses Vorganges hatte der Unternehmer Wobaupt, der seine Arbeiter mit Revolution bedroht, sie deshalb wie ein Verräter anzuheben, auch unsere Kollegen von einer anderen Baustelle entlassen; Bromvi wurde auch dieser Bau von den Zentrumsleuten besetzt. Zum Dank dafür zog Wobaupt dank am 10. d. M. jedem M. 6 vom Lohn ab; angeblich sollen sie zu wenig geleistet haben. Unsere Zentrumsräte nahmen dies natürlich als eine Fügung des Schicksals hin und arbeiteten ruhig weiter. Man dann der Zentrumsarbeit noch über Schimpfen, so mag sich der „von dem lieben Gott gesegnete“ Mitteilungsblätter selbst an die Nase fassen. Uebrigens reicht der deutsche Sprachgebrauch zur Charakterisierung der Zentrumsmoral nicht mehr aus.

Darmstadt. In unserem Jahresbericht ist ein Schreiben der Druckerei unterlaffen, der der Verichtigung bedarf. Denselben am Schlusse des Berichts (in Nr. 7, Seite 82) ist die durchschnittliche Mitgliederzahl nach der Zahl der verkauften Beitragskarten berechnet. Hier fehlt das Komma in den drei Zahlen, dadurch heißt es für das Jahr 1903, die Zahl der Mitglieder habe 6577 betragen; es muß heißen 657,7 für 1904, 1064,1 für 1905, 1064,1 für 1905, 12207,7 für 1906. (Es ist besser, bei solchen Berechnungen die Bruchzahlen fortzulassen. Die Neb.)

Elfrid. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit im vergangenen Jahre war gut. Verschiedene Neubauten sind bis jetzt noch nicht ganz fertiggestellt. Bei der guten Konjunktur glauben wir, eine Lohnforderung an die Meister stellen zu können. Wir hatten die Meister dreimal zu einer Versammlung eingeladen, um auf friedlichem Wege die Sache zu regeln, aber diese Mühe war vergebens gewesen. Einmütig wurde nun am 31. Mai die Arbeit niedergelegt. Einer von den drei hier anwesenden Meistern konnte es nicht lange aushalten, sondern kam zu einer Versammlung und versprach, jedem bei ihm arbeitenden Gesellen 1/3 pro Stunde zuzugewähren, was von uns angenommen wurde. Zwei Meister hatten es fertig gebracht, mit Hilfe der Bauherren aus den umliegenden Orten und dem Elfrider Streikbrecher heranzuziehen. Die Folge war, daß der Streik nach zwölf Wochen aufgegeben werden mußte. Am Schlusse des Jahres 1904 hatten wir 55 Mitglieder zu verzeichnen. Im ersten Quartal 1905 64, im zweiten Quartal 70, im dritten Quartal 71 und am Schlusse 1905 60. Der Niedgang kam dadurch, daß sich in dem naheliegenden Wallenriedt selbst eine Baustelle gründete, wovon früher ein Teil der Kollegen unserer Baustelle angehörte. Dann den Kollegen in Wallenriedt, daß sie auch einmal zu der Ueberzeugung gekommen sind, sich zusammenzufinden! Wir Elfrider Kollegen hatten es schon einmal versucht, die Kollegen in Wallenriedt zusammenzuführen, was uns auch gelungen war; aber nicht lange, da hatten sie wieder vergessen, was die Organisation will. Wir wünschen, daß die Kollegen von Wallenriedt diesmal treu zusammenhalten und sich bemühen, daß es in dem naheliegenden Elfrid, wo es auch viele Maurer gibt, auch bald zur Gründung einer Organisation kommt. Die Einnahme der Hauptkassette betrug im ganzen Berichtsjahre 913,65, wovon an die Hauptkasse abgeführt wurden 732,70. Die Einnahme der Nebenkassette 150,95, die Ausgabe 134,85; es bleibt uns also ein Kassendefizit von 46,10. Für das vergangene Jahr sind nur wenig Mitgliedschaft zu verzeichnen. Die beiden Kollegen Hoffmann und Knecht haben keine Beitragsrückstände mehr, wie in dem Versammlungsbericht in Nr. 7 angegeben ist.

Frankfurt a. M. Die Baustelle Morsleben hielt Sonntag, den 11. Februar, ihre Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht des ersten Bevollmächtigten ist die Mitgliederzahl von 171 auf 211 gestiegen, so daß jetzt 90 p. H. der hiesigen Maurer organisiert sind. Die Kasseneinlagen waren folgende: An die Zweigvereinskasse wurden abgeführt im ersten Quartal M. 557,25, im zweiten Quartal M. 1348,97, im dritten Quartal M. 1442,88, im vierten Quartal M. 1042,88, zusammen M. 4391,98. Die Einnahmen der Nebenkassette betrugen im ganzen Jahr M. 501,90, die Ausgaben M. 864,93, mithin blieb ein Kassendefizit von M. 136,97. An Unterstützung für erkrankte Mitglieder wurden M. 38,55 ausgezahlt, an Sterbegeld M. 90. Für die ausgefallenen Vergaberbeit im Auftrag wurden M. 62,60 abgeführt. Für die Bibliothek wurden M. 24,95 angelegt. Drei öffentliche und fünf Mitgliederversammlungen haben stattgefunden. Vorstandssitzungen fanden 11 statt. Auf auswärtigen Sitzungen im Zweigvereinsgebiet war die Baustelle einmal durch Delegierte vertreten. Hausgastaktionen fanden an drei Sonntagen statt; sie waren jedesmal von Erfolg. Auf unser Geheiß an die Eisenbahnverwaltung in Mainz wurde ein Arbeitszweig zwischen Dornberg-Groß-Gerau-Frankfurt a. M. einen Monat früher eingeleitet, sowie für das Wintervierteljahr mehr eingeleitet. Auf Antrag der Verwaltung wurden einem Mitgliede M. 20 Unterstützung bewilligt. Die örtliche Verwaltung wurde wiedergewählt. Mit der Auflockerung an die Mitglieder, der politischen Organisation beizutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Darmstadt. Der hiesige Zweigverein setzte am 18. Februar seine Generalversammlung fort. Der Eintritt in die Tagesordnung erklärte der erste Kassierer, Kollege Wobaupt, daß er seinen Posten nicht verwalteten könne. Es wurde an dessen Stelle Josef Peter gewählt. In dem nun verlesenen Ortsstatut wurden einige kleine Veränderungen vorgenommen. Hieraus erstattete

Künze Bericht von der letzten Kartellversammlung. Für Gründung einer Gewerkschaftsbibliothek war die Versammlung nicht zu haben, obgleich einige Redner dafür sprachen. Gensowenig konnte man sich dafür erwärmen, daß in Zukunft die betreffenden Wahlen nicht mehr in Gewerkschaftsversammlungen, sondern von den Kartelldelegierten vorgenommen werden sollen. Nach Erledigung der Kartelldelegiertenwahlen wurde die Versammlung geschlossen.

Darmstadt. In der Nr. 7, Seite 84, in einem mit Hannover überschriebenen Bericht des Kollegen Gumpert über die Hauptversammlung, die ich bei meiner Anwesenheit in Kempten am 18. Dezember d. J. erklärt haben soll, daß die Momente fehlten, worauf es ankomme, auch seine Anwesenheit in der Kartellversammlung wäre überflüssig. Diese Behauptung des Kollegen Gumpert entbehrt jeder Grundlage.

2. Darmstadt, Bauvorsitzender.

Hamburg. (Jahresbericht.) Auf ein schlechtes Frühjahr folgt in der Regel ein guter Herbst, das kann auch der Zweigverein Hamburg von sich sagen. Am Anfang des Jahres litt der Zweigverein noch immer unter dem vertriebenen Gange des Jahres 1904. Das Vertrauen auf die eigene Kraft war geschwunden, auch trug das unzufriedene Verhalten einiger Vorstandsmitglieder nicht zur Stärkung des Zweigvereins bei. Durch den Beschluß einiger Vorstandsmitglieder kam wieder neues Leben in den Zweigverein, das Vertrauen kehrte wieder, was durch einen besseren Verlauf der Versammlung bewiesen wurde. Der Vorstand ordnete das Bauelementenverhältnis der Maurer Hamburgs zu bekommen. Wenn auch manches Hindernis beseitigt und die alte Kasse befüllt werden mußte, so konnte der Vorstand doch in wenigen Wochen eine ziemlich gute Statistik der Mitglieder- und Kartellversammlung vorlegen. Einen weiteren Erfolg hatte der Zweigverein Anfang April zu verzeichnen. Eine Anzahl Bauunternehmer, die die Fortsetzung betreffend der Stunden am Sonabend im Jahre 1904 bewilligt hatte, hielt ihr Versprechen nicht, sondern zwang die Gesellen, da dies die „großen“ Meister auch taten, wieder bis 6 Uhr zu arbeiten. Der Vorstand hat sich hierauf veranlaßt, einzugreifen: er entließ die zwei seiner Mitglieder zwecks persönlicher Unterhandlung mit den Unternehmern, wodurch der Erfolg erzielt wurde, daß diese auch die halbe Stunde am Sonabend wieder freigaben. Nach diesem ersten Erfolge wurde sich der Vorstand, im Einverständnis mit einigen älteren erfahrenen Kollegen, dahin einig, Bauplänen wegen Differenzen möglichst zu vermeiden, sondern in erster Linie die Organisation zu stärken. Doch es kam anders. Ein junger neugieriger Meister besaß die Dreistigkeit, unseren Kollegen die Stunden, die am Sonabend der Pfingsten früher Feierabend gemacht wurden, langsam abzugeben. Empört über diese Frechheit mußten wir zur Baupläne greifen. Leider hatten wir aber damit nicht den gewünschten Erfolg. Der junge Meister hat einen reichen Vater und auf dessen Gebührenden, fragte er wenig danach, ob er an den Bauten etwas verdienen. So konnten wir nur erreichen, daß der Meister acht Wochen keine Maurer bekam. Doch mit der Zeit fanden sich auch hier solche Elemente, die wegen Faulheit und Unfähigkeit von anderen Unternehmern entlassen waren. Einen Unternehmern Gewinn hat der Meister von diesen Elementen sicher nicht gehabt. Die Sperre wurde am 9. Dezember zusammen mit der Pfingsten aufgehoben. Als dann im Juli die Kollegen in Hamburg ohne besondere Schwierigkeiten den Stundenlohn von 70 auf 75 1/2 erhöht hatten, kam auch hier wieder Bewegung unter die Kollegen, um die Erhöhung des Stundenlohnes von 70 auf 75 1/2 durchzuführen. Einzelne Kollegen gingen darauf auf verschiedenen Bauten bei kleinen Unternehmern selbstständig vor, ohne den Vorstand davon in Kenntnis zu setzen und verlangten 75 1/2. Von einigen Unternehmern wurde die Forderung sofort bewilligt, bei anderen wieder nicht, bei diesen wurde aufgehört, andere fingen wieder an. Es entbanden dadurch Streitigkeiten, die dadurch beseitigt wurden, daß eine Mitgliederversammlung beschloß: „Im Anbetracht, daß die Maurer im „Vier-Stückelbund“ jetzt einen Lohn von 75 1/2 erhalten und Hamburg mit zu dem „Vier-Stückelbund“ gehört, beschließt die Versammlung, von jetzt an 75 1/2 Stundenlohn zu fordern und bei den Unternehmern zuerst zu fordern und zu erlangen.“ Bei den Unternehmern erhielten wir die geforderten 75 1/2, und bei den Meistern mußten wir die Durchführung der Forderung auf die geeignete Zeit verschieben. Am 25. Oktober fand eine Gesellenversammlung statt, in der wir zum ersten Male nach der Aussprechung von 1902 wieder unsere Kandidaten mit 198 gegen 72 Stimmen durchwählten, die auf die gegnerischen Kandidaten fielen. Die Meister hatten alles aufgeboten, um ihre lieben „Arbeitswilligen“ durchzuführen, aber diesmal waren wir die Schläger, indem wir früh genug die Vorbereitung dazu getroffen hatten. Anfangs November kam es öfters vor, daß bei den größten Meistern und auch bei dem Obermeister Herr Prie. unsere Baulegitimation schiantet wurden, indem man sie von einem Bau nach dem anderen schickte. Darauf beschloß eine Mitgliederversammlung, die Meister Prie folgende Forderungen einzulegen: 1. Anerkennung und volle Freiheit der Baulegitimation, während der Arbeitspausen zu agieren. 2. Stundenlohn 75 1/2. 3. An den Sonntagen ist, wenn bis 6 Uhr gearbeitet wird, eine halbe Stunde früher Feierabend; die halbe Stunde ist mitzugeben. Meister Prie erklärte, die Forderung allein nicht bewilligen zu können, wir müßten sie bei der Sitzung einbringen, was denn auch geschah. Die Sperre wurde dann über das Erlernen der Baulegitimation nur allein verhängt. Es arbeiteten am 18. November 132 Kollegen bei Prie; davon hörten 103 Verhandlungen auf, 8 Verhandlungslogen und 26 Inorganisierte blieben. Im Anfang der dritten Woche wurden Verhandlungen vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts eingeleitet, und acht Tage später kam eine Einigung zu stande, indem wir den ersten Punkt fallen ließen; die zwei anderen Punkte wurden glatt bewilligt. Man kann ja aber das Fallenlassen des ersten Punktes der Forderung geistlicher Meinung sein; doch wir sagten uns, das können wir auch ohne schriftliche Befestigung durchführen, wenn wir stark sind. Auch wollten wir nicht gern so weit in den Winter hineinstreifen. Eine Bautenkontrolle, die am 24. Juni aufgenommen wurde, ergab folgendes Resultat: Bauten bzw. Baustellen waren 46 vorhanden, dabei waren beschäftigt 26 Poliere, davon organisiert 7, 334 Gesellen, davon organisiert 27, unorganisiert 97, 158 Bauarbeiter und 41 Lehrlinge. In Hamburg und Wilhelmshafen arbeiten 57.

Sörbe. Am 17. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Rahl

über das Thema: „Verschiedene Revolutionen“ referierte. Redner führte aus, daß man im allgemeinen unter Revolutionen nur immer die politischen Revolutionen versteht, es gebe aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete fortwährend Revolutionen. So zum Beispiel die Gründung der Dampfmaschine, die ganz bedeutende Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiete herbeiführte. Auch die Gewerkschaftsbewegung sei eine Art Revolution und habe schon bedeutende Veränderungen in Lohnhöhe und Arbeitszeit gebracht. Die Kollegen müßten nur fortfahren, die Köpfe der indifferenten Kollegen zu revolutionieren, damit wir ständig vorwärts schreiten. Der Vortrag wurde recht beifällig aufgenommen. Sodann erstattete Kollege Frank den Bericht vom Gewerkschaftskartell. In der Bericht sollte sich eine kurze Diskussion. Zum Punkt 3: „Zusatzfrage“, teilt der Vorsitzende, Kollege Witter, mit, daß dem Vereinsvorsitzenden das Kartell zum 1. März gekündigt ist. Es sei daher notwendig, das Vereinskartell zu verlegen, da an ein Verbleiben im jetzigen Vereinskartell nicht zu denken sei. Der Besizer des Kartells, ein alter Zinnungsmeister, wollte die rote Gesellschaft in seinem Hause nicht haben. Er habe auch versucht, einen Arbeiter, der am 14. Januar Wahlrechtsblätter verteilt haben sollte, aus der Arbeit zu bringen. Aber auch die übrigen Gesellen, die zu den Demonstrationsversammlungen ihre Sätze nicht festgegeben haben (der Bürgermeister Herr von Sörbe hat sich ihnen die Sätze für Monat Januar abgemietet), um die Demonstrationsversammlung zu vereiteln, könnten nicht in Betracht kommen. Der einzige Wirt, der den Arbeitern kein Lokal bei der Wahlrechtsbewegung zur Verfügung gestellt habe, sei der Wirt Heinrich Moemann in der Bahnhofstraße, („Westfälischer Hof“) und es sei Pflicht der organisierten Arbeiter, diesen nun auch zu unterstützen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, vom 1. März ab die Mitglieder- und Kartellversammlungen im „Westfälischen Hof“ abzuhalten, und dies Lokal ist von da ab unser Vereinslokal. Unser jetziger Vereinswirt A. Moemann scheidet ebenfalls nach dem „Westfälischen Hof“ über. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde Klage geführt über den Unternehmern von Rieg, weil er einigen Kollegen den tarifmäßigen Lohn nicht ausbezahlt hat. Es soll dafür gefordert werden, daß der Unternehmer in Zukunft den Betrag respektiert. Nachdem noch einige Kollegen für den Arbeiter-Gewerbeverein und den Arbeiter-Tarverein Propaganda gemacht hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Konstanz. Am 10. Februar d. J. hielt der hiesige Zweigverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung durch den Vorsitzenden berichtete Kollege Nied über die Tätigkeit des Vereins im verflossenen Jahr. Er führte ungefähr aus, daß es im Frühjahr 1905 durch die Anstrengungen des Kollegen Holz gelungen sei, einige gute Versammlungen herbeizuführen, leider sei es aber diesem Kollegen nicht möglich gewesen, noch länger in Konstanz zu bleiben und somit sei es auch mit der Schaffensfreudigkeit für den Verband vorbei gewesen. Als nächster Vortragender wurde Kollege Dösch gewählt, auf dessen Tätigkeit man am besten gar nicht eingeht, um dem Verbande seinen Etaben zuzufügen. Einige Monate später, als die Kollegen davon überzeugt gewesen seien, daß der Kollege Dösch alles sei, nur kein organisierter Arbeiter, hätten sie sich auch demogen gefügt, einen anderen Mann als Vorsitzenden zu wählen. Es ging nun der Kollege Joh. Stauch, Gipper, aus der Wahl hervor, der sich dann auch tatsächlich, unter Mitwirkung der übrigen Vorstandsmitglieder, alle Mühe gab, den Zweigverein wieder auf eine höhere Stufe zu bringen. Es sei ihm auch gelungen, dem Verbande, trotzdem es schon Herbst gewesen sei, noch mehr Mitglieder zuzuführen. Sauspächlich hätte er, Redner, sein Augenmerk auch darauf gerichtet, daß die Mitglieder mit ihren Beiträgen auf dem laufenden seien. Hierin sei es denn auch gegen früher bedeutend besser geworden. Nun kam der Redner auf die Organisation im großen und ganzen zu sprechen, um den Anwesenden zu zeigen, daß es nicht bloß notwendig sei, sich im Verbande zusammenzuschließen, sondern daß es sogar Pflicht eines jeden redendenden Arbeiters sei, sich zu organisieren, wenn er nicht Verräter an der gerechten Sache der Arbeiter werden wolle, und somit für sich selbst und für seine Nachkommen zum allergrößten Schaden sei. Des weiteren wurde auf die Leistungen des Verbandes den Kollegen gegenüber hingewiesen, um zuletzt auf die Beitragszahlung zurückzukommen. In diesem Punkt, meinte der Redner, sei es ganz gefehlt, wenn die Bauarbeiter immer noch meinen, der wöchentliche Beitrag sei zu hoch; er, Redner, sei gerade der gegenteiligen Ansicht und möchte nochmals betonen, daß ein einziger Stundenlohn in der Woche für den Verband doch eine ganz minimale Leistung der Kollegen sei gegenüber dem, was der Verband den Mitgliedern biete, denn es, sollte doch jeder Arbeiter heutzutage eingeplant sein, daß zum Kriegsführen in erster Linie die Mittel nicht fehlen dürfen; und ohne Kampf gehe es jetzt eben nicht mehr ab, wenn die Arbeiterschaft was erreichen wolle. Das sei früher noch besser gegangen als die einzelnen Branchen es sozusagen mit ihren eigenen Unternehmern zu tun hatten; heutzutage hätte man es aber mit dem ganzen Arbeitgeberbund zu tun. Die besten Beweise hierfür hätte die Arbeiterschaft von Konstanz ganz klar und deutlich in den letzten Tagen anläßlich des gegenwärtigen Glaserstreiks erhalten, als das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen wurde und der Schiedsspruch von dieser Verhandlung von den Arbeitern anerkannt, dagegen von den Unternehmern rundweg abgelehnt worden sei. Des weiteren hatte er es für seine Pflicht, den Kollegen mitzuteilen, daß heute, Sonntag Abend, den 10. Februar, sämtliche Glaseraner und Zimmerleute ausgepörrt worden seien; und gerade in diesem kritischen Moment müßte er, sämtlichen Maurern und Gipsern zurufen: Organisiert Euch, so lange es noch Zeit ist, denn es konnte vielleicht in nächster Zeit zu spät sein. Zum Schluß forderte der Redner, die Anwesenden auf, so viel als in ihren Kräften stehe, für den Verband der Maurer zu agitieren und sich auch der politischen Organisation, dem sozialdemokratischen Verein anzuschließen und für größtmögliche Verbreitung der Arbeiterpresse zu sorgen. Sodann wurden einige Maßnahmen gemacht und nachher zur Diskussion übergegangen, von der letzteren Gebrauch gemacht wurde: Sämtliche Redner bestätigten, daß nun auch in Konstanz fest ans Werk gegangen werden müsse, und um ganze Arbeit zu machen. Alsdann wurde zur Wahl der Vorstandsmitglieder geschritten. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender Georg Verlich und als erster Kassierer Anselm Traub. Ferner wurde noch beschlossen, daß unsere Mitglieder- und Kartellversammlungen jeweils alle 14 Tage und zwar Dienstag Abend 8 Uhr (je nach der Jahreszeit) im Gasthaus „Zur Gebel“ stattfinden. Eine Sammlung für die Pfingsten Glaser ergab M. 7,60. Unter nochmaliger Mahnung an die Anwesenden, es möchte

jeder sein mögliches tun, damit es auch einmal bei uns hier in Rostock um die Arbeiterfrage besser werde, wurde die Veranstaltung geschlossen.

Rothem (Unterfranken). In unserer Gegend, an der Rhön, wohnen viele Mauer, die im Sommer zum Teil im Maingau und auch in Rheinland und Westfalen arbeiten und dort Mitglieder des Zentralverbandes der Mauer Deutschlands werden. Sind sie im Winter zu Hause, so sind unsere Kollegen von der Organisation vollständig getrennt. Einzelne lassen sich zwar von ihren Zweigvereinen den „Grundstein“ während des Winters zuwenden, aber die Mehrzahl der Kollegen unterläßt es, wohl zum Teil deshalb, um nicht wegen dieser Zeitung Kenntnis haben, sonst werden solche Sünder von der Kasse herab bekannt gegeben. Seit einigen Wochen wurde von unseren Kollegen der Gedanke ventiliert, einmal eine Versammlung zu veranstalten und dazu einen Kollegen als Referenten zu bestellen. Wir wählten uns an den Standort und vereinbarten für den 14. Februar (einen Feiertag) eine Versammlung, wozu das Lokal festgesetzt wurde. Kollege Mittel aus Nürnberg war als Referent zugezogen worden. Auch hatten sich die Kollegen aus der ganzen Umgebung für die Versammlung vorbereitet. Schlichtparteiern nach Rothem (es lag kühlerer Schnee) wurden vereinbart, und die Versammlung versprach sehr interessant zu werden. Aber in letzter Stunde sollte es anders kommen; die drei Grazien des Ortes Gendarm, Bürgermeister und Pfarrer suchten der Versammlung des Lokals glauben zu machen, daß sie, wenn sie den Nürnbergern in ihrem Lokal sprechen lasse, bestraft werde, und kein Mensch vom ganzen Dorfe werde ihre Wirtschaft mehr betreten. Als nun die Wirte somit bestraft war und dem Anstehen stattgab, wurden sofort nach allen Orten Boten geschickt, um zu verhindern, daß die Versammlung nicht stattfinden könne. Der ganze Vorgang spielte sich ab, während der Einberufung der Versammlung den Referenten von der zwei Stunden entfernt liegenden Bahnstation abholte. Auch dorthin hatte man einen Boten geschickt und sagen lassen, der Nürnberg soll sich den schlechten Weg über die Berge ersparen, die Versammlung könne nicht stattfinden, was uns aber von unserem Vorhaben nicht abhalten konnte. In Rothem angelangt, kam auch sofort der Gendarm angewandt, die Wirte nochmals um die Gefahr aufmerksamer zu machen und betonen, daß sich der Feind bereits unter ihrem Dache befindet. Von der Frau wurde nun unser Kollege Mittel erklärt, daß die Versammlung nicht stattfinden könne, da sie sonst bestraft werde und kein Ortsbewohner mehr in ihrer Wirtschaft verkehre. In das Gespräch dieser beiden mischte sich dann auch der Gendarm, immer seine warnende Stimme erhebend, ein, wobei ihm vom Kollegen Mittel gesagt wurde, was seines Amtes sei. In dieser Stelle fiel auch an unsere heilige Hermannab die Frage gerichtet, ob man auch bei den verschiedenen Vereinen an Orte, die während der Festungszeit Lohse verkaufen, die warnende Stimme erheben darf. Wenn ja, so hat diese Warnung nichts genützt; denn nicht nur in öffentlichen Wirtschaften werden an Fremde Lohse verkauft, sondern sogar auch von der Straße, was gesetzlich verboten ist. Oder sollte in dieser entlegenen Gegend auch der Grundbaß gelten: Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe? Alle Belehrungen unserer Kollegen nützen aber nichts, die Frau blieb uns gegenüber wortbrüchig. Wir wurden uns dann einig, uns an einigen Tischen in der Wirtschaft zu plazieren und uns gegenseitig über Organisationsfragen zu unterhalten, wobei derselbe Zweck erreicht werden könne. Aber auch dieses wurde dadurch unmöglich, daß um die Zeit zu der die Versammlung ihren Anfang nehmen sollte, alle Wirtschaftskollegen voller Neugieriger waren. Von vielen Seiten konnte man bemerken, daß noch niemals so viele Menschen in der Gaststube waren. Unter diesen Umständen sagten wir uns, es müsse in der zweiten am Orte vorhandenen Wirtschaft Platz genügend vorhanden sein, auch ganz auf. Dort besprachen wir uns über alle einschlägigen Organisationsfragen und der gemachte Zweck war im großen und ganzen erreicht. Als die Bauern uns aber eine längere Zeit in der ersten Wirtschaft verweilten, wurde nachschauen nach uns gehalten, und als man uns gefunder hatte, kamen die Bauern etwa um 10 Uhr auch in die andere Wirtschaft, so daß beide Wirte an diesem Abend ganz gute Geschäfte machten. Auch der Bürgermeister war ebenso wie in der ersten Wirtschaft zugegen, die Bauern auffordernd, gegen uns Stideltreiben zu gebrauchen, mochten von allen Seiten ausgiebig Gebrauch gemacht wurde. Aber wir Mauer taten uns von diesen „Schideten“, die uns mit den gemeinsten Redensarten traktierten, nicht beirren. Hätten wir darauf geantwortet, so wären die Bauern womöglich handgreiflich geworden. Dort wäre es auch am Plage gewesen, wenn der Gendarm mit seiner warnenden Stimme erschienen wäre, um die Betrunkenen, die auf die Bank sprangen und Schläge austeilten wollten, in ihre Schranken zu verwahren. Die Versammlung haben die drei Herren durch ihre „warnende Stimme“ zwar unterbrochen, aber der Gedanke der Organisation besteht bei uns weiter. Die drei Grazien“ dürften daher wohl das Gegenteil von dem erreicht haben, was sie erreichen wollten. Allen unseren Kollegen in der Nähe rufen wir aber zu: organisiert Euch! Uns zum Ruh, und unseren Gegnern zum Trug!

Neumünster. Am 1. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine fällige Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde vom Kollegen Wierend die Jahresabrechnung unserer Unterstützungsstelle verlesen. Die Einnahme betrug 400,75, die Ausgabe 303,10, Bestand 87,65; auf der Sparteille belegt sind 885,29. Weiter wurde die Unterstützung bei Krankheitsfällen von der dritten Woche ab 20 Wochen gewährt. Dieser Passus wurde laut Beschluß der letzten Versammlung dahin geändert, daß von jetzt ab die Krankenunterstützung von der zweiten Woche ab bis zur völligen Genesung gewährt wird. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege W. Muff als erster Vorsteher wiedergewählt. Als Kassierer wurden die Kollegen Ch. Woll und B. Bornhorst wiedergewählt. Zum Kassierer unserer Unterstützungsstelle wurde Kollege G. Wierend wiedergewählt. Unser bisheriges Vereinslokal, „Elphium“, wurde beibehalten. Hierauf erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Pliezhausen. Schon längere Zeit beschäftigt sich die hiesige Zweigvereinsleitung damit, den Organisationsgehalt nicht nur in Pliezhausen, sondern in der ganzen Umgebung zu verbreiten; so kamen bei der Agitation auch die Orte Kirchentellinsfurt, Kufferdingen, Pfondorf und Mittelfeld an die Reihe. Zum 28. Januar wurden auch Versammlungen in Pfondorf

und Kirchentellinsfurt anberaumt. 17 Kollegen von Pliezhausen hatten sich, mit unserem Vorsteherenden Stolle an der Spitze, dorthin gegeben, um die Vorbereitungen für den Verband zu berichten. Aber die Wähe war vergebens. In Pfondorf kam niemand zur Versammlung. Die Agitationskolonne begab sich nur nach Kirchentellinsfurt, wo es denn auch möglich war, eine Anzahl Mauer zusammenzubringen; die von Stolle dann noch in halbstündiger Rede über den Wert der Organisation belehrt wurden. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen, was uns veranlaßte, zum 11. Februar durch Annonce im „Generalanzeiger“ und mittels Handzettel und Plakate nochmals eine Versammlung in Kirchentellinsfurt einzuberufen, die denn auch ziemlich gut besucht war. Kollege Wailer aus Stuttgart war als Referent anwesend. Seine trefflichen Ausführungen wurden mit stürmlichem Beifall aufgenommen. An das Referat knüpfte sich eine rege Diskussion, in der hauptsächlich über den Bauarbeiterlohn, der in Neutlingen und Tübingen, die in Betracht kommen, arg vernachlässigt ist, gesprochen wurde. Kollege Wailer verhandelte es auch hier, den Kollegen in zufriedenstellender Weise Aufklärung zu geben. Auch für diese Ausführungen erntete er großen Beifall. Nach längerer Debatte erklärten sich auch elf Kollegen bereit, dem Verbande beizutreten. Davon sind neun aus Kirchentellinsfurt, einer aus Kufferdingen und einer aus Mittelfeld. Vor Pfondorf war wieder niemand erschienen. Es wurde hierauf ein Vertrauensmann von Kirchentellinsfurt gewählt. Alle eingetragenen Kollegen besprachen, träftig für die Organisation einzutreten, damit speziell in Neutlingen in nächster Zeit eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden könne. Hoffen wir, daß es auch im nächsten Quartal bald besser werde. Hoch der Zentralverband der Mauer Deutschlands!

Potsdam. Die am 6. Februar abgehaltene monatliche Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins verlief im Gegensatz zu der vorigen, wieder ruhiger und sachlicher. Der freie und vordaristrebende Geist, der von den modernen und zielbewußten Arbeiterbewegung ausgeht, wird auch hier wieder die Bahn frei machen, auf der der lange Arbeitszug mit den Aufgaben des Verbandes seinem leuchtenden Ziele zueilt. Bei der wachsenden Größe und Bedeutung unseres Zweigvereins für das ganze Baugewerbe des Potsdamer Bezirkes hat unsere Organisation als die stärkste am Orte aber nicht bloß die Verbandsaufgaben zu erfüllen, sondern ihr erwachsen naturgemäß auch immer größere allgemeine Pflichten. In gewerkschaftlicher Hinsicht wie in politischer Hinsicht ist sie hier gewissermaßen ausschlaggebend. Darum ist es nur zu begreifen, daß der jahrelange innere Reiz des Zweigvereins im allgemeinen Interesse beseitigt ist. Schwer genug ist ja dem größten Teil der hiesigen Mitglieder der prinzipiell wichtige Beschluß auf Aufhebung des bisherigen Affordverbotes für Potsdam geworden. Und die vom Verbandsausschuß auf erhobene Beschwerde beschlossene Wiedereinführung der insolge Uebertretung des Affordverbotes ausgeschlossenen 14 Kollegen in ihre alten Rechte (nach Zahlung der rückständigen Beiträge) hat durchaus nicht die Zustimmung der Versammlungsmehrheit gefunden. Vielmehr gelangte nach längerer Diskussion über den Beschluß des Verbandsausschusses die folgende Resolution des Kollegen Kunow zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Beschluß des Ausschusses nicht einverstanden. Denn der Beschluß ist geeignet, die fundamentalen Grundsätze des Verbandes zu gefährden und jede ihn fördernde Agitation lahmzulegen.“ Um so mehr haben nun die affordpudenden Kollegen die Pflicht, alles zu vermeiden, was die schädigenden Begleiterscheinungen der Affordarbeit vermehren könnte, und alles zu tun, was geeignet ist, ihnen das allgemeine Vertrauen der Kollegenchaft wieder zu erlangen. Wenn man mag die Sache drehen und wenden, wie man will: das Affordlohnssystem, wenigstens in der heutigen und allgemein üblichen Form, ist und bleibt eine rückständige Lohnform, die im Grunde genommen wieder dem Interesse des einzelnen Kollegen, noch dem der Gesamtkollegenchaft dient. Und je eher diese echt kapitalistische Ausbeuterform des Einzelnen zum Schaden der Gesamtheit verdrängt, desto eher wird sich das allgemeine Arbeitsverhältnis bessern. Desto mehr wird sich auch die Kollegialität heben, und desto mehr werden schließlich die Verbandsmitglieder in ihrer Solidarität gegenüber dem Unternehmertum gestärkt werden. Wäge deshalb die Affordarbeit trotz aller ihrer augenblicklichen Freunde bald zu den „vorübergehenden Erscheinungen“ gehören. Der vom Vorsteher, Kollegen Richardt, gegebene Jahresbericht wirt hierauf um so erfreulicher, als fast überall nur Gutes berichtet wird. Die hier- und da notwendig gewordenen Rügen werden hoffentlich dazu dienen, die in Betracht kommenden Kollegen immer mehr zu tüchtigen Verbandsmitgliedern und überzeugten Klassenkämpfern zu erziehen. Datum war es sehr angebracht, daß der Vorsteher auf die unterlassene Pflichterfüllung eines nicht unbedeutenden Teiles der Kollegen bei den letzten Stadtverordnetenwahlen hinwies. Das muß in Zukunft unbedingt besser werden. Ebenso ist es notwendig, daß die hiesige Arbeiterchaft im Interesse der politischen Aufklärung die Parteipresse mehr als bisher unterstützt. Wer die gemäßigtere Zeitung abonniert, versteht sich in doppelter Weise an der Arbeiterklasse: einmal schädigt er die Parteipresse als Trägerin der Kulturaufgaben des Proletariats, und zum anderen liefert er seinen ärgsten Feinden die materiellen Mittel zu seiner eigenen Befämpfung. Und wie sich jedes Verbandsmitglied dafür bedanken würde, etwa aus einem Organ der „Gefährdungen“ oder der „Christlichen“ seine gewerkschaftliche Informierung zu schöpfen, so muß sich auch jedes Klassenbewußte Verbandsmitglied seine politische Information, sozialistische Belehrung und Unterhaltung, nur aus der Arbeiterzeitung holen.

Aus dem Jahresbericht seien folgende Angaben wieder gegeben: Die Mitgliederzahl betrug im August 560, darunter 2 Ausländer. Neu eingetretten sind im Jahre 1905 151. Es sind ein Mitglied. Vom Militär eingezogen wurden 8, ausgeschloffen 18 Kollegen. — Im Bereich des Zweigvereins Potsdam, der 22 Ortsgruppen umfaßt, befinden sich 20 Unternehmer. Diese jähren zur Zeit der besten Kon-

junktur 22 Neubauten, 9 Um- und Ausbauten aus. An 88 Stellen wurde Scharloer ausgeführt. Die Bauqualität ist anhaltend gut. Der Durchschnittslohn betrug 61,19 pro Stunde. Es fanden 18 Mitgliederberatungen in Potsdam, 2 in Vornstedt statt, außerdem 3 Bauhandwerkersversammlungen der isolierten Verbände. In einer Versammlung wurde von dem Referenten ein politischer Vortrag gehalten. Die Agitation ist in jeder Beziehung reger. Die Bautenkontrolle, die viele Mängel aufdeckte, wurde mehrmals ausgeführt. Zur Erledigung der Vereinsgeschäfte usw. fanden 27 Vorstandssitzungen sowie 4 erweiterte Sitzungen statt. Die diversen Konflikte mit den Unternehmern führten in 2 Fällen Baupausen herbei. Die Bauarbeiterbestimmungen werden nur teilweise eingehalten; die Baupolizei ist hier ziemlich nachlässig. Bemerkenswert ist hierbei, daß die eintretenden Baupausen sofort zu melden sind. Ebenso sei noch angeführt, daß 168 Mitglieder auch politisch organisiert sind. Aus dem Ortsgruppenbericht interessieren wohl die folgenden Punkte: Für einen Kranken Kollegen wurden 70 beigesteuert; die Bergarbeiter erhielten 800, die Opfer der russischen Freiheitsbewegung 200, die Zigarettenarbeiterinnen 100. Für gemagrezelte Kollegen wurden 26,30 beigesteuert. In besonderen Notfällen wurden zusammen 115 zur Verfügung gestellt: reisende Mitglieder erhielten 18,70. Für Drucksachen, Anzeigen, Porto usw. wurden 66,45 verausgabt. An das Verbandskassierat wurden 76,46 abgeführt. Der Kassenbestand der Lokalfälle betrug am Schluß des Jahres 1905 889,83. Die Passenverhältnisse sind gute. Die fälligen Verbandswahlen wurden vertagt, da die Versammlung beschloß, eine Verschmelzung des Zweigvereins Potsdam mit dem Zweigverein Nowa-Wees herbeizuführen. Dadurch würden die beiden Zweigvereine, die als Markern wirtschaftlich bereits zusammengehören, ihre Leistungsfähigkeit in jeder Beziehung erhöhen und eine tatkräftige Einheit bilden, die auf dem Gebiete des Tarifwesens nur zum Vorteil des Verbandes wirken könnte. Es ist also zu erwarten, daß sich auch die Kollegen in Nowa-Wees zukünftig auf diesem Wege äußern. Die örtlichen Beschlüsse des hiesigen Zweigvereins (abgesehen von der Affordarbeit) bestehen bestehen. Diese betreffen: 1. die Stellung einer Deputation beim Ende eines Verbandsmitgliedes; 2. die Taktkontrolle zwecks Aufstellung einer Versammlungsbeschlüsse; 3. die Verschmelzungskommission zur Schlichtung entstandener Meinungen oder Zweifeln; 4. die Entscheidung der Sitzungen des Vorstandes und des Kassierates (50 A pro Sitzung); 5. die Entschädigung des Ortskassierers, der vierteljährlich 20 erhält, ferner für die Fertigmachung der Jahresrechnung den Arbeitslohn für einen Tag. Ebenso erhält jetzt auch der Vorsteher eine vierteljährliche Entschädigung von 20. Dieser Beschluß hat rückwirkende Kraft. Als Delegierte zu der in Berlin einmündig stattfindenden Konferenz wurden die Kollegen Richardt und Kunow bestimmt. Zum Schluß der interessanten Versammlung wurde noch die Abhaltung eines Winterbergnisses im „Victoriagarten“ beschlossen. Schließlich noch ein Hinweis für die Kollegen auf die Wahlvereinsbibliothek, die auch allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unentgeltlich zur Verfügung steht.

Sommerfeld. In der am 6. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung kam in erster Linie die Lohnfrage zur Beratung. Die Unternehmer hatten einen Penny bewilligt, während wir 5 Lohnzulage fordern. Die heutige Versammlung faßte den Beschluß, diesen einen Penny nicht anzunehmen, sondern die eingeworfene Forderung aufrecht zu halten und abzuwarten, wie sich in diesem Jahre die Lohnsagittur gestalten wird. Hierauf wurde über die Arbeitsordnung, die auf einem hiesigen Baupause ausging, und die in nächster Zeit in Kraft treten soll, diskutiert. In dieser „Ordnung“ sind verschiedene Punkte enthalten, die zu unserem Vertrag nicht passen. Da nun jeder Kollege diese Ordnung eigenhändig unterschreiben soll, faßte die heutige Mitgliederversammlung den Beschluß, die Arbeitsordnung vorläufig abzulehnen, da unsere alten Verträge noch bis zum 1. April ihre Gültigkeit haben. Im dritten Punkte der Tagesordnung kam die Hausagitation zur Sprache. Da in unserem Bezirk noch etliche Kollegen vorhanden sind, die der Organisation noch fern stehen, und die elf und zwölf Stunden pro Tag arbeiten, so wurde vom Vorstand der Vorschlag gemacht, an den nächsten Sonntagen Hausagitation vorzunehmen. Der Vorschlag wurde angenommen, und etliche Kollegen meldeten sich freiwillig zu dieser Organisationsarbeit. Dann verlas der Kassierer die Jahresabrechnung. Die Lokalfälle hatten eine Einnahme infolge des alten Bestandes von 688,02; die Ausgabe betrug 889,80, mithin beträgt der jetzige Bestand der Lokalfälle 284,12; der Kassierer wurde entlastet. Zum Schluß ermahnte der Vorsteher die Kollegen, in diesem Jahre, wo wir die Lohnidifferenzen haben, immer recht zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen.

Stolz. Am 8. Februar hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst verlas der Kassierer die Jahresabrechnung, woraus sich ergab, daß der Zweigverein im vorigen Jahre um 16 neue Mitglieder zugenommen hat. Dann übergab der bisherige Vorsteher den Vorsitz an den Kollegen Scheil. Dieser ermahnte die Kollegen zu festem Zusammenhalten, damit der Zweigverein weiter vorwärts schreite. Hierauf wurde von einigen Kollegen über die Aufstellung des „Grundsteins“ gelaßt, was aber die Kolportage mit der Bemerkung zurückwies, daß die Kollegen ihren Wohnortwechsel dem Kassierer nicht gemeldet hätten. Sodann wurde angefragt, wie die Kollegen in diesem Jahre über ihre Lohnverhältnisse denken. Da aber noch über 40 Kollegen in Stolz dem Verbande fernstehen, wurde beschlossen, diese erst zu uns heranzuziehen und Hausagitation zu betreiben. Zu diesem Zwecke wurden vier Kollegen gewählt. Dann wurde beschlossen, in Stolz einen Kolporteur zu gründen. Ferner wurde von mehreren Kollegen das Verlassen der Unternehmer getadelt. Es wurde gerügt, daß sie den Vertrag nicht innehalten betreffs der Bauten und der Defen in denselben. Wegen dieser Sache soll die Kommission vorstellig werden. Auch wurde beschlossen, daß die Verbandsbücher bei Versammlungen abgeheftet werden. Wer mehr als zweimal fehlt, soll zur Buße gezogen werden. Da weiter nichts vorlag, schloß der Vorsteher mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband die Versammlung.

Straßburg. In der am 17. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, vom 1. März an einen Zuschlagsbeitrag von 5 A pro Woche zu erheben und eine Einheitskarte zum Preise von 45 A einzuführen. Der Zuschlagsbeitrag von 5 A pro Woche ist für die Erhaltung des Gewerkschaftshauses bestimmt und von jedem Mitgliede zu zahlen, wofür es eine Mitgliedskarte zum Gewerkschaftshaus ausgestellt bekommt. Der Kassierer wird auf Verlangen weitere Aufklärung in dieser Angelegenheit geben.

Werden i. Rheint. In unserem Bericht ist ein Fehler unterlaufen, indem von den Unternehmern Mademacher und Otterbein behauptet wird, sie zahlten einen Lohn von 40 bis 50 A. Die Herren denken gar nicht daran. Der Lohn beträgt 40 bis 45 A pro Stunde.

Wiesbaden. Am 14. Februar wurde die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins abgehalten, die sehr gut besucht war. Kollege Schmidt erklärte den Jahres- und Jahresbericht, der in seinen Hauptteilen bereits in Nr. 5 des „Grundstein“ veröffentlicht ist. Die vorstehenden Kollegen wurden durch Erheben von den Seiten geehrt. Auf Antrag der Revision wurde dem Kassierer einmündig Decharge erteilt. Hierauf kam ein Antrag der Zweigvereinsleitung zur Verhandlung, der lautet: Der dritte Zuschlagsbeitrag ist von 5 A auf 10 A zu erhöhen und vom 1. März ab sind 80 A Wochenbeitrag zu erheben. Dieser Antrag wurde nach längerer sachlicher Diskussion abgelehnt, dagegen mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen, den Zuschlag von 5 A beizubehalten und, da vom 1. März ab ein Stundenlohn von 48 A gezahlt wird, für Wiesbaden also eine höhere Beitragsklasse in Betracht kommt, einen Wochenbeitrag von 55 A zu erheben. Weiter wurde nach lebhafter Diskussion das Grundgesetz des angestrichelten Kollegen von M. 1500 auf M. 1600 auf die Dauer von zwei Jahren mit großer Mehrheit festgelegt. Bei der Auswahl des geschäftsführenden Ausschusses wurden folgende Kollegen gewählt: Als erster Vorsitzender Adam, dann in der Reihenfolge, als erster Kassierer Wils, Schmidt in Wiesbaden. Im zehnten Absatze Wils wurde noch gesagt, daß die verschiedenen Unternehmern die in Frankfurt gemeinsam festgesetzte Arbeitszeit nicht eingehalten würden. Kollege Schmidt wurde beauftragt, hierin die nötigen Schritte zu tun. Nachdem die Kollegen von dem Vorsitzenden aufgefordert worden waren, der Partei beizutreten und auf die „Vollstimmte“ zu abonnieren, wurde die Versammlung mit einem Schluß auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Wurzen. Am 4. Februar tagte im Restaurant „Schützenhaus“ eine öffentliche Maurerverammlung, in der Genosse Wüder einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Partei und Gewerkschaft“ hielt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Hoffmann den Jahresbericht sowie die Jahresabrechnung. Die Haupttabelle balanciert in der Einnahme und Ausgabe mit 8354.05. Die Einnahme weist eine Einnahme von 1906.77 auf, der eine Ausgabe von 1890.12 gegenübersteht; mithin verbleibt ein Restbestand von 1086.25, wovon 1047.12 auf der Sparkasse angelegt sind. Auf Antrag der Revision wurde dem Treuhandmann einmündig Decharge erteilt. Versammlungen haben fünf stattgefunden, sowie sieben Sitzungen der Revision. Mitglieder waren am Jahresschlusse 195 verzeichnet. Zuletzt wurden die sich nötig machenden Wahlen vorgenommen. Weiter wurde Kollege Hoffmann einmündig als Delegierter zur Gaunkonferenz nach Altenburg gewählt.

Der gewerbliche Arbeitsvertrag und die Bauunternehmer des Industriegebietes.

Au diesem Kapitel wird uns O. R. geschrieben: Als im August des vorigen Jahres zwischen den Unternehmern und Arbeitern des Baugewerbes der jetzt bestehende Vertrag geschlossen wurde, gaben sich die Arbeiter des Baugewerbes im allgemeinen der Hoffnung hin, daß namentlich ein dauernder Friede geschaffen sei, indem ja auch die Unternehmer den Vertrag wohl einhalten würden. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Ich will ohne weiteres zugeben, daß sich ein Teil der Unternehmer einigermaßen an die Vertragsbestimmungen hält, für einen großen Teil der Unternehmer ist jedoch der Vertrag nur dann vorhanden, wenn es sich um Pflichten der Arbeiter handelt. So nimmt der Unternehmer Viehl aus Eitel für sich das Recht in Anspruch, organisierte Arbeiter nicht einzustellen.

Der Unternehmer Macup in Weddinghausen-Gud hat schon des öfteren versucht, in vertragswidriger Weise besondere Lohnvereinbarungen zu treffen. Von diesem Unternehmer, der ein fähiger Gast des Gewerbegerichts ist, konnte ein Arbeitnehmersprecher des Gerichts in einer Verhandlung konstatieren, daß nur zwei Maurer bis dahin ihren vollen Lohn bei Lösung des Arbeitsverhältnisses von Macup erhalten haben; alle anderen mußten erst klagen. In Weddinghausen ist es sich angelegen sein läßt, die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst zu schikanieren, selbst unter Bruch des Vertrages. Wenn z. B. ein Arbeiter wenige Minuten zu spät zur Arbeit kommt, so muß er bis zur nächsten Pause, oft einen halben Tag, feiern. Fordert dann der so Behandelte seine Papiere, dann werden ihm 16.20 einbehalten, weil er angeblich ohne Kündigung die Arbeit verlassen habe! Das Gewerbegericht hatte sich schon öfter mit solchen Fällen befassen müssen. Der Unternehmer Senger in Bernau ist der Ansicht, daß der Bauhilfsarbeiter den vertraglichen Lohn nicht zu zahlen brauche, da die hier Beschäftigten keine wirklichen Bauhilfsarbeiter seien, sondern „hergekauft“es Volk“. Senger beschwerte mit, alle seine Kollegen täuschen ja. Und dieser Mann ist Vorsitzender der Schlichtungskommission!

Der Wert dieser in § 9 des Vertrages festgesetzten Schlichtungskommission ist überhaupt sehr fragwürdig. Der Unternehmer Gadow in Langendree, Vorsitzender des Arbeitgeberbundes, hat es bis heute nicht für notwendig gehalten, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Schlichtungskommission für Gattrop diese Kommission beauftragt Konstituierung zusammenzubringen. Ja, er hält es nicht einmal für nötig, auf erhobene Beschwerden zu antworten! Auf die erste von mir erhobene Beschwerde erhielt ich nach vier Wochen Antwort. Auf zwei am 18. und 20. Dezember v. J. erhobene Beschwerden bin ich

bis jetzt noch ohne Antwort! Diese Proben zeigen, wie von den Unternehmern der Vertrag „gefaßt“ wird.

Unterdessen macht sich seit einiger Zeit in Unternehmertreuen das Bestreben bemerkbar, die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis des Gewerbegerichts auszuhebeln und die Streitigkeiten vor den Schlichtungskommissionen zu erledigen. Das wäre allerdings das geeignete Mittel, die Arbeiter noch um das letzte bißchen Recht zu bringen.

Reider scheinen die Unternehmer damit Erfolg haben zu wollen. Hat doch das Gewerbegericht Ogen sich bereits in einem Falle als unzulänglich erklärt. Dagegen hat das Gewerbegericht Weddinghausen den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. Da das hier gefällte Urteil für die Allgemeinheit einiges Interesse haben dürfte, so sei der Fall hier mitgeteilt. Zwei Kollegen klagten vor obigem Gericht gegen den Unternehmer Viehl aus Eitel auf Zurückzahlung von je 15.50 A Lohnrückgehaltungen. Kläger hatten von dem ihnen durch § 7 des Vertrages gegebenen Rechte Gebrauch gemacht und innerhalb der ersten sechs Arbeitstage die Arbeit wieder niedergelegt. Beklagter beantragte Abweisung der Klage, weil Kläger nicht organisiert seien und weil daher der Vertrag für sie nicht in Frage käme. Wenn die Kläger jedoch organisiert seien, so sei das Gericht nicht zuständig, sondern die Streitigkeit gehöre nach § 9 des Vertrages vor die Schlichtungskommission. Er bestritt daher die Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Das Gericht erklärte sich jedoch für zuständig. Es nahm auch nach Versicherung des Vertreters der Kläger als erwiesen an, daß sie organisiert seien und verurteilte den Beklagten unter folgender Begründung:

„Nach dem Wortlaut des § 9 bezieht sich derselbe nur auf Streitigkeiten, die aus dem Vertrag selbst, und zwar zwischen den Kontrahenten der verschiedenen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen. Eine solche Streitigkeit liegt hier nicht vor. Hier handelt es sich vielmehr um die Entscheidung eines Rechtsstreites über die Leistungen aus dem bestehenden, zwischen den Parteien bestehenden kontrahierten Arbeitsverhältnis, und dazu ist ungewiss, ob das Gewerbegericht zuständig. Der § 9 des Vertrages hat auch keineswegs die Einsetzung von Kommissionen zur Lösung von Schiedssprüchen der Streitigkeiten bezweckt, sondern nur Kommissionen zur Schlichtung d. h. gültiger Beilegung von Streitigkeiten durch beiderseitiges Uebereinkommen vorgesehen. Dies ergibt sich nicht nur aus dem Wortlaut, sondern insbesondere auch aus der geraden Fassung der Mitglieder. nämlich acht. Bei dieser Zahl wäre die Entscheidung eines Rechtsstreites für den Fall unmöglich, wenn gleich viele Mitglieder für die eine oder andere Meinung stimmten.“

Den treffenden Gründen des Urteils wäre noch hinzuzufügen, daß selbst im Falle eines Mehrheitsurteils in der Schlichtungskommission diese ja nicht einmal die Macht hätte, dem Spruche auch Geltung zu verschaffen. Und wer unser Unternehmertum kennt, wird zugeben müssen, daß ein großer Teil davon auf derartige Schiedssprüche beruhen würde.

Aber auch noch etwas anderes kommt in Betracht. Unser Bestreben geht doch dahin, möglichst großen Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen, um die Bezeugung des Rechts zu Ungunsten der Arbeiter möglichst zu verhindern. Und hier wird uns zugemutet, die Hand dazu zu legen, eine für die Arbeiter günstige soziale Einrichtung, die Gewerbegerichte, zu beseitigen. Deshalb ist es notwendig, daß die Kollegen im Industriegebiet die Augen offen halten, und wenn sich diese Bestrebungen der Unternehmer auch ferner zeigen, muß mit aller Entschiedenheit dagegen vorgegangen werden. Sollte sich vielleicht wieder einmal ein Gewerbegericht auf den Standpunkt des Hageners stellen, so wird es notwendig sein, auf dem Beschwerdewege dagegen vorzugehen.

S. Wendler.

Zweifelslos werden auch in anderen Bezirken ähnliche Erfahrungen gemacht sein. Es wäre sehr wünschenswert, daß alle diese Schwierigkeiten, die die Unternehmer machen, alle Verhöre gegen die Vertragsbestimmungen der Öffentlichkeit unterbreitet würden. Wir bitten darum die Zweigvereinsvorstände, daß begründete Klagen zu diesem Kapitel haben. Diese der Redaktion einsenden.

Die Redaktion.

Ausland.

Der Verband der ungarischen Bauarbeiter

hießt vom 30. Januar bis 8. Februar in Budapest seine dritte Generalversammlung ab. Sie hat ein imposantes Bild: an 300 Delegierte waren anwesend; sie spiegeln den erfreulichen Aufschwung wieder, den der Verband genommen hat. Die Mitgliederzahl ist auf fast 15 000 angewachsen. Das vergangene Jahr brachte der jungen Organisation recht viele Kämpfe, außer der großen Ausperrung in Budapest eine Menge Lohnbewegungen im ganzen Lande. Fast überall sind die Arbeiter Sieger geblieben. In den ersten drei Tagen verhandelte die Generalversammlung über die notwendig gewordenen Änderungen im Statut. Aus den hierbei gefaßten Beschlüssen ist hervorzuheben, daß in Zukunft sowohl die Zentralleitung wie die örtlichen Organisationen ihre Gelder zweckdienlich in Grundstücken anlegen können. Die Motive zu diesem Beschlusse waren die Schwierigkeiten, die den örtlichen Sektionen in der Erlangung von Versammlungsräumen erwachsen. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den Verhandlungspunkt, der am vierten Tage zur Behandlung kam: auf die Unterstützungseinstellungen. Der Referent zu diesem Punkt führte u. a. aus:

„Die uns zur Verfügung stehenden 180 000 Kronen in einer Summe ausgedrückt, erscheinen wohl als großes Kapital, wenn wir aber daran denken, daß wir 20 000 Mitglieder Unterstützung zu bieten haben, werden wir auch bald sehen, daß auf ein Mitglied nur einige Kronen entfallen. Diese einige Kronen können keine Unterstützung genannt werden, höchstens ist es ein Almosen. Unser Verband will aber seinen Mitgliedern eine ernste Unterstützung zukommen. Das ist jedoch nicht nur wegen des ungenügenden Kapitals heute undurchführbar, sondern auch deshalb, weil vorher noch wichtigere Dinge erledigt werden

müssen, ehe wir auf das Unterstützungsgebiet übergehen können.“

Die ersten und wichtigsten Aufgaben unseres Verbandes sind: die Kollegen gegen die Übergriffe der Arbeitgeber zu schützen, die Arbeitsverhältnisse zu verbessern, den Kollegen Rechtsschutz zu bieten, sie geistig zu heben und die Organisation zu festigen. Zur Verwirklichung dieser Aufgaben ist notwendig, daß wir Bezirkssekretariate errichten, den Rechtsschutz im ganzen Lande organisieren. Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt durch die Arbeitsvermittlung regeln, die Bibliotheken ausbauen und die Vereinslokale modern einrichten. Nur nach der Verwirklichung dieser Aufgaben und des mehrjährigen unbedrungen Sammelns des Kapitals kann auch die Unterstützungsfrage an die Reihe kommen. Ein wichtiges Zubehör ist hierzu natürlich die Erhöhung des Beitrages. Die in den meisten Teilen des Landes herrschenden niedrigen Löhne lassen eine Beitrags-erhöhung nicht zu. Aber: die Lohnverhöhung hängt mit der Beitragsverhöhung, die Beitragsverhöhung mit der Unterstützungsfrage zusammen. Diese Reihenfolge muß eingehalten werden, wenn wir im Interesse der Zukunft unseren Verband auf sichere Grundlage legen wollen. Vor allem müssen also die Arbeitsverhältnisse geregelt werden; nur das muß den Verbandsmittellern vor Augen schweben. Und deshalb ist es wichtig, daß vor allem jene Pläne verabschiedet werden, die die Regelung der Arbeitsverhältnisse beschleunigen.

Außer diesem näheren Gesichtspunkt gibt es einen zweiten, der erfordert, daß wir die Lösung dieser Frage vorläufig zurückstellen sollen. Nach den Gesetzen der Wirtschaftsschere, hat jedes Gewerbe seine Blüte- und seine Niedergangszeit. Wie können wir feststellen, daß auf einige Jahre Aufschwung im Baugewerbe in der Regel wieder eine Stagnation im Baugewerbe folgt. Zur Zeit der Stagnation sind oft in der größten Arbeitslosigkeit Tausende unserer Kollegen arbeitslos. Und um diese Zeit sind im Heim des Bauarbeiters Not und Entbehrung ständige Gäste. Um diese Zeit ist die Hilfe am notwendigsten. Wenn auch gegenwärtig der Aufschwung bei uns nicht bedeutend ist, so ist es doch unbestreitbar, daß das Baugewerbe einen riesigen Aufschwung genommen hat und ein größerer Aufschwung noch bevorsteht. Die Zeit dieses Aufschwunges müssen wir ausnützen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse, was die Beitragsverhöhung nach sich zieht; diese Zeit muß auch zur Vermehrung des Verbandskapitals benutzt werden, so daß, wenn dann die unvermeidlichen bitteren Jahre des Niederganges für unser Gewerbe kommen, also dann, wenn die Notwendigkeit dafür am größten sein wird, wir dann mit ausgiebiger Unterstützung der großen Menge unserer bedrängten Kollegen menschlich beistehen können. Wenn wir heute unser Grundkapital durch kleinliche Unterstützungen verflüssigen, dann bleibt uns für die Zeit der wirklichen Bedrängnis keines zur gründlichen Unterstützung. Wer die Zukunft unseres Verbandes auf gesunde, gesicherte Grundlage legen und selbststetig, klug wirtschaften will, der muß unbedingt diese Reihenfolge einhalten.

Der Referent schlug dann vor, die bisher bestehende Stille- und Notunterstützung beizubehalten, die anderen beantragten Unterstützungen aber abzuschaffen. Nach eingehender Debatte beschloß die Generalversammlung denn auch in diesem Sinne. Beschlossen wurde weiter, für die Zahlstellen, deren Mitgliederzahl unter 100 ist, für 3000 Kronen Bücher anzuschaffen, damit das geistige Niveau der Kollegen gehoben wird. Mit dem Satzungsausschuß soll es so bleiben, wie es bisher ist. Außerdem soll der Verband einen Taschenkalender herausgeben.

Die ganzen Verhandlungen boten ein Bild rüstigen Fortschritts; die Kollegen und ihre Leitung sind sich ihrer Aufgabe bewußt, und die Verhandlungen haben gezeigt, daß sie ihr auch gewachsen sind. Auch in Ungarn wird es vorwärts gehen trotz alledem!

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 11. bis 17. Februar sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg 1 500, Hamburg-Elbendort 200, Groß-Adelshof 200, Adelsdorf 150, Seinfenberg 1. D. Rauf 100. Summa M. 1150.

Zuschüsse erhielten: Dresden M. 300, Mannheim 300, Männer i. Weßeln 20, Hohen-Neudorf 200, Vöhring 200, Meidenbach 150, Gelnhausen 150, Groß-Weßen 100, Groß-Neudorf 100, Seibelsbrunn 100, Gassel 100, Schindel 100, Leipzig-Neubitz 100, Walsch 100, Gurgau 100, Deutsch Biffa 50, Zickelgau 50, Wilsdorf 50. Summa M. 2450.

Altona, den 17. Februar 1906.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Jubiläen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt gewordenen Unfälle, mit kurzer Mitteilung der Begleitumstände und der ärztlichen Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erfolg von Arbeiterschutzmaßnahmen und über Jubiläumsergebnisse.)

Arzheim. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 23. Januar d. J. in dem Kalksteinbruch des Bauunternehmers S. J. Wieder. Hier waren die Kollegen Johannes Martin und Adam Koch mit Kalksteinbrechen beschäftigt, als sich plötzlich ohne vorherige Anzeichen eine wahrhaftig losgeratene Kalksteinfalle löste und die beiden Kollegen unter sich begrub. Adam Koch mußte, innerlich und äußerlich schwer bedrückt, nach Hause getragen werden, während Martin mit zerrüttetem Gemüte als Zeuge zu Tage gefördert wurde. Ein ungeführ drei Zentner schwerer Stein hatte ihm den Kopf bis zur Unkenntlichkeit zermalmt. Der Kollege Martin war eifriges Mitglied unseres Arzheimer Zweigvereins. Er hinterläßt eine Witwe und drei unmündige Kinder, wovon das jüngste vor drei Wochen geboren wurde.

Grünberg i. Schl. Am 12. Februar verunglückte der Maurer Gottlieb Schammer aus Sattel beim Aus-

schalen der Kappen in dem Fabrikbau von Aufschwung & Höhe dadurch, daß ihm eine Steife mit großer Bucht auf die Schutter fiel, wobei er am Kopf arg beschädigt und ihm das rechte Schlüsselbein gebrochen wurde. Nachdem ihm auf der Unglücksstätte ein Verband angelegt war, mußte er in das nächste Krankenhaus aufgenommen werden.

Kronach. Wenn jemand glauben sollte, daß bei uns in Kronach eine Organisation im Baugewerbe nicht von Nutzen wäre, der irrte sich gewaltig, das beweisen folgende Beispiele. Seit 22. Juli sind sechs Unfälle, die alle schwere Folgen nach sich gezogen, vorgekommen; drei von diesen Unfällen kamen auf Bauten und drei auf Steinbrüchen vor. Die sechs Unfälle verteilten sich auf 5 Unternehmer, von den sechs Verletzten sind zwei organisiert, welche dem Bauerverband angehören. Die Fälle sind folgende: Baumeister Engel von Kronach hatte in Wessling bei Rottenkirchen einen Neubau auszuführen; das Gerüst war so mangelhaft, daß es am 8. Juli d. J. mit nur einer geringen Belastung von einigen Hundert (man spricht von 500 Pfund) in sich zusammenstürzte, wobei drei Arbeiter mit in Fall kamen, zwei konnten sich noch an der Mauer fangen, der andere, unser Kollege Widg. Gebelstein von Fischbach, stürzte mit in die Tiefe; eine nachfallende Diele schlug ihm den rechten Fuß oberhalb des Knöchels ab. Er wurde in das Distriktskrankenhaus nach Kronach verbracht, wo er heute noch ist und ihm am 31. Dezember d. J. der Fuß abgenommen wurde. Der Fall ist ein derauf leichtsinniger, daß er feinseligkeiten sucht. Den Belter hat man unter Anklage gestellt, wir glauben aber, daß der Unternehmer soviel Schuld trägt, und vielleicht noch mehr, als der Belter; denn Engel kam doch einige Male in der Woche an die Baustelle, und da mußte er als Sachmann doch sehen, daß die Gerüste nicht der Vorchrift entsprachen. Die Angaben eines Maurers uns gegenüber lauten überhaupt auf Mangel an Gerüstung. Der Fall soll nächsten am Landgericht Bamberg verhandelt werden. Im Oktober stürzte ein Pfahlschneidemeister auf einem Umbau in der Bahnhofstraße vom Dach; er hatte sich ein Gerüst mit einem Brett zurecht gemacht, auf dem er, weil es immer regnete, abruftete und in die Tiefe stürzte. Er mußte schwer verletzt vom Platz gerissen werden. Waren, wie es Vorchrift ist, gute Augen getragen in genügender Breite angebracht gewesen, so wäre der Fall nicht so unglücklich ausgefallen. Wenige Wochen später stürzte an einem Umbau in der Bahnhofstraße ein Pfahlschneidemeister vom Dach auf das Pflaster. Mitunter mußte der Verunglückte ins Krankenhaus gebracht werden. Hier fehlte jede Schutzvorrichtung. Das Gerüst war schon entfernt, und eine andere Stütze war nicht vorhanden. Am 23. Dezember ereignete sich ein schwerer Unfall in einem Steinbruch des Herrn Baumeisters Messelberger. Dort war in einer Höhe von 4 m eine sogenannte Felsenstufe, die etwa 2 m Höhe und 3—4 m Länge hatte. Diese Stufe lag sehr gefährlich aus, um so mehr, als das untere Lager auf einer Seite zum Teil schon recht ausgewittert war. Herr Messelberger erkannte auch die Gefahr, und drei Steinbrecher erhielten die Weisung, den Block loszumachen und herunterzuführen. Bei dieser Arbeit löste sich plötzlich ein Stück, etwa einen Kubikmeter groß, ab. Das Stück fesselte hatte nämlich einen sogenannten Stiel (Wip), der aber nicht sichtbar war. Von diesem Stiel lösten sich zwei kleinere Stücke los in der Größe eines Kubikfußes; das eine wurde dem Steinbrecher Münch von Breitenloß mit großer Wucht an den Unterleib geschleudert und riß denselben mit in die Tiefe. Das große Stück stürzte über Münch hinweg; ein großes Stück war es zu nennen, daß es den Arbeiter nicht getroffen hat, es hätte ihn buchstäblich germalmt. Der eine Arbeiter und Herr M. der zugezogen war, befanden sich selbst in großer Gefahr. Die Schuld daran trägt das „Unterschrömen“, dieses sollte tunlichst vermieden werden; auch dieser Arbeiter liegt an den Folgen des Unfalls noch im Krankenhaus. Einige Wochen vorher wurde am Bahnhofplatz wieder ein Neubau ausgeführt. Bei den Mauerarbeiten stürzte kurz vor Feierabend der Bruder des Zimmermeisters Borzel in die Tiefe und brach ein Bein. Hier liegt Selbstverleumdung vor. Der letzte Zug Holz gehörte nicht mehr zu dem Baugeschäft, sondern in das obere Stockwerk. Um auf kürzestem Wege dahin zu gelangen, wollte Borzel einfach an einer Stockfange auf das nächstfolgende Gerüst klettern, er hatte den kleinen Umweg gesüht. Der letzte Fall ereignete sich am 2. Februar beim Bauunternehmer Müller von Kronach im Steinbruch bei Weigenbrunn. Bei den Aufbaumarbeiten verunglückte unser Kollege Volf von Fischbach; man spricht von einem Oberdielebruch. Hier kann behauptet werden, daß die Schuld einzig und allein dem jungen Herrn Müller aufzuzählen ist, denn derselbe steht den Leuten den ganzen Tag auf dem Nacken; viele seiner Leute hatten oft schon Angst, er könnte ihnen die Abfälle von den Stiefeln treten. Der Schutt, der noch zu räumen war, war auch mit großen wertvollen Sandsteinbrocken untermischt. Einer dieser Brocken ist nachgerutscht und hat unseren Kollegen am linken Bein erfaßt, und dadurch ist die oben erwähnte Verletzung vorgekommen, aber den Arbeitern ist nicht die nötige Zeit gegeben, sich ihre Arbeiten zu ihrem Schutze einzurichten. Nach Aussage des Verletzten hätte es Herr Müller wahrnehmen müssen, da er selbst in unmittelbarer Nähe stand. Die Herren Müller waren es auch, die unseren Genossen Schwinstein auf das Pflaster setzten, weil er für die Durchführung der Bundesratsvorschriften im Steinbrechergewerbe und für die Agitation zur Gründung eines Zweigvereins eintrat. Er konnte 118 Wochen in Kronach keine Arbeit mehr bekommen und auch nach auswärts wurde er verfolgt. Noch etwas über die Kontrolle der baugewerblichen Arbeiten. Eine Kontrolle über die Gerüstbauten wird nicht geübt; wenn ja einmal einer kommt, so besieht er sich die Mauer, ob alles den Plänen gemäß ausgeführt ist, aber um alles andere kümmert sich niemand. Wir werden so lange auf die Gewerbeinspektion und die Regierung einwirken, vielleicht auch das Ministerium des Innern zu Hilfe rufen, bis für die beiden Bezirksämter Kronach und Leuschnitz ein Baukontrollant aus dem Stande der praktisch geübten Arbeiter ange stellt wird. Die Bundesratsverordnung, wonach bei den Steinhauern nur neun Stunden gearbeitet werden darf, ist in ganz Oberfranken, dank der geringfügigen Strafen, noch nicht durchgeführt; am 20. März sind es vier

Jahre, daß diese Verordnung für diesen Kreis bloß auf dem Papier steht. Darum rufen wir allen im Bauhandwerk beschäftigten Kollegen zu: Schüttelt eure Gleichgültigkeit ab, trekt dem Zentralverband der Maurer Deutschlands bei, denn nur dadurch kann der alte Schlandrian ab geschafft werden.

Nordenham. Hier ereignete sich am 17. Februar einer jener Bauunfälle, für die man eine Erklärung nur in der total verfehlten Konstruktion finden kann. Zur Zeit werden hier am Fährerdamm eine Anzahl Gebäude: als Eishäuser, Fischereihäuser und -aufgänger. Eins von den letzteren, die bisher fertiggestellt sind, ist am Sonntag Nachmittag gegen 5 Uhr zur Hälfte eingestürzt. Somit und die Konstruktion geschädigt wird, meilen wir ihr die Schuld an dem Einsturz bei. Glücklicherweise, das mag gleich gesagt sein, ist keiner von den circa 40 dort Beschäftigten zu Schaden gekommen, da der Zimmerpolster die drohende Gefahr früh genug bemerkte und durch Warnungssignale alle Arbeiter aus dem Bau herausrief. Es handelt sich ansehnend um ein Eishaus. Die Decken sind in diesem Bau in 16 cm starken Betonlagen ausgeführt, die in Zwischenräumen von 8 m von 40 × 40 cm starken Betonpfosten unterstützt werden. Das Dach ist ebenfalls in Betonlagen ausgeführt, die 12 cm stark sind. Das Dach wird getragen von Säulen, die auf der Mitte der Betondecken aufgestellt sind. Die Last des Dach gewiß sehr schweren Daches ruht also zum großen Teile auf den Betondecken, die auch wenn sie sehr starke Eisenbündel haben, solcher Last kaum gewachsen sein dürften. Ob lediglich hierauf der Einsturz zurückzuführen ist, wird wohl in der Untersuchung festgestellt werden können. Der Zweigvereinsleitung ist es gelungen, eine Photographie von der Einsturfsstelle aufzunehmen.

Waldenburg i. S. Am 16. Februar stürzte das vom Maurermeister Jäger erbaute neue Knappschäftslager auf die Hälfte ein. Ob daran die Zwischendecken, die sämtlich aus Eisenbeton hergestellt sind, oder schlechter Baugrund die Schuld trägt, wird erst die Untersuchung ergeben. Menschleben sind glücklicherweise nicht dabei zu beklagen.

Submissionsblüten. Auf die Ausdehnung der Wohnbauten in dem Empfangsgebäude des Bahnhofs zu Wiesbaden zwölf Offerten eingegangen. Elf davon bewegen sich zwischen M. 306 487,80 und M. 380 525,60. Das zwölfe Angebot hatte M. 817 834,16 berechnet. Entweder die ersten elf oder die zwölfe Firma, Albert Gluck — ein Teil davon muß verrückt sein. Die Ausführung umfaßt rund 5500 cbm Bruchsteinmauerwerk, 1100 cbm Ziegelmauerwerk, 1770 cbm Werksteine z. mit Ausnahme der Bildhauerarbeiten, 220 cbm Tannenholz, 1600 qm Schalling, 30 000 kg walzenerne Träger. Vollendungstermin: 1. April 1907. — In Coburg war die Verdingung der Mauerarbeiten zum Hofstad ausgegeschrieben, dabei wurden folgende Angebote abgegeben:

Baumeister Wetter	M. 59 056,60
Baugewerkmeister Münscher	59 504,92
Baugesellschaft Bauer	61 505,38
Baugesellschaft Kleemann	62 274,80
Baugesellschaft Kempf	62 887,47
Maurermeister Kirschner und Renner	63 185,—
Maurermeister Probst	64 673,80
Baugesellschaft Brodardt	66 800,—

Dies Ergebnis ist nun keineswegs an und für sich besonders außergewöhnlich, bei einem Durchschnitt von etwa M. 63 000 konstatieren Differenzen von M. 3—4000 hier leicht vor. Was dies Ergebnis auszeichnet ist, daß alle Angebote ganz bedeutend zurückbleiben gegen den Voranschlag des Stadtbauamts, der für dieselbe Arbeit M. 90 000 berechnet hat. Dafür gibt es nur zwei Erklärungen, entweder sind die Unterlagen zur Submission zu unklar gewesen, daß kein Techniker sehen konnte, um welche Arbeiten es sich eigentlich handelte, dann hat sich der betreffende Techniker des Stadtbauamts als ein recht unfähiger Mensch erwiesen, oder die Submittenten verließen samt und sonders nicht zu rechnen. Das sollte man doch aber von diesen Baumeistern, die ihre Bittigkeit erst jetzt wieder durch die Ausperrung der Maurer bewiesen haben, nicht erwarten.

Vom Berliner Baumarkt.

Für die Baukonjunktur ist nicht nur das Bedürfnis nach neuen Bauten, was es sich um das Bedürfnis nach Wohnungen, nach öffentlichen Gebäuden, nach industriellen Anlagen oder nach Verkehrsanlagen handeln entscheidet. Dies Bedürfnis ist zwar entscheidend für ihre Rentabilität, nicht aber ausschließlich für ihre Ausführung. Diese hängt zum guten Teil ab von den Zuständen auf dem Geldmarkt, das heißt von dem Vorhandensein und dem Preise des Geldes, nämlich der Baugelder und Hypotheken. Wäre dem nicht so, so würde man überhaupt viel weniger von einem Schwanken der Konjunktur reden können. Würde die Bauaktivität z. B. nur von dem Bedürfnis nach neuen Wohnungen abhängig sein, so würde die Bauaktivität lediglich der Bevölkerungsgröße folgen, sie würde also keinen größeren Schwankungen unterworfen sein. Der fortwährende Wechsel in dem Umfang der Bauaktivität, das Aufsteigen und Absinken der Konjunktur wird fast ausschließlich von den Verhältnissen des Geldmarktes bestimmt. Aus diesem Grunde haben die Berichte der großen Bauinstitute eine gewisse Bedeutung für das Baugewerbe, denn sie gestatten, vorausgesetzt, daß sie objektiv abgefaßt sind, einen Blick in die Allgemeinverhältnisse des Baugewerbes in der Gegenwart und lassen auch auf Rückschlüsse für die nächste Zukunft zu.

Das Baugeschäft für Hypotheken und Grundbesitz von E. Salomon in Berlin gibt alljährlich einen solchen Bericht heraus. Der diesjährige befaßt: Im Jahre 1905 zeigte der Hypotheken- sowohl als auch der Grundbesitzmarkt ein recht erfreuliches Bild. Geld stand beiden Märkten reichlich zur Verfügung, namentlich während der ersten drei Quartale, so daß große Umsätze erzielt werden konnten. Was zunächst den Hypothekenverkehr anbelangt, so muß ausdrücklich konstatiert werden, daß trotz des leichten Geldhandels ein Serabgehen der Zinssätze nicht zu bemerken war. Als Gründe für diese Erscheinung dürfte wohl hauptsächlich die große Emittionsfähigkeit der Banken und — namentlich in der ersten Hälfte des Jahres — der russisch-japanische Krieg gelten.

Privatkapitalien waren während des ganzen Jahres zu haben zu 3½ bis 3¾ pZt. Zinsen für mündelbare Böden und zu 3½ bis 4 pZt. Zinsen für andere gute erste Stellen. Bei den Darlehnsinstituten schwankte der Zinssatz zwischen 4 und 4½ pZt. je nach Lage und Beschaffenheit des Pfandobjekts. In einzelnen Vororten mußten bis 4½ pZt. Zinsen bewilligt werden. Die Höhe der seitens der Darlehnsinstitute geforderten Ab-

schlußprovisionen schwankte zwischen ½ und 1 pZt. der Darlehnsomme. Bis etwa ultimo September des Jahres waren die Darlehnsinstitute so geschäftslustig, daß selbst Millionenbeträge zu 4 pZt. Zinsen mit ½ bis 1 pZt. Abschlußprovision mehrfach zum Absatz gelangen konnten. Die so außerordentlich rege Bauaktivität brachte auch ein sehr großes Geschäft in Baugeldern mit sich, es waren solche leicht zu 5 pZt. Zinsen, in einzelnen Fällen auch zu 4½ pZt. und sogar zu 4 pZt. zu haben. Das Geschäft in zweiten und fernerer Eintragungen war sehr umfangreich. Wenn auch der Markt mit unannehmbaren Offerten überhäuft war, so wurde doch auch eine große Anzahl genügende Sicherheit gewährender Böden angetrieben, die zu 5 bis 4½ pZt. Zinsen begeben werden konnten. Das Vertrauen der Darleiher zu zweiten und fernerer Eintragungen ist wohl auch mit Recht derartig gestiegen, daß die Beschaffung zweiter Hypotheken selbst auf Vorortgrundstücken leichter gelang als in früheren Jahren. Für Beleihungen unbebauter Grundstücke, für Zertifikatshypotheken zeigten aber Kapitalisten immer noch wenig Neigung, trotz der schon seit längerer Zeit anhaltenden Hoffung des Grundbesitzverkehrs. Zertifikatsbeleihungen über den halben Wert des Pfandobjekts hinaus waren nicht zu erzielen; ja, vielfach war eine Beleihung bis zum halben Wert nicht erhältlich. An Zinsen mußten für erste Hypotheken 4½ bis 5 pZt. pro anno bewilligt werden. Im letzten Quartal gestaltete sich das Hypothekengeschäft dadurch schwieriger, daß die meisten Darlehnsinstitute zurückhaltender wurden und Privatkapitalien in Böden über M. 300 000 nicht mehr angeboten waren. Infolgedessen waren auch Baugelder schwerer und nur zu einem Zinssatz von 5 pZt. und darüber erhältlich. Dagegen blieb bis zum Schlusse des Jahres Geld für gute zweite und fernerer Eintragungen, namentlich in Summen bis M. 60 000 sehr reichlich. Auf dem Grundbesitzmarkt herrschte namentlich während der ersten drei Quartale mit Ausnahme der vier bis fünf Wochen Meistbietenden im Sommer, außerordentlich reges Leben. In allen Stadtteilen von Groß-Berlin hat eine große Anzahl von Grundbesitzern den Besitzer gewechselt, besonders in den neueren Wohngebieten des Westens. Zu gewerblichen und geschäftlichen Zwecken wurden große Objekte und ganze Komplexe erworben. Als besonders erwähnenswert sind folgende Verkäufe zu melden: Savoy-Hotel, Palais-Hotel, der Ankauf der Elemen- & Halseschen Grundstücke in der Marienstraße und Charlottenstraße seitens der Baugesellschaft „Union“. Die Hamburg-Amerikanische Pachtfahrt-Alten-Gesellschaft kaufte das Grundstück unter den Linden 8. Verkauf wurde das Bölgewische Brauereigrundstück in der Alten Schönhauserstraße für M. 2 000 000, das Reichshallen-Grundstück, Leipzigerstr. 77, für M. 3 300 000, ein Häuserkomplex von etwa 7000 qm an der Ansbacher, Tauben- und Passauerstraße, der nach Bebauung ein Objekt von M. 8 000 000 darstellen soll, die Grundstücke in der Neuen Königsstr. 46—49 für mehr als M. 1 000 000; die Grundstücke Weidenstr. 89 und 69 für 30. M. 3 000 000; außerdem ein Komplex Kurfürststr. 78 und 79, Ede-Steinstraße; ferner die Grundstücke Potsdamerstr. 109, Dorothienstraße 83 und 84, Behrstr. 16—19, das Dreifache Grundstück unter den Linden 60 und ein flächiger Komplex am Köpenicker Stadtpark.

Die Terrainspulation, unterstützt durch kapitalkräftigen Bank, stand in höchster Blüte. Die immer zahlreicher werdenden kleineren und größeren Terrain- und Baugesellschaften freuten ihre Fächer nach allen Himmelsrichtungen aus, und es fand Umsätze erzielt worden, wie man sie bisher wohl noch nicht in Berlin gefannt hat.

Infolge der erhöhten Bauaktivität wurden auch große Umsätze in Baustellen erzielt. An diesen Umsätzen waren alle Verpächter-Gegebenen Berlins, selbst der jahrelang so vernachlässigte Norden beteiligt. So wurden u. a. Baustellen verkauft im Norden Berlins: Müller- und Zieglerstraße, im Nordwesten verkaufte einen großen Teil ihrer Baustellen die Neue Bellevue-Alten-Gesellschaft für Grundbesitzverwertung; im Osten wurden an der Granitzstr. alle Verkäufe erzielt.

Außerordentlich rege war das Baustellengeschäft in den Vororten. Im Norden: an der Brenzlauer Chaussee. Im Panow verkaufte die Immobilien-Verkehrsbank 14 Baustellen unweit der Schönhauser Allee. Im Westen erwarb die Altien-Gesellschaft „Park Wilmers“ sich einen großen Abzweig ihrer Baustellen. In Südberlin wurden in der Zargenstraße am Königsberg und an der Gultau-Müllerstraße Baustellen verkauft. Im Wilmersdorf, Charlottenburg, Schöneberg, Göttersee, Groß Lichterfelde, wurden große Umsätze in Baustellen erzielt. Im Süden wurden in Preis für M. 1 600 000 Hafferside Baustellen verkauft, und auch im Osten war in Wilmersberg und Friedrichsberg ein reger Baustellenauftrieb.

Als Schriftleiter der Mediale sei aber auch mitgeteilt, daß im Jahre 1905 an den beiden Amtsgerichten Berlin I und II nicht weniger als 538 Grundstücke zwangsweise versteigert werden mußten. Bei dem Amtsgericht Charlottenburg waren es 66 und in Mordor 96.

Der Jahresbericht des Vereins der Berliner Grundbesitzer- und Hypothekenuakter konstatiert, daß die Umsätze auf dem Immobilienmarkt in allen seinen Einzelheiten dieses Jahr eine Ausdehnung erfahren haben, die alles bisher in Groß-Berlin Dagewesene in Schatten stellt.

Zusammenfassend schildert er dann die Entwicklung, die sich in Berlin in den letzten Jahren auf diesem Gebiete vollzogen hat. Schon in den Vorjahren konnten wir von einer gehobenen Entwicklung des Gesamtmarktes berichten, welche im vergangenen Jahre einen etwas kühnlichen Charakter annahm, doch im hiesigen Berichtsjahre noch um ein bedeutendes übertrieben wurde. Es läßt sich nur schwer beurteilen, ob die steigenden Bodenpreise in allen Stadtteilen sowie die enorme Bauaktivität nicht den Bedürfnissen vorausgeeilt und Rückschlüsse zu erwarten sind. Die gesteigerte Zahl der leerstehenden Wohnungen in Berlin sollte eigentlich zu Bedenken Veranlassung geben; doch hängt dies auch damit zusammen, daß ein Teil auf Rechnung des Zuges nach den westlichen Vororten zu stellen ist. Im Stadtimern hat das im Vorjahr geschlossene Verkehren großer Institute, Prachtbauten zu sehen und die bestehenden zu erweitern, weitere Fortschritte gemacht. Hierzu treten noch zahlreiche Umsätze, die viele Millionen umfassen, die sich in den immer mehr in Aufnahme kommenden Seitenstraßen der Friedrichs- und der Leipzigerstraße vollzogen haben. Bevorzugt war diesmal besonders die Wohnstraße, auf die durch die projektierte Untergrundbahnlinie Potsdamer Bahnhof—Alexanderplatz große Hoffnungen gesetzt werden; aber

auch Kronenstraße, Jägerstraße, Taubenstraße, Charlottenstraße, Markgrafenstraße und Kaufmannstraße, teilweise auch Schönebergstraße, liegen in genannten Straßen sind zu liegenden großen Anlagen zu bezeichnen. Die Straße unter den Linden ist auf der Südseite ausgebaut; deshalb haben sich einige große Firmen genötigt, Erweiterungen auf der Nordseite zu machen und Preise anzulegen, die die höchsten Erwartungen übersteigen. Auch hier werden Käuferangebote immer seltener, und der Zeitpunkt wird wohl nicht fern sein, wo dort ebenfalls nichts mehr zu haben sein wird. In der Leipzigerstraße dauert die Preissteigerung fort, und es sind bei den erfolgten Verkäufen ungeheure Summen erzielt worden. Die teils im Vorjahre, teils dieses Jahr mit großen Kapitalien angekauften Terrängesellschaften haben ihr Gelände erschlossen und parzelliert. Diese Gesellschaften waren sämtlich sehr tüchtig und haben mit Erfolg den Interessententum von Unternehmern annehmlich erweitert. Mit dem bedeutenden Umfang des Immobilienverkehrs hat auch das Hypothekengeschäft glänzend Schritt gehalten. Der Selbstkauf während des ganzen Jahres bis zu den letzten Monaten flüchtig und der Wandbriefabtrag der Hypothekenbanken überaus befriedigend. Die Gesamtsumme der von 87 Banken erworbenen Registerhypotheken betrug im ersten Halbjahr 1905 266,70 Millionen Mark gegen nur 265,87 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die in den ersten Monaten des laufenden Jahres hervorgerufene Geldknappheit, die Diskontohöherhebung der Reichsbank kam der Unterbringung der Wandbriefe sehr zu statten. Auf diese Weise kamen umfangreiche Verleihen zu Stande. Die Banken erwarben zahlreiche Millionenhypotheken. Es wurde hier verschiedentlich der Mangel in Anwendung gebracht, daß mehrere Hypothekenbanken gemeinschaftlich solche Millionenposten erworben und auf diese Weise das Risiko teilten. Im letzten Quartal flautete das Geschäft durch die ungünstigen Geldverhältnisse sowie durch die Wirren in Rußland entschieden ab, und die meisten Banken haben ihre Tätigkeit entweder ganz eingestellt oder doch stark reduziert.

Die Verleihen des Grundbesitzes im Reichsbild Berlins ist trotz der angelegten Dautigkeit nicht übermäßig gestiegen. Sie beträgt M. 5478 095 679 gegen M. 5239 117 775 und hat sich demnach um 240 Millionen gegen 190 Millionen im Vorjahre erhöht.

Im Anschluß daran mag auch noch verzeichnet sein, daß nach dem Bericht der städtischen Hochabdeputation von Berlin für das Jahr 1904 die Gesamtsumme der im Berichtsjahre bearbeiteten Baumanlagen zirka M. 73 000 000 betrug.

Der Bericht der städtischen Steuerverwaltung bringt die Zahlen der um die Jahreswende 1904—1905 vorhandenen Grundstücke, Wohnungen usw. Um die Jahreswende waren in Berlin 28 892 benutzte Grundstücke vorhanden, 26 301 davon waren bebaut; die übrigen 591 waren unbebaut und dienten meist als Lagerplätze, Kohlenplätze usw. Auf den Grundstücken befanden sich 570 242 Wohnungen (oder Domicils, Geschäfts-, Arbeits-, Lageräume), ungenutzt die Wohnungen z. der noch nicht in Gebrauch genommenen Neubauten. Der Jahreszuwachs war rund 408 Millionen Mark, pro Grundstück durchschnittlich M. 15 166, pro Wohnung durchschnittlich M. 715. Gegenüber dem vorhergehenden Jahr hatten sich vermehrt die benutzten Grundstücke um 481, die Wohnungen um 20 183, der gesamte Mietswert um 17 Millionen Mark, der Durchschnitt pro Grundstück um M. 869, pro Wohnung um M. 6. Die Vermehrung der Wohnungen usw. war diesmal sehr erheblich. In den letzten fünf Jahren belief sich der Zuwachs an Wohnungen um auf 6554, 6861, 10 080, 14 087, 20 183, zusammen 67 665. In den fünf Jahren stieg der Durchschnittswert der Wohnung um um M. 21, M. 25, M. 7, M. 1, M. 6, zusammen M. 59.

Aus anderen Berufen.

* Aus den deutschen Gewerkschaften. Der Textilarbeiter, das Organ des Textilarbeiterverbandes, erscheint jetzt in einer Auflage von 78 000. Dieser Aufschwung ist nicht zuletzt die Folge der brutalen Ausbeutung der Kapitalisten.

Der Sagenarbeiter hatte bereits vor drei Wochen die Auflage von 25 000 erreicht. Der Bäckerverband hat sich 1905 sehr erfreulich entwickelt. Wir entnehmen darüber seinem Organ: Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Jahres 9708, und am 31. Dezember 1905 hatten wir 11 374 Mitglieder; die Zahl der Mitglieder hat sich also im Berichtsjahre um 1668 vermehrt.

Die Arbeiter auf den kaiserlichen Werften in Kiel und Wilhelmshafen sind in eine Bewegung zur Erreichung des Neunfundentages und eines höheren Lohnniveaus eingetreten. Massenversammlungen beschlossen in diesem Sinne. Zwar hat auch berühmten Meistern die Werksleitung es abgelehnt, mit den Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln, aber es scheint doch, die Bewegung hat praktischen Erfolg; denn die Werksleitung hat sich gegenüber einer Arbeiterdeputation nicht ungünstig bezüglich der Schlichterung ausgesprochen. Die Werksarbeiter haben sich zu Tausenden den Gewerkschaften angeschlossen.

Eine neue Ausperrung der Textilarbeiter steht in Aussicht. Am 8. Februar haben die Baumollwollverfeiner in Wülhausen (Elsass) beschlossen, sämtliche Arbeiter zu kündigen, falls die Arbeiter der Firma Frey & Co. die eingetragene Kündigung aufrecht erhalten und am 1. Februar die Arbeit einstellen, um den sechsmonatigen Arbeitsjahr zu verlängern.

* Wer im Rohr sitzt, soll sich die Weissen schneiden. Diesen Grund hat schon Dismarck des öfteren auch auf die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe angewandt. Er wollte damit sagen, daß, wenn man die Macht besitze, man sie auch zu seinem Vorteil ausüben solle. Diesen Grund haben die herrschenden Klassen zu jeder Zeit befolgt. Sie tun es auch jetzt noch, wie wir tagtäglich beobachten können. Auch die Unternehmer in Augsburg, die in der dortigen Stadtverordnetenversammlung über die kompakte Wehrzeit verfügen, nahmen die Gelegenheit wahr, indem sie beschlossen, daß in alle Lieferungsverträge, die die Stadt mit den Unternehmern abschließt, die Streiklausel aufgenommen sei. Und noch nicht genug damit, beschlossen sie auch, daß die Vergütung, die die Stadt dadurch den Unternehmern bei Streiks gewährt, auch auf die Aus-

sperungen ausgedehnt wird. Hierüber soll in jedem einzelnen Fall besonders entschieden werden. Wenn also die Arbeiter durch die Profikurs der Unternehmer zum Streik getrieben werden, oder wenn sie gar durch eine brutale Verdrängung der Unternehmer aus dem Geschäft fliegen, so soll die Stadt ohne weiteres auf die Innehaltung der vereinbarten Lieferungsfrist verzichten. Recht! Ist ganz recht! Ist doch gibt es viele Arbeiter, die es noch nicht glauben wollen, daß die Behörden nur die ausführenden Instrumente für den Willen der herrschenden Klasse sind. Aber so etwas hilft!

Aus Unternehmerkreisen.

Ein Reformator des Submissionswesens. Vor einigen Monaten berichteten wir von einem eigenartigen Geschäft, das den Maurermeister, Architekten, Verordnungen der deutschen Mittelstandsvereinigung und Stadtverordneten Ratag Küster in Hannover erteilt hat. Man erzählte damals, daß der biedere Stadtvater bei der Submission des Rathauses eine Entscheidung gemacht habe, indem er in Gemeinschaft mit seinem Kollegen Heeren die anderen Unternehmer, die gleichfalls auf die Arbeit reflektierten, bestimmte, ihre Gebote in einer bestimmten Höhe abzugeben, damit er die Billigkeit sei und den Zuschlag bekomme. Dies ist dann auch so gekommen; später haben dann die beiden Glücklichen, Küster und Heeren, eine Summe von M. 10 000 für die damals so gefälligen Unternehmer verteilt. Diese erbauende Schenkung kam durch den Maurermeister Düne aus. Dieser war in die Vereinbarung nicht mit eingegriffen und hatte, trotzdem er mit seinem Gebot um M. 43 000 hinter dem Voranschlag zurückgeblieben war, die Arbeit nicht erhalten. Diese Dinge wurden dann im Stadtvaterkollegium zur Sprache gebracht, worauf dies beschloß, Küster habe durch eine Klage gegen den Verbreiter dieser Gerüchte, den Maurermeister Düne, seine Unschuld darzulegen. Es wurde ihm bedeutet, daß er die Konsequenzen ziehen müsse, wenn er sich nicht von diesem Verdacht reinigen könne.

Gesagt, getan. Küster klagte gegen Düne wegen Verleumdung. Die Klage kam am 15. Februar vor dem Schöffengericht zu Hannover zur Verhandlung. Der Ausgang war für den braven Mar Küster recht niederschmetternd. Das Gericht sprach den Angeklagten Düne in vollem Umfang von der erhobenen Anklage frei und legte dem Privatkläger Küster die Kosten des Verfahrens zur Last. Es betonte: Der Wahrheitsbeweis sei im allgemeinen und im wesentlichen geführt. Die Vereinbarung der Submittenten sei bewiesen. Küster habe sich ausgelassen, daß sei eine Ehrenfrage, daß man ihm den Bau lasse, und habe dann das Geschäft mit Heeren abgeschlossen. Bei einer Zusammenkunft bei Küster seien die Angebote nicht nur verglichen, sondern auch entsprechend abgemindert, so daß Küster in der Lage gewesen sei, seinem Angebot noch Summen hinzuzufügen, und daß er trotzdem noch Mindestfordernder blieb. Die Behauptung, daß die Entscheidung mit Einwilligung des Küster erfolgt sei, sei auch voll erwiesen. Die Einwendung Küsters, daß es bei der von ihm gezahlten Summe sich um eine Entscheidung handele, die er einem der zurückgetretenen Submittenten für gelichene Leistungen zu zahlen gehabt habe, sei nicht als wahr bewiesen. Der als Zeuge vernommene Heermann, dem Küster die Summe geschuldet haben wolle, habe diese Forderung gar nicht nachweisen können. Auch nicht, daß er sie jemals geltend gemacht habe.

Heeren und Küster hätten jeder M. 5000 bezahlt. Man könne unbedenklich sagen, daß diese Entscheidung von vornherein abgemacht sei. Man brauche sich nur dabei zu fragen, wie es in der Welt hergehe. Küster habe diese Vereinbarung auf seinen Sozius Heeren abgelehnt wollen, die Vergütung stehe aber fest. Man könne sagen, daß die ganze Handlungswelt eine Art geschäftliche Notwehr in dem reformbedürftigen Submissionswesen sei, man könne auch begreifen, daß Küster dabei Vorrecht gebrauchte habe, damit ihm als Bürgermeister kein Strich daraus zu drehen sei; jedoch läge das Verhältnis, wie es gewesen sei, klar zu Tage. Derartige Vorkommnisse würden mehr oder minder stets etwas verschleiert behandelt, die Beteiligten verstanden sich dabei schon. Ob Küster oder Heeren die Entscheidung angeboten, sei für die Auffassung gleichgültig, denn diese beiden arbeiteten eben zusammen. Es handle dem Angeklagten Düne in allen Punkten der Schuld des § 193 des St.-G.-B. voll zur Last. Er konnte mit einem so erheblichen Unterbegriff von M. 43 000 annehmen, daß er den Bau bekam, und als er ihn nicht bekam, konnte er mit Recht auch auf seinen Gedanken kommen, der Stadt mal die Augen zu öffnen, damit eine solche Reduzierung eines Angebots im Interesse eines einzelnen besonders Bevorzugten nicht wieder vorkomme. Dazu war er schon berechtigt als Bürger der Stadt. Daß dieser Bevorzugte ein Bürgermeister war, über dessen Vorgehen in der Submissionsangelegenheit er Aufklärung schaffen wollte, berechtigte ihn erst recht, das eingeschlagene Prinzip zu vertreten, diesen Bürgermeister vor seinem Rosten zu bringen. Abgesehen davon, daß der Angeklagte schon aus dem Gesichtspunkte des § 193 freizupredigen war, habe er auch in tatsächlicher Beziehung den Beweis seiner Behauptung erbracht und war auch aus diesen Gründen seine Freisprechung geboten.

Hiernach wird Küster also begnadigt sein, die Konsequenzen zu ziehen, d. h. aus dem hannoverschen Stadtparlament auszuscheiden. Aber er wird sich trösten: er hat ja den Ruhm, seinen Kollegen den Weg gezeigt zu haben, in welcher Richtung sich die Reform des Submissionswesens zu bewegen hat. Ob ihm viele folgen werden?

Verschiedenes.

Anton Wenger. Vor kurzem, am 6. Februar, ist ein Mann zur ewigen Ruhe gegangen, der in der Welt des Sozialismus für immer eine der markantesten Gestalten bleiben wird. Anton Wenger war ein Unterbaurat, ein Hofrat, ein Staatsbeamter, und er war doch ein Sozialist, ein leidenschaftlicher Vertreter der Arbeiterinteressen. Freilich war er kein Sozialist im Sinne der sozialdemokratischen Partei, er war auch kein marxistischer Sozialist. Sein Streben ging dahin,

den Sozialismus über Marx hinaus zu führen. Indem er in der menschlichen Geschichte nichts als die Veränderung der Machtverhältnisse und der Rechtsbegriffe sah, verzichtete er ohne Not auf die weit tiefer greifenden Erklärungsgründe des geschichtlichen Geschehens, die uns die materialistische Geschichtsauffassung erschlossen hat. Hat er also auch auf einem anderen Gebiete gewirkt, als die Theoretiker des heutigen Sozialismus, so hat er doch Großes und Gewaltiges geleistet. Seine Kritik der bürgerlichen Ordnung setzte an einer anderen Stelle ein, aber er gelangte an das selbe Ziel: zum Sozialismus. Seine Werte sind die „Neue Staatslehre“ und die „Neue Sittenlehre“, der noch zwei weitere Werke folgen sollten, die zusammen als ein neues System der sozialistischen Gesellschaftslehre gedacht waren; der Tod nahm dem Vierundzwanzigjährigen die Feder aus der Hand.

Mit welchem hohem Interesse er die Arbeiterbewegung, auch das Wirken der Gewerkschaften, verfolgte, geht daraus hervor, daß er noch eine Woche vor seinem Tode, am 27. Januar, das Werk „Arbeit und Kultur“ bei uns bestellte.

Eingegangene Schriften.

Kurt Götter: Der Sultan des Westreiches. Ein marokkanisches Sittenbild deutscher Diplomaten-Politik. 79 Seiten gr. 8. Preis 40 A. Verlag von Rader & Co.

Nr. 4 des „Süddeutschen Postillon“ handelt des unsterblichen Heine in einem Gedicht: „Zu Heines 50. Geburtstag“, und einem der besten Bildnisse Heines. Es gibt eine Anzahl sehr beachtenswerter Feine-Portraits. Dem farbigen Titelbild „Die englischen Parlamentswahlen“ steht als farbige Beilage „Die Marokkaner“ gegenüber. Der rote Sonntag in Berlin“, Gedicht vom Schelm von Bremen. W. Bantelow geht in neun kritischen Bildern Bobbelskis völkerverdrängende Absätze der Fleischnot und viel anderes mehr. Der „Süddeutsche Postillon“ ist ein erfrischendes Kampfmittel, das mit seinem Witz und Humor uns neu belebt und fröhlicht. Zu beziehen durch uns und alle Buchhandlungen für 65 A vierteljährlich.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer). 21. Heft des 24. Jahrgangs. Das Heft kostet 25 A.

Die Feinstachnummer des „Wahren Jatos“ ist soeben erschienen. Wir erwähnen aus dem Inhalt derelben die farbigen Bilder „Der neue Paradiesaufstieg in Deutschland“ und „Fälschliche Feinstach“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Die „Sohenzollern-Legende“ ist bis zum 47. Heft erschienen. Außer dem sehr guten und zuverlässigen Text sind auch die gelungenen Illustrationen hervorzuheben. Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 A im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Die Hefte sind durch jede Buchhandlung zu haben.

Die „Kommunale Wohnungspolitik“ behandelt Paul Gisch im vierten Heft der von ihm herausgegebenen, im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden „Kommunalpolitischen Abhandlungen“.

Der Preis der Broschüre beträgt M. 1; eine Agitationsausgabe kostet 50 A. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur liefert die Broschüre.

Briefkasten.

Blankenburg a. Harz, S. M. Der Bericht ist der Zentralkommission übergeben. Ihre Adresse ist dieselbe wie für den „Grundstein“: Hamburg 7, Wesenbüchelhof 56, 2. St. Uebrigens ist dies auch in Nr. 40 vom vorigen Jahre bekannt gegeben, es kommt also auch in Nr. bekannt sein. Gruß!

Völkershäuser, R. S. Wir wissen nicht, wo der Bericht abgegeben ist; vielleicht war er so inhaltlos, daß sich der Abdruck nicht lohnte, dann ist er in den Papierkorb gemauert. Die Aufnahme der Veranlassungsanzeige in Nr. 7 war nicht mehr möglich, da Ihr Brief zu spät hier eintraf.

Bamberg, W. Die Veranlassungsanzeige vom 18. Februar wurde von uns zu spät entdeckt und konnte deshalb nicht mehr in Nr. 7 aufgenommen werden. Gätten Sie die Anzeige auf ein besonderes Stück Papier geschrieben, statt sie dem Bericht anzuhängen, so wäre sie wohl nicht so leicht übersehen worden. Sie müssen sich doch auch wohl sagen können, daß ein Bericht von solchem Umfang nicht mehr in die laufende Nummer aufgenommen werden kann, wenn er erst am Dienstag Morgen um acht Uhr in die Hände der Redaktion kommt. Am diese Zeit haben wir so viel zu tun, daß wir gar nicht daran denken können, alle eingelaufenen Berichte sorgfältig durchzulesen, ob darin vielleicht eine Veranlassungsanzeige verborgen sein könnte.

Würzburg, L. R. Verfasser der Veranlassung in Nr. 6 u. Nr. 7 ist der Kollege Merkel in Nürnberg, dessen Name übrigens nur durch ein Versehen in der Druckerlei weggeblieben ist. Wir machen Sie aber darauf aufmerksam, daß wir weitere Einwendungen in dieser Sache nicht aufnehmen werden. Solche Angelegenheiten werden nur durch gegenseitige Aussprache erledigt, aber nicht durch die Polemik im Fachblatt, an der die Mehrzahl der Kollegen gar kein Interesse hat.

„Gistmudel“. Das ist kein „Bürokratismus“, wie Sie es zu nennen beliebten, daß wir Sterblichen zurückweisen, wenn sie wie wir nach dem Tode der Welt. Kollegen einlaufen, sondern einfach ein Akt der Pietät dem Andenken des Verstorbenen gegenüber. Was macht das für einen Eindruck, wenn sich die bürgerliche Verwaltung erst nach Wochen darauf befinnt, daß der und der Verordneter eigentlich auch in der Sterbtafel des „Grundstein“ gehört haben Sie dafür kein Empfinden? — Uebrigens scheint es uns, daß Sie sich mit der obigen Bezeichnung ganz nett charakterisiert haben.

Langendeschach, W. S. Es würde doch wohl etwas zu weit führen, wenn wir die Namen der verstorbenen Frauen unserer Kollegen auch noch in der Sterbtafel veröffentlichen wollten. Wir müssen die Aufnahme der Anzeige ablehnen.

München, S. Es hätte der Erinnerung nicht bedurft; auch ohne diese wäre der Bericht in dieser Nummer erschienen; früher ging es nicht. Vergessen wird bei uns nichts.

Bosen, W. S. Mit dem Telegramm ist dann auch wohl der Bericht erledigt.

Hohenfals, C. W. Ihr Schriftstück können wir nicht veröffentlichen. Wenn Sie meinen, Klade zu haben, sich über einige Bremer Kollegen zu beklagen, dann müssen Sie sich mit einem Schreiben an den Bremer Zweigvereinsvorstand wenden. Eine Polemik in der Zeitung können wir über die Angelegenheit nicht eröffnen.

Karl Funk. Die Versammlungsanzeige konnte nicht aufgenommen werden, weil der Ort nicht angegeben war.

Streikabrechnungen.

Zweigverein Bremerhaven (Auswertung).

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 5500,—
Summa	M. 5500,—
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung	M. 3479,50
" besondere Entschädigungen der Streikkommission	48,—
" Reiseunterstützung an Streikende	1858,30
" Fortschaffung Zugereister	35,55
" Fernhaltung des Zugzuges	45,70
" Flugblätter und Annoncen	45,75
" Porto und Schreibmaterial	470,—
An die Hauptkasse zurückgefordert	19,20
Für sonstige Ausgaben	19,20
Summa	M. 5500,—

Bremerhaven, den 18. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Heinrich Biesenberg, Gustav Kosmehl.

Für die Streikleitung:

Wilhelm Müller, M. Siemann, Edm. Siebern.

Zweigverein Mainz, Zahlstelle Alzey.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1000,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verworben	777,18
Summa	M. 1777,18
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung	M. 1158,80
" besondere Entschädigungen der Streikkommission	57,70
" Reiseunterstützung an Streikende	213,40
" Fortschaffung Zugereister	60,90
" Fernhaltung des Zugzuges	168,78
" Flugblätter und Annoncen	37,83
" Porto und Schreibmaterial	16,12
" sonstige Ausgaben	63,65
Summa	M. 1777,18

Mainz-Alzey, den 28. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Wilhelm Hermann, Jakob Bang III.

Für die Streikleitung:

Jakob Behn, Carl Hed, Christian Pfannenbender.

Zweigverein Bries.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 12500,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	332,40
Summa	M. 12832,40
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung	M. 11038,59
" besondere Entschädigungen d. Streikkommission	141,—
" Rechtschutz und Unterstützung Inhabierender	412,70
" Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	289,—
" Fortschaffung Zugereister	82,40
" Fernhaltung des Zugzuges	434,45
" Flugblätter und Annoncen	21,60
" Porto und Schreibmaterial	60,37
An die Hauptkasse zurückgefordert	298,79
Für sonstige Ausgaben	165,50
Summa	M. 12832,40

Bries, den 25. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

H. Wintler, A. Fabich, S. Müller.

Für die Streikleitung: A. Jänische, Carl Kramer.

Zweigverein Crefeld.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 4675,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse	842,74
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	50,50
Von anderen Gewerkschaften am Orte	78,88
Summa	M. 5647,12
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung	M. 4859,89
" besondere Entschädigungen der Streikkommission	217,—
" Rechtschutz und Unterstützung Inhabierender	11,60
" Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	119,12
" Fortschaffung Zugereister	82,25
" Fernhaltung des Zugzuges	27,60
" Flugblätter und Annoncen	14,10
" Porto und Schreibmaterial	27,11
" sonstige Ausgaben	288,45
Summa	M. 5647,12

Crefeld, den 20. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Carl Gröters, Hermann Schlänke.

Für die Streikleitung:

And. Dahler, And. Hochlanders, Jacob Siemes.

Zweigverein Gelsenkirchen.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 11450,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse	872,61
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	663,75
Sonstige Einnahmen	4,25
Summa	M. 12990,61
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung	M. 10828,76
" besondere Entschädigungen d. Streikkommission	732,38
" Reiseunterstützung	293,—
" Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	702,50
" Fortschaffung Zugereister	120,50
" Fernhaltung des Zugzuges	82,65
" Flugblätter und Annoncen	74,60
" Porto und Schreibmaterial	80,14
" sonstige Ausgaben	176,30
Summa	M. 12990,61

Gelsenkirchen, den 11. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: A. Engelhardt, W. Krumm.

Für die Streikleitung: Carl Sunalt, Christian Rudolph.

Einzelmittelschaft Frankenberg i. S.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1258,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse	40,—
Aus sonstigen örtlichen Fonds	25,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	37,80
Summa	M. 1360,80
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung	M. 1053,50
" besondere Entschädigungen der Streikkommission	44,69
" Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	65,57
" Fortschaffung Zugereister	17,81
" Fernhaltung des Zugzuges	186,78
" Flugblätter und Annoncen	22,94
" Porto und Schreibmaterial	14,02
" sonstige Ausgaben	54,—
Summa	M. 1360,80

Frankenberg, den 8. August 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Hermann Finke.

Für die Streikleitung:

Emil Klinger, Max Palm, Arno Fischer.

Zweigverein Friedland i. M.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1166,80
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse	120,—
Summa	M. 1286,80
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung	M. 986,45
" Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	172,10
" Fortschaffung Zugereister	24,60
" Fernhaltung des Zugzuges	68,20
" Flugblätter und Annoncen	3,20
" Porto und Schreibmaterial	2,55
An die Hauptkasse zurückgefordert	87,50
Für sonstige Ausgaben	2,20
Summa	M. 1286,80

Friedland i. M., den 21. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: G. Baum, A. Schulz.

Für die Streikleitung: G. Wefnte.

Anzeigen.

Roitzsch.

Vorsitzender des Zweigvereins ist jetzt: **Albert Hense** in Roitzsch. [M. 1,20]

Gross-Lichterfelde.

Die Wohnung des Bevollmächtigten der Zentralfrankenkasse der Maurer z. „Grundstein zur Einheit“, **Herrn Senst**, befindet sich **Wollfstr. 21**, Souterrain. [M. 1,50]

Reichenhall.

Den Kollegen allerorts diene zur Kenntnis, daß der Arbeitsnachweis in der „Wauen Traube“ (Gewerkschaftshaus) aufliegt. Nähere Auskunft erteilt **Thomas Haselmayer**. [M. 1,80] Schankellner in der „Wauen Traube“.

Oranienburg.

Der Vorsitzende **Wilhelm Schmidt** wohnt Kanalstrasse 33. [M. 1,20]

Der Maurer **Max Günther Dorn** wird gebeten, ein Lebenszeichen zu geben an Frau **Elise Dorn** in Döbbrunn am Neckar, Dammstr. 20. Dorn hat zuletzt in Dortmund gearbeitet. [M. 1,20]

Hörde.

Vom 1. März ab befindet sich unser Verkehrslokal bei **Rosenbaum** in der Bahnhofstrasse, „Wohlfühler Hof“. Dort wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. [M. 1,80] Der Vorstand.

Anforderung.

Der Kollege **Heinrich Maul** (Verb.-Nr. 191 677) von Langendiebach, zuletzt in Herte, wird gebeten, seinen Eltern seine Adresse zukommen zu lassen. [M. 1,50]

Prenden.

Samstag, den 4. März, Abends von 6 Uhr ab:

Wintervergnügen.

Alle Kollegen unseres Verbandes sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,40] Der Vorstand.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile steht 15 A.)

Arneburg. Am 4. Februar verstarb nach langem schweren Leiden unser treuer Kollege **Wilhelm Sahl** im Alter von 26 Jahren an Bluterguss und Lungenentzündung.

Berlin. Am 11. Februar verstarb unser Kollege **Franz Granel** im Alter von 64 Jahren an Nervenleiden.

Dresden. Am 12. Februar verstarb plötzlich und unerwartet unser langjähriger und treuer Verbandsmitglied Kollege **Hermann Köhler** im Alter von 47 Jahren an Gehirnschlag.

Görlitz. Am 18. Februar verstarb unser Verbandskollege **Wih. Sande** an Nierenentzündung.

Sameln. Am 8. Februar wurde der Kollege **Fr. Schaper** aus Witten im Steinbruch Wellischhausen durch herabstürzende Felsenmassen erschlagen.

Sandshut. Am 9. Februar verstarb plötzlich unser Mitglied **Simon Zisterer** im Alter von 42 Jahren an Herzschlag.

Magdeburg-Obernstedt. Am 11. Februar verstarb der Kollege **Gustav Braune**, 22 Jahre alt, an Lungenentzündung. Am 17. Februar verstarb der Kollege **Gustav Schellhase** an Lungenemphysem im Alter von 32 Jahren.

Oranienburg. Am 6. Februar verstarb unser Mitglied **Wilhelm Brandenburg** an Blinddarmentzündung.

Sterzwitz. Am 18. Februar verstarb unser Kollege und Verbandsmitglied **Albert Wolff** im Alter von 48 Jahren an Herzschlag.

Strandberg. Am 18. Februar verstarb unser Verbandsmitglied Kollege **Friedrich Grosse** im Alter von 63 Jahren an Halsleiden.

Teudern. Am 12. Februar verstarb nach langer Krankheit an Lungenentzündung unser treues Mitglied **Hermann Köteritsch** im Alter von 26 Jahren.

Tribsee. Am 14. Februar verstarb infolge eines Herzschlages unser Verbandskollege **Heinrich Jahlke** im Alter von 62 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der b-m. Erscheinungsweise der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingeleitet werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 9 Uhr in unseren Händen sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstag, den 25. Februar.

Achim. Nachm. 4 Uhr bei C. Kuhn, T.O.: Achmer Bohntariff. Alle Kollegen werden dringend aufgefordert, zu erscheinen.

Bamberg. Nachm. 12 1/2 Uhr bei Kraft. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Bayreuth. Nachm. 2 Uhr in der „Bentalkalle“.

Döbeln. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Außenberstraße“. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erwünscht.

Gransee. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Bentalkalle“. Absent kommt. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Hintersee. Nachm. 11 1/2 Uhr im Gasthof „Zum Deutschen Hause“ in Bichtenburg.

Oberhald. Nachm. 3 Uhr bei Hahn. Hierzu müssen sämtliche Kollegen bestimmt erscheinen.

Pasewalk. Nachm. 3 Uhr bei Wolf, Markt 18. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Schkeuditz. Nachm. 3 Uhr in „Schmieders Restaurant“. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.

Völkershäuser. Nachm. 3 Uhr in der Restauration „Zur Krone“. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz, T.O.: 1. Grundsteinvereinsfeier. 2. Abrechnung vom November. Jedes Mitglied muß persönlich erscheinen.

Dienstag, den 27. Februar.

Allenburg. Abends 8 1/2 Uhr im „Wider“.

Liegnitz. Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Donnerstag, den 1. März.

Sommerfeld. Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Samstag, den 3. März.

Hörde. Abends 8 Uhr im „Wohlfühler Hof“, Bahnhofstrasse. Absent kommt.

Ludenscheid. Abends 8 Uhr bei Herber. Vortrag des Kollegen F. Schmidt.

Sonntag, den 4. März.

Allstedt. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Anker“. Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Kahl. Nachm. 3 Uhr außerordentliche Versammlung. T.O.: Einführung der gehobenen Arbeitszeit. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Leitshin. Nachm. 3 Uhr bei Kiehl. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Teuchern. Im Gasthof „Zur Sonne“. T.O.: Bericht von der Gantzenberg. Alles zur Stelle.

Öffentliche Maurerversammlungen.

Sonntag, den 25. Februar:

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Sonntag, den 11. März:

Blitzfeld. Nachm. 2 1/2 Uhr. T.O.: Vorträge der Arbeitsgeber auf unsere Forderung. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.